

MAGAZIN FÜR
MENSCHENRECHTE

03/23
MAI/JUNI

AMNESTY JOURNAL

WWW.AMNESTY.DE/JOURNAL

Flucht in Europa

Schutz für alle

Flucht nach Europa



Agent Orange in Vietnam

Auch 50 Jahre nach dem Einsatz
des Giftes leiden Hunderttausende

»Gegengift zur Tyrannei«

Friedensnobelpreisträgerin Maria Ressa
über Journalismus auf den Philippinen

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



INHALT

TITEL: FLUCHT IN EUROPA, FLUCHT NACH EUROPA

Ungleichbehandlung: Nur Ukrainer*innen, bitte!	12
Flüchtlingspolitik: Asyl in Nordeuropa? Bitte in Ostafrika warten	16
Flucht in und nach Europa: Zahlen, Daten, Routen	19
Republik Moldau: Nahe an der Ukraine und trotzdem sicher	20
Griechenland: Abschreckung an der EU-Außengrenze	22
Graphic Report: Gewalt gegen Flüchtende in Melilla	24
Berichterstattung: »Wollen wir das so in Europa?«	26
Versorgung Traumatisierter: Ungesunde Gemengelage	28
Kommentar: Mutig und solidarisch bleiben!	29
Mittelmeer: Kriminalisierte Rettung	30

POLITIK & GESELLSCHAFT

Agent Orange in Vietnam: 50 Jahre Dioxinvergiftung	34
Amnesty Report: Wendepunkt dringend gesucht	40
Ukraine: Tausende nach Russland verschleppte Kinder	42
Innerisraelischer Konflikt: Gestörte Beziehungen	46
Verschwundene in Mexiko: Selbst die Staatsanwaltschaft hat Angst	50
Pressefreiheit in Brasilien: Risiko Recherche	52
Maria Ressa im Gespräch: Was Journalismus leisten muss	54
US-Arbeiter*innenrechte: »Besonders scheinheilig«	60

KULTUR

Comic aus Mexiko: Das Erbe der indigenen Nahua	64
Protestmusik aus Australien: Ohne Land gibt es kein Leben	68
Daddeln mit Sinn: Vier Computerspiele im Test	70
Migrantische Kinokultur: Aus der Nische ins Zentrum	72
Indigene Kultur in den USA: George Ironstrack und die Sprache der Miami	74
Buch über Putins Russland: Her mit der Palastrevolution!	76
Berlinale: Zuversicht unter schwierigsten Bedingungen	78

RUBRIKEN

Panorama 04 Einsatz mit Erfolg 08 Spotlight: Iran 44
Was tun 58 Porträt: Stiftung Menschenrechte 62 Dranbleiben 63
Rezensionen: Bücher 77 Rezensionen: Film & Musik 79
Briefe gegen das Vergessen 80 Aktiv für Amnesty 82
Kolumne: Eine Sache noch 83 Impressum 83

Für die einen Solidarität, für die anderen Stacheldraht.

Geflüchtete aus der Ukraine werden in der EU unterstützt. Schutzsuchende aus anderen Herkunftsländern erhalten dagegen noch nicht mal Zugang zum Asyl. Ein Besuch an der polnisch-belarussischen Grenze zeigt das Engagement der polnischen Zivilgesellschaft sowie das Ausmaß der Ungleichbehandlung.



Retten verboten.

Aktivist*innen, die schiffbrüchige Menschen auf der Flucht nach Europa aus dem Mittelmeer zu retten versuchen, werden häufig mit Gerichtsverfahren überzogen. Zu den Anklagepunkten zählen etwa Beihilfe zur illegalen Einreise oder Leitung einer kriminellen Vereinigung. Betroffene berichten.

Bumerangeffekte.

75 Jahre nach der Staatsgründung bleiben die Beziehungen zwischen palästinensischen und jüdischen Israelis schwer belastet – nicht zuletzt in den binationalen Städten des Landes.



64



Das Vermächtnis von Doña Herminia.

Zwei Schwestern machen sich für das Nahua-Erbe der indigenen Bevölkerung Mexikos stark. Mit einem Comic über eine Volksheldin aus Milpa Alta.

Limonade heißt jetzt oonsaawiminaapowi.

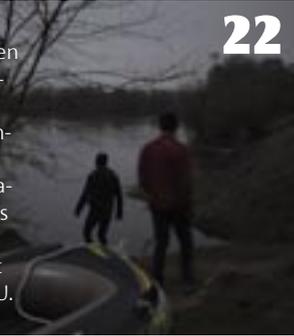
George Ironstrack ist Bürger der indigenen Gemeinschaft der Miami. An der Universität von Ohio engagiert er sich für deren Vernetzung und für die Weiterentwicklung der Sprache Myaamiaataweenki.



»Das Signal ist: Bleibt fort.«

22

Wenn Geflüchtete an den EU-Grenzen ankommen, müssen sie die Möglichkeit haben, einen Asylantrag zu stellen. Dieses Recht wird aber in Tausenden Fällen verletzt. Der Jurist Robert Nestler von der Menschenrechtsorganisation Equal Rights Beyond Borders ist Rechtsbeistand direkt an der griechisch-türkischen Grenze und spricht über die Abschreckungspolitik der EU.



34



Böden, Wälder, Flüsse – alles ist vergiftet.

Während des Krieges in Vietnam versprühten die USA und ihre Alliierten Millionen Liter Herbizide, darunter Agent Orange. Das Entlaubungsmittel enthielt ein hochgiftiges Dioxin. Fast 50 Jahre später leiden noch immer Hunderttausende Menschen darunter.

Gegengift zur Tyrannei.

Im Januar 2023 wurde die philippinische Friedensnobelpreisträgerin Maria Ressa vom Vorwurf der Steuerhinterziehung freigesprochen. Die Journalistin hatte kritisch über den früheren Präsidenten Rodrigo Duterte berichtet. Ein Gespräch über politische Prozesse, digitale Manipulation und Herausforderungen für den Journalismus.

54



Kurz mal die Welt retten.

Während die große Masse der für den Computer angebotenen Unterhaltungsware nicht selten sinnfrei ist, gibt es immer wieder Games, die nicht nur Spaß machen, sondern auch aufklären und bilden. Vier aktuelle Spiele im Praxistest.

70



Titelbild oben: Ukrainische Flüchtlinge warten auf Einlass nach Polen. Shehyni, 27. März 2022.

Foto: Tommaso Ausili/contrasto/laif
Unten: Flüchtlinge aus Afrika werden im Mittelmeer von der NGO Open Arms gerettet, 12. Februar 2021.

Foto: Bruno Thevenin/AP/pa

EDITORIAL POSITIVE RESONANZ UND HARTE REALITÄT

Ein schöneres Kompliment als eine restlos vergriffene Ausgabe kann man einer Redaktion nicht machen. Zwar verkaufen wir das Journal nicht, sondern beliefern gratis all unsere Mitglieder und die Förder*innen, die mehr als 84 Euro im Jahr spenden. Aber von der Ausgabe 2/23 sind nur noch eine Handvoll Exemplare übrig, während wir von anderen Ausgaben meist einige hundert Exemplare einlagern können. Vor allem der Schwerpunkt zum Iran (»Revolution der Frauen«) stieß bei der Mitgliedschaft, den Koordinations- und Ländergruppen sowie bei unseren zahlreichen Unterstützer*innen auf großes Interesse. Vielerorts wurden Journale geordert oder nachbestellt, um sie bei Demonstrationen, Kundgebungen, Lesungen und Diskussionsveranstaltungen auszulegen oder zu verteilen. Das freut uns sehr!

Positive Resonanz gab es auch zum Comic »Die allererste Eilaktion«, der auf Seite 82 zu finden war. Darin zeichnete der irische Cartoonist The Fake Pan anlässlich des Todes von Luiz Basilio Rossi nach, auf welchem verschlungenen Weg Amnesty International im Jahr 1973 die Nachricht über die Inhaftierung des brasilianischen Gewerkschaftsaktivisten erreichte. Der Comic machte auch anschaulich, welche große Wirkung eine Eilaktion (Urgent Action) entfalten kann. Dies ist auch 50 Jahre später noch der Fall. Machen Sie einfach mit: amnesty.de/mitmachen/urgent-actions

Nicht minder aktuell ist der Schwerpunkt dieser Ausgabe: Auf mehr als 20 Seiten beschäftigen wir uns mit der Flüchtlingspolitik in Europa und der Ungleichbehandlung von Geflüchteten in der Europäischen Union. Es wäre schön, wenn die Solidarität, die Ukrainer*innen erfahren, Schule machen würde. Doch die Realität ist geprägt von einer harten Abschreckungs- und Abschottungspolitik gegenüber Menschen, die aus anderen Weltregionen kommen.

Ich wünsche Ihnen trotzdem eine gute Lektüre!



Maik Söhler
ist verantwortlicher Redakteur
des Amnesty Journals.

Foto: Gordon Welters

MISSHANDLUNG NACH ERDBEBEN

Nach den katastrophalen Erdbeben, die im Februar den Südosten der Türkei und den Norden Syriens heimsuchten, hat sich die Menschenrechtslage in beiden Ländern verschlechtert. Amnesty International berichtete im Februar, dass in der Türkei in den ersten Tagen nach dem Erdbeben mehr als 90 Menschen festgenommen wurden, darunter auch Journalist*innen.

Im April veröffentlichte Untersuchungen von Amnesty International und Human Rights Watch belegen darüber hinaus, wie türkische Ordnungskräfte in den Erdbebengebieten Menschen wegen des Verdachts auf Diebstahl und Plünderung geschlagen, gefoltert und anderweitig misshandelt haben. Eine Person starb in Gewahrsam, nachdem sie gefoltert worden war. In anderen Fällen schritten Sicherheitskräfte nicht ein, als Menschen gewaltsam angegriffen wurden. In Syrien verweigerte die Regierung humanitären Organisationen den Zugang zu bestimmten Regionen. Amke Dietert, Türkei-Expertin von Amnesty International in Deutschland, sagte: »Inmitten der schlimmsten Naturkatastrophe, die das Land je erlebt hat, missbraucht die türkische Polizei ihre Macht. Wir fordern Gerechtigkeit und Wiedergutmachung für die Betroffenen von Gewalt, darunter syrische Geflüchtete.«

Im Bild: Obdachlos gewordene Bürger*innen in Antakya, Türkei, am 9. Februar 2023.

Foto: Sergey Ponomarev /
The New York Times / Redux / laif







ERFOLGREICHE MASSENPROTESTE IN GEORGIEN

In der georgischen Hauptstadt Tiflis protestierten Anfang März Tausende Menschen gegen ein umstrittenes »Agentengesetz«. Die Sicherheitskräfte gingen mit Gewalt gegen die Demonstrierenden vor und setzten unter anderem Tränengas und Wasserwerfer ein. Dutzende Menschen wurden festgenommen. Auslöser der Proteste war ein Gesetzentwurf über die »Transparenz ausländischen Einflusses«, den das Parlament am 7. März in erster Lesung gebilligt hatte. Er sah vor, dass Organisationen, die mindestens 20 Prozent ihrer finanziellen Mittel aus dem Ausland erhalten, dies kenntlich machen müssen. Außerdem sollten sie unter die Aufsicht des Justizministeriums gestellt werden. Ähnliche Gesetze gibt es seit Jahren in Russland. Die massiven Proteste waren erfolgreich: Die Regierungspartei verkündete, sie werde das Gesetzesvorhaben zurückziehen. »Die Behörden haben endlich auf die Stimmen der Demonstrierenden gehört, die (...) großen Mut bewiesen, indem sie sich Wasserwerfern und Tränengaswolken entgegenstellten«, sagte Marie Struthers, Amnesty-Direktorin für Osteuropa und Zentralasien. Im Bild: Ein Protestierender, der in Tiflis über den Strahl eines Wasserwerfers springt.

Foto: Irakli Gedenidze / Reuters

HOFFNUNGSSCHIMMER IM JEMEN

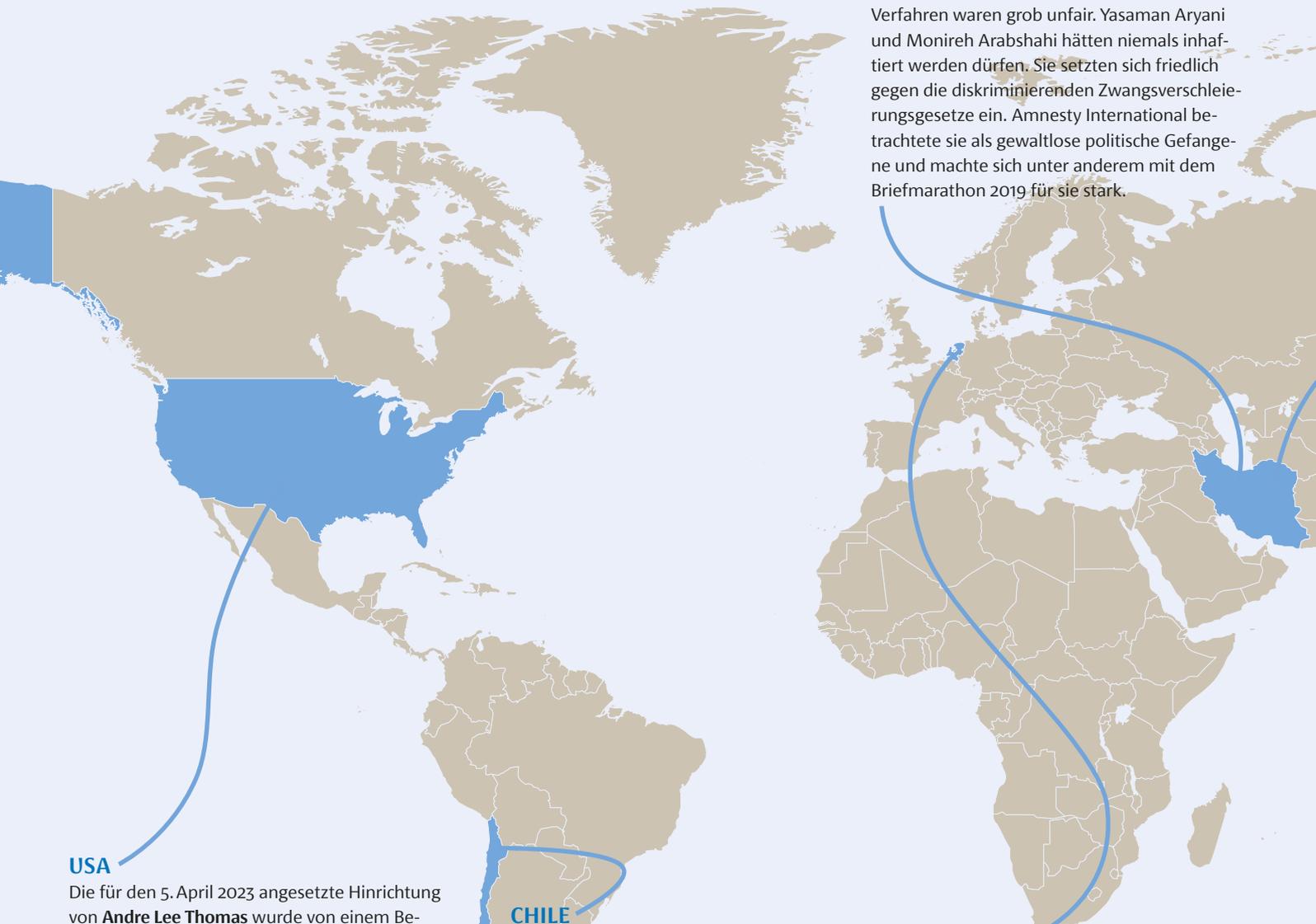
Nach acht Jahren Bürgerkrieg gibt es Hoffnung auf Frieden im Jemen. In dem Konflikt kämpfen Truppen des sunnitischen Präsidenten Abd Rabbo Mansur Hadi, der 2015 nach Saudi-Arabien ins Exil flüchtete, gegen schiitische Huthi-Rebellen. Die Hadi-Regierung wird von einer Militärkoalition unter Führung Saudi-Arabiens unterstützt, während die Huthi-Rebellen die Unterstützung des Irans genießen. Nun verhandelte eine saudische Delegation in der Hauptstadt Sanaa mit der Huthi-Miliz. Der UN-Sonderbeauftragte für den Jemen, Hans Grundberg, sagte: »Es besteht eine echte Chance, (...) um den Konflikt zu beenden.« Bereits im Jahr 2022 gab es einen Waffenstillstand, der aber nicht verlängert wurde. Die Menschen im Jemen sind von dem jahrelangen Krieg zermürbt und hoffen auf Frieden. Die humanitäre Situation ist katastrophal. Nach UN-Angaben wurden mehr als 4,5 Millionen Menschen innerhalb des Landes vertrieben. Ein großer Teil der Binnenvertriebenen lebt in Notunterkünften ohne Zugang zu humanitärer Hilfe. Millionen Menschen sind von Hunger bedroht. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung (17 Millionen Menschen) ist auf Lebensmittelhilfe angewiesen. Im Bild: Ein junger Mann besucht das Grab eines Verwandten, der im Krieg getötet wurde.

Foto: Yahya Arhab / EPA / pa



EINSATZ MIT ERFOLG

Weltweit beteiligen sich Tausende Menschen an den »Urgent Actions«, den »Briefen gegen das Vergessen« und an Unterschriftenaktionen von Amnesty International. Dass dieser Einsatz Folter verhindert, die Freilassung Gefangener bewirkt und Menschen vor unfairen Prozessen schützt, zeigt unsere Weltkarte. Siehe auch: www.amnesty.de/erfolge



USA

Die für den 5. April 2023 angesetzte Hinrichtung von **Andre Lee Thomas** wurde von einem Bezirksgericht in Texas ausgesetzt. Seine Rechtsbeistände hatten um mehr Zeit gebeten, damit beurteilt werden kann, ob Thomas in der Lage ist, die Tragweite seiner Bestrafung zu begreifen. Diesem Antrag stimmte das Gericht zu. Eine Person hinzurichten, die nicht in der Lage ist, den Grund für ihre Strafe zu erfassen, verstößt gegen die US-Verfassung. Andre Lee Thomas leidet seit seiner Kindheit an schweren psychischen Erkrankungen, darunter auch Schizophrenie. Zum Tatzeitpunkt litt er unter einer schweren und anhaltenden Psychose. Thomas wurde 2005 für einen Mord zum Tode verurteilt, den er 2004 begangen hatte.

CHILE

Am 24. Februar 2023 ordnete ein Gericht die Wiederaufnahme der Ermittlungen gegen sieben Polizist*innen an, die am Angriff auf **Moisés Órdenes** beteiligt gewesen waren und zuvor von strafrechtlichen Ermittlungen ausgeschlossen wurden. Am 21. Oktober 2019 war Órdenes bei einer friedlichen Demonstration in Santiago von chilenischen Polizist*innen angegriffen worden. Am 5. Dezember 2022 beschloss die zuständige Staatsanwaltschaft, die Ermittlungen gegen sieben der 13 wegen des Angriffes angeklagten Beamt*innen einzustellen. Órdenes' Familie und Amnesty International forderten die Staatsanwaltschaft mehrfach auf, die Ermittlungen gegen die sieben Polizist*innen wieder aufzunehmen.

IRAN (I)

Yasaman Aryani und ihre Mutter **Monireh Arabshahi** wurden Mitte Februar 2023 freigelassen. Die beiden iranischen Frauenrechtlerinnen hatten zum Weltfrauentag 2019 ein Video im Internet veröffentlicht, das auf große Resonanz stieß. Kurz darauf wurden sie festgenommen und später zu jeweils 16 Jahren Haft verurteilt. Ein Gericht verringerte die Strafen schließlich auf neun Jahre und sieben Monate Haft. Die Verfahren waren grob unfair. Yasaman Aryani und Monireh Arabshahi hätten niemals inhaftiert werden dürfen. Sie setzten sich friedlich gegen die diskriminierenden Zwangsverschleierungsgesetze ein. Amnesty International betrachtete sie als gewaltlose politische Gefangene und machte sich unter anderem mit dem Briefmarathon 2019 für sie stark.

NIEDERLANDE

Am 14. Februar 2023 verbot ein Berufungsgericht in Den Haag **Racial Profiling** durch die Polizei. Die niederländische Grenzpolizei darf nicht länger Menschen nur wegen ihrer Hautfarbe kontrollieren. Geklagt hatten zwei Bürger*innen sowie Amnesty International und andere Menschenrechtsorganisationen. Das Gericht entschied, dass das derzeitige Vorgehen der Grenzpolizei Diskriminierung aus rassistischen Gründen darstellt. Die Polizei muss ihr Vorgehen mit sofortiger Wirkung ändern, unabhängig davon, ob der Staat Rechtsmittel gegen das Urteil einlegt. »Dieser Sieg zeigt, was wir gemeinsam erreichen können«, sagte Dagmar Oudshoorn, Direktorin von Amnesty International Niederlande.

IRAN (II)

Am 16. Januar 2023 wurden die Todesurteile gegen **Zahra Sedighi-Hamadani** und **Elham Choubdar** aufgehoben. Am 13. März kam Choubdar aus der Haft frei, am 18. März folgte Sedighi-Hamadani. Beide wurden gegen Kaution freigelassen. Die Frauen waren zum Tode verurteilt worden, nachdem ein Revolutionsgericht sie im August 2022 der »Verdorbenheit auf Erden« für schuldig befunden hatte. Offizielle Erklärungen deuten darauf hin, dass ihre Verfolgung in Zusammenhang mit ihrer Geschlechtsidentität und ihrer friedlichen Verteidigung der Rechte von LGBTI-Personen stand. Die Verfahren, die zur ihrer Verurteilung führten, waren grob unfair. Sie hätten nicht inhaftiert werden dürfen.

AUSTRALIEN/NEUSEELAND

Das geplante **Sponsoring der Fußballweltmeisterschaft der Frauen** im Sommer 2023 aus Saudi-Arabien kommt nicht zustande. Das bestätigte der Weltfußballverband Fifa im März. Einen Monat zuvor war bekannt geworden, dass sich die saudische Tourismusbehörde »Visit Saudi« als Sponsor der WM in Australien und Neuseeland beworben hatte. Kritiker*innen sahen darin den Versuch, die miserable Menschenrechtslage in Saudi-Arabien zu verschleiern. Das Land hatte zuletzt Hunderte Exekutionen zu verantworten, und es verweigert Frauen und Mädchen grundlegende Menschenrechte. Auch die gastgebenden Verbände Australiens und Neuseelands sprachen sich gegen »Visit Saudi« als Sponsor aus. Australische Amnesty-Unterstützer*innen forderten Sportminister Grant Robertson zum Handeln auf.

BRIEFE GEGEN DAS VERGESSEN – UPDATES

Mit den Briefen gegen das Vergessen (siehe Seite 80) können sich alle gegen Unrecht stark machen – allein zu Hause oder gemeinsam mit anderen. In jedem Amnesty Journal rufen wir dazu auf, an Regierungen oder andere Verantwortliche zu schreiben und sich für Betroffene von Menschenrechtsverletzungen einzusetzen. Was aus ihnen geworden ist, erfahren Sie hier.

PHILIPPINEN



Foto: nppa images

Am 9. Oktober 2022 wurde die ehemalige philippinische Senatorin **Leila de Lima** Berichten zufolge in ihrer Zelle im Hauptquartier der philippinischen Nationalpolizei (PNP) von einem bewaffneten Gefangenen, der zu fliehen versuchte, als Geisel genommen. Die PNP teilte später mit, der Verdächtige und zwei weitere Gefangene, die ebenfalls zu fliehen versuchten, seien getötet worden. Leila de Lima, die nach dem Vorfall kurzzeitig im Krankenhaus behandelt werden musste, erklärte, sie müsse sich »psychologisch und emotional von dieser erschütternden Erfahrung erholen«. Die politische Gefangene ist seit mehr als fünf Jahren willkürlich in Haft, weil sie versucht hatte, Morde und andere Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit dem sogenannten »Krieg gegen Drogen« auf den Philippinen zu untersuchen. Amnesty fordert, sie umgehend freizulassen und die ungerechtfertigten Anklagen gegen sie fallen zu lassen. (Dezember 2021, September 2022)

JAPAN



Foto: Yusuke Aoyagi

Das unfaire Verfahren gegen **Iwao Hakamada** ist endgültig eingestellt worden. Der ehemalige japanische Profiboxer war 1968 wegen Mordes zum Tode verurteilt worden und verbrachte mehr als vier Jahrzehnte in der Todeszelle. Hakamada hatte damals »gestanden«, seinen Vorgesetzten, dessen Ehefrau und deren zwei Kinder ermordet zu haben, nachdem die Polizei ihn 20 Tage lang verhört hatte, ohne dass ein Rechtsbeistand anwesend sein durfte. Später zog Iwao Hakamada sein Geständnis zurück und gab an, man habe ihn geschlagen, bedroht und täglich zwölf Stunden lang verhört. Dennoch diene das Geständnis als Grundlage für seine Verurteilung. Im März 2014 veranlasste das Bezirksgericht in Shizuoka seine Freilassung sowie die Wiederaufnahme des Verfahrens. Die Staatsanwaltschaft legte Berufung gegen diese Entscheidung ein, die sie erst jetzt fallen ließ. Iwao Hakamada ist inzwischen 87 Jahre alt. (April 2013, Oktober 2014)



Flucht in Europa Flucht nach Europa

**Gute Flüchtende, schlechte Flüchtende?
Während Ukrainer*innen in der Europäischen Union
vielerorts schnell und unbürokratisch Schutz erhalten,
werden andere an den Außengrenzen abgewiesen
oder müssen unter widrigen Bedingungen warten.
Damit die EU ein Garant für die Menschenrechte
aller wird, aber auch für Solidarität und Seenotrettung,
braucht es eine engagierte Zivilgesellschaft.**

FLUCHT IN EUROPA, FLUCHT NACH EUROPA
UNGLEICHBEHANDLUNG

Für die einen Solidarität,

für die anderen Stacheldraht

Geflüchtete aus der Ukraine werden in der Europäischen Union unterstützt. Schutzsuchende aus anderen Herkunftsländern erhalten dagegen noch nicht mal Zugang zum Asyl. Ein Besuch an der polnisch-belarussischen Grenze zeigt das Engagement der polnischen Zivilgesellschaft sowie das Ausmaß der Ungleichbehandlung.

Von Hannah El-Hitami (Text)
und Natalia Bronny (Fotos)

Fünfeinhalb Meter hoch:
Abschirmung an der
polnisch-belarussischen Grenze,
März 2023.

Als der Krieg in den frühen Morgenstunden des 24. Februar 2022 begann, war Aleksandra Chrzanowska im Wald unterwegs. Vom Angriff Russlands auf die Ukraine erfuhr sie erst, als bereits Hunderttausende Menschen in Richtung Polen flüchteten. Zwar hatte die 43-Jährige aus Warschau den ganzen Tag an der Ostgrenze ihres Landes verbracht. Doch nicht an der Grenze zur Ukraine, sondern an der Grenze zu Belarus, weiter nördlich. Dort waren sie und andere Freiwillige des Netzwerks Grupa Granica durch Sumpfbereiche gewartet, bepackt mit Rucksäcken voller Essen, Getränken, Kleidung und Schmerztabletten, und hatten sich vor der Grenzpolizei versteckt. Nur, wenn Chrzanowska so still und unsichtbar wie möglich bleibt, kann sie die Menschen im Wald erreichen, die ihre Unterstützung brauchen: Menschen aus Asien, dem Nahen Osten und Afrika, die vor Krieg und Gewalt geflüchtet sind und in Europa Schutz suchen.

Ein gutes Jahr später, im März 2023, erinnert sich Chrzanowska an die Bilder von der polnisch-ukrainischen Grenze, die sie in den folgenden Tagen in den Medien sah: Wie die Menschen in Polen Geflüchtete aus der Ukraine an Bahnhöfen oder Grenzübergängen abholten, ihnen Hotels organisierten oder sie in ihren eigenen Häusern unterbrachten, wie zahlreiche freiwillige Helfer*innen und Grenzpolizist*innen die Koffer der Flüchtenden trugen oder ihre Kinder auf dem Arm hielten. »Ich war wirklich froh, dass die polnische Gesellschaft so auf die traumatische Situation in der Ukraine reagiert hat«, sagt sie. »Aber ich fragte mich: Was ist der Unterschied? Diese Leute tun genau das Gleiche wie wir und werden von den Behörden unterstützt. Unsere humanitäre Hilfe wird hingegen kriminalisiert, wir müssen uns hinter Bäumen verstecken und über den Boden kriechen, damit die Grenzpolizei uns nicht sieht.« Diese Ungerechtigkeit sei sehr schwer zu ertragen gewesen, »aber nach einigen Tagen fand ich mich damit ab und machte weiter meine Arbeit«.

Rund acht Millionen Menschen haben die Ukraine seit Beginn des Krieges verlassen, davon sind eineinhalb Millionen in Polen untergekommen, etwas mehr als eine Million in Deutschland. Eine beispiellose Welle der Solidarität erfasste die EU-Staaten. Die Behörden ermöglichten mit der Massenzustrom-Richtlinie (siehe Seite 19) erstmals die schnelle, unbüro-

kratische Aufnahme von Geflüchteten. Ukrainer*innen bekamen Zugang zu Arbeitsmarkt und Studium, zu Sozialhilfe und Schule. Beeindruckend war auch die Reaktion der Zivilgesellschaft: Innerhalb kürzester Zeit halfen Freiwillige bei der Einreise der Ukrainer*innen, vermittelten Wohnungen oder sammelten Hilfsgüter. Gelbblaue Flaggen schmückten die Fassaden vieler Häuser, Kinos zeigten Kinderfilme auf Ukrainisch.

Bloß nicht einreisen lassen

Doch inmitten dieser Willkommenskultur meldeten sich bald kritische Stimmen zu Wort, erst vorsichtig, dann lauter. Sie fragten, was auch Aleksandra Chrzanowska fragt: Was ist der Unterschied? Warum werden die einen Schutzsuchenden mit offenen Armen empfangen, während die anderen mit Mauern und Stacheldraht zurückgehalten werden? Warum ist die Hilfe für die einen eine Tugend, während sie bei anderen kriminalisiert wird? Und warum sterben seit Jahren Menschen an den EU-Außengrenzen, wenn sich diese doch so leicht öffnen lassen?

Der Krieg in der Ukraine hat die Widersprüche der europäischen Asylpolitik offengelegt. Dabei bietet die Situation auch eine Chance: zu lernen wie eine gerechte und humanitäre Asylpolitik für alle Schutzsuchenden aussehen könnte.

Seit Jahren schottet sich die EU immer weiter ab. Zwar sind die Mitgliedstaaten gemäß der Genfer Flüchtlingskonvention und vor allem aufgrund des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems verpflichtet, den Zugang zum Schutz zu gewähren und niemanden in die Gefahr für Leib und Leben zurückzuschicken. Doch in der Realität kann Asyl nur beantragen, wer ihr Territorium erreicht – und das ist kaum noch möglich. Im Mittelmeer arbeitet die EU mit der libyschen Küstenwache zusammen, die Mitglieder verschiedener krimineller Milizen rekrutiert. Oder sie kooperiert mit autoritären Regimen in Ägypten oder der Türkei. Das Ziel lautet stets: Menschen von der Einreise abzuhalten. Gleichzeitig wird die zivile Seenotrettung kriminalisiert, sodass die Überfahrt immer gefährlicher wird.

An den Landgrenzen der EU entstehen Zäune und Mauern: 16 sind es bereits, von Estland über Kroatien bis nach Österreich. Wer sie überwindet, wird in vielen Fällen sofort zurückgeschoben. Diese Praxis der sogenannten Pushbacks ist illegal und dennoch an der Tagesordnung.

Auch Polen hat seine östliche Grenze

im vergangenen Jahr auf einer Länge von 186 Kilometern mit Stahl versiegelt. Die Grenzschutzwachen sprechen von einem »Zaun«, die Bewohner*innen des Dorfes Białowieża sagen »Mauer«. Białowieża liegt an der belarussischen Grenze. Vom Dorfzentrum erreicht man in weniger als einer halben Stunde den Waldrand. Dort, in einem der letzten Urwälder Europas, den die UNESCO als Welterbe ausgewiesen hat, wachsen teils jahrhundertealte Bäume dicht an dicht. Man kann dort wilden Bisons, Wölfen und Elchen begegnen. Einen Kilometer vom Waldrand entfernt ragen die grauen Pfeiler des Grenzzauns fünfeinhalb Meter in die Höhe, oben eine Krone aus Stacheldraht, unten patrouillieren Soldat*innen.

Im August 2021 wurde die Gegend rund um die Grenze zum Sperrgebiet, in dem Tausende Menschen aus Asien, dem Nahen Osten und Afrika monatelang feststeckten. Sie waren mit dem falschen Versprechen nach Belarus gelockt worden, sie könnten von dort aus problemlos in die EU gelangen. Belarussische Sicherheitskräfte zwangen die Menschen, die Grenze zu überqueren, während polnische Sicherheitskräfte sie mit Gewalt zurückdrängten.

Ein gefährlicher Wald

Mittlerweile hat sich die Lage beruhigt, doch Białowieża und andere Dörfer in der Grenzzone werden noch immer von Militär belagert. Auf dem Dorfplatz, der mit Eisdielen und Gasthäusern Tourist*innen anlocken soll, stehen Dutzende Container, in denen Soldat*innen wohnen. Noch immer versuchen Menschen durch den Wald zu kommen, um die Grenze zu überqueren. Vor allem im Winter riskieren sie im sumpfigen, kalten Urwald ihr Leben – mindestens 41 Menschen sind seit 2021 gestorben, acht allein in diesem Jahr.

»Dieser Wald kann gefährlich sein mit seinen Sümpfen und umgestürzten Bäumen. Aber er bietet auch gute Verstecke für die Durchreisenden«, sagt Aleksandra Chrzanowska. Es ist ein grauer Samstagmorgen Anfang März, die Temperaturen in Białowieża liegen knapp über dem Gefrierpunkt. Chrzanowska trägt eine Funktionshose und Wanderschuhe, ihr Blick spiegelt Kummer und Entschlossenheit zugleich. Die vergangenen drei Tage waren sie und andere Freiwillige im Wald unterwegs, um Menschen auf der Flucht mit dem Nötigsten zu versorgen.

Zu ihrem letzten Einsatz brachen sie bei Sonnenaufgang auf. Vier Stunden marschierten sie durch den Wald, lagen eine Stunde im Dickicht, um zu warten, bis sich ein Wagen der Grenzpolizei entfernte. Entdeckt zu werden, wäre für die

»Hier wird gegen Gesetze verstoßen.«

Aleksandra Chrzanowska

Aktivistinnen eher lästig als gefährlich. Was sie tun, ist nicht illegal. Doch dann hätten sie ihre Mission abbrechen müssen, um die Grenzpolizei nicht zum Versteck der Menschen im Wald zu führen. »Das endet sehr oft mit einem Pushback«, sagt Chrzanowska – auch wenn die Flüchtenden aus Ländern wie Syrien und Afghanistan gute Chancen auf Asyl in der EU hätten (siehe Seite 19).

So wie die Gruppe am Donnerstag: Neun Syrer*innen, darunter eine schwangere Frau. »Sie waren sehr dünn, völlig erschöpft, aber als sie auf uns zukamen, um die Sachen entgegenzunehmen, lächelten sie«, erzählt Chrzanowska. Nur eine Minute habe die Begegnung gedauert, zu groß sei das Risiko, Aufmerksamkeit zu erregen. Immerhin war die Mission erfolgreich: »Jedes Mal, wenn wir es schaffen, Menschen im Wald zu finden und zu versorgen, ist das ein Erfolg. Sie bekommen Hilfe, sie sind nicht allein. Sie fühlen, dass jemand für sie da ist.«

Rund 15.000 Notrufe haben die Mitarbeiter*innen und Freiwilligen der Grupa Granica in den vergangenen eineinhalb Jahren erhalten, ungefähr in der Hälfte der Fälle konnten sie aktiv werden. Was danach aus den Geflüchteten wird, wissen sie nicht. Sie müssen die Menschen im Wald zurücklassen. »Das Natürlichste in dieser Situation wäre, ihnen ein Dach über dem Kopf zu geben, ein warmes Bett und eine Dusche«, so Chrzanowska. Doch weil die Behörden das als »Beihilfe zur illegalen Einreise« oder gar als Menschen schmuggel behandelten, dürften sie das nicht. Die wenigsten Geflüchteten entscheiden sich dafür, bei den polnischen Behörden einen Asylantrag zu stellen. Denn dies hat fast immer einen Pushback nach Belarus zur Folge. Nur Menschen, die ins Krankenhaus eingeliefert werden müssen, bleiben davon verschont. Und selbst jene, die einen Asylantrag stellen können, werden monatelang in Abschiebezentren festgehalten.

»Hier wird gegen Gesetze und gegen die Menschenrechte verstoßen«, sagt Chrzanowska. Daran hat auch der Krieg in der Ukraine nichts geändert. Statt sensibler gegenüber Geflüchteten zu sein, entwickelt sich eine Art Zweiklassengesellschaft. Schlimmer noch: Die Geflüchteten werden gegeneinander ausgespielt. Es kä-

men wieder mehr Menschen über das Mittelmeer und die Balkanroute nach Europa, schrieb die deutsche Innenministerin Nancy Faeser im Oktober 2022 auf Twitter. »Wir sind gemeinsam in der Verantwortung, illegale Einreisen zu stoppen, damit wir weiter den Menschen helfen können, die dringend Unterstützung brauchen.« Es klingt, als sei die Ablehnung der einen Voraussetzung für die Aufnahme der anderen. Was Faeser nicht sagt: Legale Einreisewege in die EU existieren für Geflüchtete kaum. Es sei denn sie kommen aus der Ukraine.

People of Color benachteiligt

Und selbst das ist keine Garantie für eine faire Behandlung. Denn diskriminiert werden auch einige der Menschen, die aus der Ukraine fliehen mussten. Als in den Morgenstunden des 24. Februar 2022 die Sirenen ertönten, machten sich zahlreiche Bewohner*innen Kiews auf den Weg zum Bahnhof. Bald aber wurde klar, dass nicht alle Zugang zu den Evakuierungszügen bekommen würden. »Polizisten schubsten People of Color weg und beleidigten sie rassistisch«, erzählt Khristy K. in einem Videogespräch. Die 31-jährige Nigerianerin lebte damals seit mehr als zehn Jahren in Kiew und arbeitete dort als Umweltingenieurin. Als eine hochschwangere Frau neben ihr zu Boden stürzte, begann K. auf die Polizisten einzureden. »Ich sagte, es ist Krieg. Niemand von uns möchte hier sein, wir alle wollen in Sicherheit gebracht werden.«

Als der zweite Zug Richtung Lwiw eintraf, hatte sich die Situation beruhigt, die schwangere Frau und Khristy K. durften einsteigen. »Hätten wir uns nicht gewehrt, hätten sie uns nicht reingelassen«, ist sie sich sicher. Als sie in Polen ankam, warteten am Bahnhof Freiwillige, die Menschen aus der Ukraine mit dem Auto weitertransportieren wollten. Khristy K. wollte nach Poznan und sprach einen Helfer an. Der sagte, er würde schnell sein Auto holen und sie dann fahren. Eine halbe Stunde später wartete sie noch immer. Der Mann tauchte nie wieder auf.

Inzwischen lebt Khristy K. in Berlin, lernt Deutsch und unterstützt mit der Gruppe »BIPoC Ukraine & Friends« andere Schwarze Menschen und People of Color beim Ankommen in Deutschland.

Der Krieg in der Ukraine hat gezeigt, wie eine humane Asylpolitik aussehen kann.

**Immer aufmerksam.
Aleksandra Chrzanowska
im polnisch-belarussischen
Grenzgebiet, März 2023.**



Denn was sie auf ihrem Weg erlebt hat, widerfuhr auch anderen nicht weißen Menschen, die aus der Ukraine flüchten mussten, insbesondere Studierenden aus Afrika und Asien sowie Angehörigen der Roma-Minderheit im Land. Viele von ihnen wurden entlang der gesamten Fluchtstrecke benachteiligt. Es gibt Berichte von People of Color, die an der polnischen Grenze abgewiesen wurden oder tagelang in der Kälte warten mussten; und von Roma, die in Deutschland an Bahnhöfen schlafen mussten, weil ihnen der Zugang zu Hilfsangeboten verwehrt wurde.

Der Krieg in der Ukraine hat gezeigt, wie eine pragmatische und humane Asylpolitik aussehen kann. Er hat aber auch deutlich gemacht, dass ihre Umsetzung

mehr von politischem Willen und gesellschaftlicher Stimmung als von Gesetzen abhängig ist. »Wir haben in Polen und der EU alle notwendigen Gesetze, um Schutzsuchende aufzunehmen«, sagt Aleksandra Chrzanowska. Schon Hunderte Male hat sie erlebt, dass diese gebrochen wurden. Solange sich daran nichts ändert, bleibt ihr keine andere Wahl, als selbst in den Wald zu gehen und die Menschen vor dem Tod zu bewahren – zumindest für ein paar Stunden oder Tage. ♦

Diesen Artikel können Sie sich in unserer Tablet-App vorlesen lassen: www.amnesty.de/app

Asyl in Nordeuropa? Bitte in Ostafrika warten

Sowohl britische als auch dänische Innenpolitiker*innen würden am liebsten alle Flüchtenden in Ruanda auf ihren Asylbescheid warten lassen. An der ruandischen Regierung würde das wohl nicht scheitern. Vielleicht aber an praktischen Problemen. **Von Christian Jakob**



Ließe sich besser nutzen:
Das Hope Hostel, Kigali, Juni 2022.
Foto: AP / pa

Ein überdachter Innenhof, weißer Kies, eierlikörfarbene Wände und ein parkähnlicher Garten: Das Hope Hostel in Ruandas Hauptstadt Kigali ist eine vergleichsweise edle Unterkunft. Gäste blieben trotzdem aus: Am 15. Juni 2022 hätten die ersten Asylsuchenden dort untergebracht werden sollen, eingeflogen mit einer Boeing 767 vom britischen Luftwaffenstützpunkt Boscombe. Doch das Flugzeug startete nicht. Ein Gericht hatte kurz vor dem geplanten Abflug kurzerhand verboten, Flüchtlinge bereits vor dem Asylverfahren abzuschieben.

Denn darum ging es: Die Regierung in London hatte als erstes europäisches Land eine Übereinkunft mit einem afrikanischen Staat getroffen, um ankommende Geflüchtete noch vor der Prüfung ihres Asylantrags wieder loszuwerden. In Ruanda sollte festgestellt werden, ob sie schutzbedürftig sind oder nicht. Falls ja, sollten sie diesen Schutz in dem kleinen ostafrikanischen Land bekommen. Und falls nicht, sollten sie von dort wieder dahin zurückgebracht werden, wo sie hergekommen waren.

»Zehntausende Asylsuchende« könne Ruanda aufnehmen, sagte damals Doris Umicyeza, eine hochrangige Beraterin des ruandischen Justizministeriums. 120 Millionen Pfund Anschubfinanzierung hatte Großbritanniens damaliger Premier Boris Johnson dafür zugesagt. Weitere Zahlungen sollten folgen, wenn die Abschiebemaschinerie einmal in Gang gesetzt wäre. Das klingt viel, ist aber nur ein Bruchteil dessen, was Großbritannien zu ähnlichen Zwecken an Frankreich zahlt: Paris soll in den kommenden Jahren im Kampf gegen irreguläre Migration mehr als eine halbe Milliarde Euro bekommen, unter anderem für ein neues Internierungslager in Nordfrankreich. Damit werden die jährlichen Zahlungen von London an Paris mehr als verdoppelt. Die konservative Regierung hofft, so die Zahl der irregulären Überquerungen des Ärmelkanals durch Flüchtlinge und Migrant*innen senken zu können. 2022 kamen 45.700 Menschen auf diese Weise an Südschottlands Küste an. Zum Vergleich: Italien zählte im selben Jahr 105.000 Ankünfte.

Alte Idee neu aufgewärmt

Die Idee, Flüchtende in Afrika warten zu lassen, ist nicht neu. Neu ist nur, dass Ruanda sich für die Aufnahme anbietet. Damit steht das Land aber allein. Kein an-

derer afrikanischer Staat ist bisher bereit, sein Territorium für Asylverfahrenslager herzugeben. Daran haben der Druck der vergangenen Jahre und die angebotenen Millionen nichts geändert. Schon 2004 hatte der damalige deutsche Innenminister Otto Schily (SPD) europäisch finanzierte »Abfanglager« in Nordafrika vorgeschlagen: »Wer Anrecht auf Asyl aus humanitären Gründen hat, darf weiter nach Europa, wer kein Anrecht darauf hat, muss bleiben, wo er ist«, sagte Schily damals. Großbritanniens Premier Tony Blair griff den Vorschlag auf.

Doch den Afrikaner*innen war klar: Jedes Land, das sich auf einen solchen Plan einlässt, würde am Ende mit den meisten Asylsuchenden alleingelassen werden. Denn nur ein Bruchteil würde, weitab von unabhängiger Beratung, europäischen Gerichten und zivilgesellschaftlicher Unterstützung, Schutz gewährt bekommen und ausreisen dürfen. Im Februar 2019 – die EU hatte Schilys Idee unter einem neuen Namen wieder ins Gespräch gebracht – beschloss die Vollversammlung der Afrikanischen Union (AU), dass keines der 52 Mitglieder ein solches Asylzentrum zulassen würde.

Doch sowohl die EU als auch einzelne europäische Staaten gaben nicht auf. Im Herbst 2020 ernannte die sozialdemokratische Regierung in Kopenhagen den Diplomaten Anders Tang Friborg zum »Migrationsbotschafter«. Seine Aufgabe: Ein afrikanisches Land zu finden, das sich nicht an den AU-Beschluss gebunden fühlt. Zwar unterstand Friborg offiziell dem Außenministerium, doch legte das Innenministerium seine Aufgaben fest. Eine »Kolonisierung der Außenpolitik für innenpolitische Zwecke« nennt das Martin Lemberg-Pedersen, Leiter der Abteilung Politik und Dokumentation von Amnesty Dänemark.

Friborgs Reiseziele wurden nach und nach bekannt: Er wurde unter anderem in Libyen, Tunesien, Marokko, Ägypten und Sudan vorstellig – fast durchgängig Länder mit katastrophaler Menschenrechtsbilanz. Im Juni 2021 beschloss dann das dänische Parlament ein Gesetz, dass es der Regierung erlaubt, Asylbewerber*innen für die Schutzprüfung außer Landes zu bringen.

Die AU verfasste eine wütende Erklärung: »Wir verurteilen auf das Schärfste das kürzlich verabschiedete dänische Ausländergesetz, das vorsieht, Asylbewerber während der Bearbeitung in Länder

»Wir verurteilen das dänische Ausländergesetz aufs Schärfste.« Afrikanische Union

außerhalb der Europäischen Union abzuschieben.« Und Friborg scheiterte. Kein Land wollte Dänemark die Flüchtlinge abnehmen. Bis heute gibt es nur ein sogenanntes »Memorandum of Understanding« mit der Regierung von Ruanda, in dem steht, dass man verhandeln wolle.

Großbritannien, das sich von der dänischen Initiative inspirieren ließ, hatte zunächst mehr Erfolg. Im April 2022 reiste die damalige britische Innenministerin Priti Patel nach Kigali und unterzeichnete ein Abkommen. Um zu demonstrieren, dass es Flüchtlinge in Ruanda gut haben würden, mietete die Regierung in Kigali das vorzeigbare Hope Hostel an und ließ Reporter*innen aus aller Welt hinein, damit sie darüber berichten.

Menschenrechtsorganisationen waren entsetzt. »Die Regierungschefs des Commonwealth müssen die britische Regierung dazu zwingen, ihre fehlgeleitete, grausame und rassistische Politik, die ihre Verantwortung gegenüber Flüchtlingen und Asylsuchenden auf Ruanda abwälzt, aufzugeben«, sagte etwa Deprose Muchena, Amnesty-Direktor für das östliche und südliche Afrika. Im Jahr 2022 konnten Anwält*innen die britischen Abschiebepläne vor Gericht vorerst stoppen. Das Hope Hostel blieb leer, die juristischen Auseinandersetzungen zogen sich bis in den März 2023.

Dann versuchte die neue britische Regierung unter Rishi Sunak eine neue Rechtsgrundlage zu schaffen: Am 14. März stimmte das Unterhaus in London für einen Gesetzentwurf aus dem Innenministerium. Er sieht vor, dass ausnahmslos alle, die ohne Einreiseerlaubnis britischen Boden betreten, für maximal einen Monat interniert und anschließend in ihr Herkunftsland oder – falls das zu gefährlich wäre – nach Ruanda oder in einen anderen Staat abgeschoben werden. Das Recht, Asyl zu beantragen, soll ihnen vollständig entzogen werden, zudem soll ihnen für alle Zeiten die Wiedereinreise nach Großbritannien untersagt werden.



Beschäftigen sich erstmal mit anderen Dingen: Mitarbeiter des Hope Hostel, Kigali, Juni 2022.

Foto: Victoria Jones / PA Wire / pa

Ein »Asylverbot« sei dies, befand das UN-Hochkommissariat für Flüchtlinge. Amnesty in Großbritannien sprach von einem »schockierenden neuen Tiefpunkt« und einem »grausamen Angriff auf Menschen, die Sicherheit brauchen«.

Viele Fragen unbeantwortet

Ob das neue Gesetz zur Folge hat, dass Gerichte die Abschiebungen nach Ruanda künftig zulassen, ist offen. Ebenso offen ist, wie es mit den dänischen Plänen weitergeht. Dänemarks Integrationsminister Kaare Dybvad sagte im Januar 2023, die Verhandlungen mit Ruanda seien »unterbrochen«, weil die dänische Regierung »auf eine EU-weite Lösung hinarbeite«. Tatsächlich gab es schon seit Längerem keine konkreten Verhandlungen mehr zwischen Dänemark und Ruanda. Am 9. September 2022 bekräftigten die beiden Länder, verhandeln zu wollen. Doch dem Vernehmen nach wurde man sich nicht einig, weil Ruanda zwar die anerkannten, nicht

aber die abgelehnten Flüchtlinge behalten wollte. Für diese hätte Dänemark dann ein weiteres Land zur Aufnahme von Menschen überreden und bezahlen müssen, sofern sie nicht in ihr Herkunftsland abgeschoben werden können.

»Das hätte das Ganze noch absurder gemacht und war völlig unrealistisch«, sagt Martin Lemberg-Pedersen von Amnesty Dänemark. »Um ihr Gesicht zu wahren, sagen die Sozialdemokraten, die das Projekt immer gefördert haben, dass sie jetzt auf eine europäische Lösung setzen.« Doch das sei »mehr Kampagne als Realität«. Viel zu viele Fragen seien unbeantwortet – etwa, ob dänische oder ruandische Entscheider*innen die Asylprüfung vornehmen sollten und auch, nach welchem Recht diese vorgenommen werden soll. Ebenso sei unklar, wie die Regelungen des Dublin-Systems, das als maßgebliche Säule der europäischen Asylpolitik gilt, in ein solches Modell integriert werden müssten. »Auf all das hat Dänemarks Regierung nie Antworten gegeben«, sagt Lemberg-Pedersen.

Zwar kündigte Dänemark jüngst an, afghanische Frauen und Mädchen wegen der Lage in ihrem Herkunftsland automatisch als Flüchtlinge anzuerkennen. Doch für alle anderen Schutzsuchenden dürfte es in dem skandinavischen Land noch schwieriger werden. Inwiefern die Regierung in Kopenhagen dabei auf die EU setzen kann, ist offen. Die offizielle Haltung

der EU-Kommission ist, dass sie das Modell Ruanda ablehnt und für unzulässig hält. Gleichzeitig setzen praktisch alle politischen Erklärungen, sowohl des Europäischen Rats als auch der Europäischen Kommission, auf eine Externalisierung der Grenzschutz- und Asylpolitik. Auch der »New Pact on Asylum« der Kommission aus dem Jahr 2020 weist in diese Richtung. Der österreichische Innenminister Gerhard Karner (ÖVP) teilte im Juni 2022 mit: »Es wäre eine gute Lösung, künftig Migranten von der EU in Drittstaaten zurückzuschicken und dort ihre Asylanträge prüfen zu lassen.«

Anfang Februar 2023 sagte der neue Sonderbevollmächtigte für Migrationsabkommen der deutschen Regierung, der FDP-Politiker Joachim Stamp, er wolle die Verlegung von Asylverfahren nach Afrika prüfen. »Dann würden auf dem Mittelmeer gerettete Menschen für ihre Verfahren nach Nordafrika gebracht werden«, führte der frühere nordrhein-westfälische Integrationsminister aus. »Das erfordert aber sehr viel Diplomatie und einen langen Vorlauf.« Und auch in der Schweiz findet der Gedanke Anklang: Die stärkste Partei im Land, die konservative SVP, forderte Ende Januar, die Regierung müsse »umgehend Szenarien prüfen, wie Asylverfahren ins Ausland ausgelagert« werden können. Sie solle dazu Kooperationen mit Großbritannien, Dänemark und Österreich prüfen. ♦

»Ein grausamer Angriff auf Menschen, die Sicherheit brauchen.«
Amnesty UK

Wie Amnesty zu Flucht arbeitet

Amnesty International setzt sich seit vielen Jahren auf verschiedenen Ebenen für die Rechte Geflüchteter ein. Dazu zählen insbesondere die Recherchen und Veröffentlichungen asylrelevanter Informationen. Als unabhängige Organisation prüft und dokumentiert Amnesty Menschenrechtsverletzungen in Herkunfts- und Transitländern und stellt diese Informationen auch Regierungen, Behörden und Gerichten zur Verfügung. Für Verfahren vor Verwal-

tungsgerichten erstellt Amnesty zudem Gutachten, mithilfe derer Richter*innen die Menschenrechtslage in den Herkunftsstaaten der Schutzsuchenden besser bewerten können.

Auf politischer Ebene begleitet Amnesty Gesetzgebungsprozesse und setzt sich für flüchtlingspolitische Anliegen ein – auf Landes- und Bundesebene, aber auch in Europa. Dies geschieht häufig in Zusammenarbeit mit anderen Nichtregierungsorganisationen. Amnesty leistet zu-

dem Öffentlichkeits- und Aufklärungsarbeit in Form von Aktionen und Kampagnen, Vorträgen, Ausstellungen und Publikationen. Die Organisation steht auch in Einzelfällen an der Seite Geflüchteter. Deutschlandweit unterhält Amnesty ehrenamtliche Asylberatungsstellen, die Schutzsuchende in ihren Verfahren unterstützen. In besonderen Fällen leistet Amnesty auch finanziellen Beistand oder gibt individuelle Stellungnahmen ab, um Abschiebungen zu verhindern.

Flucht nach Europa 2021 und 2022

Im Jahr 2022 haben rund 924.000 Menschen Asyl in der Europäischen Union beantragt. Das ist ein Anstieg um mehr als 46 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Die meisten Asylanträge stellten 2021 Schutzsuchende aus Syrien, Afghanistan und dem Irak. Sie machten fast 40 Prozent der Erstanträge aus. Etwa 30 Prozent aller Asylanträge wurden 2021 in Deutschland gestellt; danach folgten Frankreich, Spanien, Italien und Österreich als Erstantragsländer. Gemeinsam bearbeiteten diese fünf Mitgliedstaaten

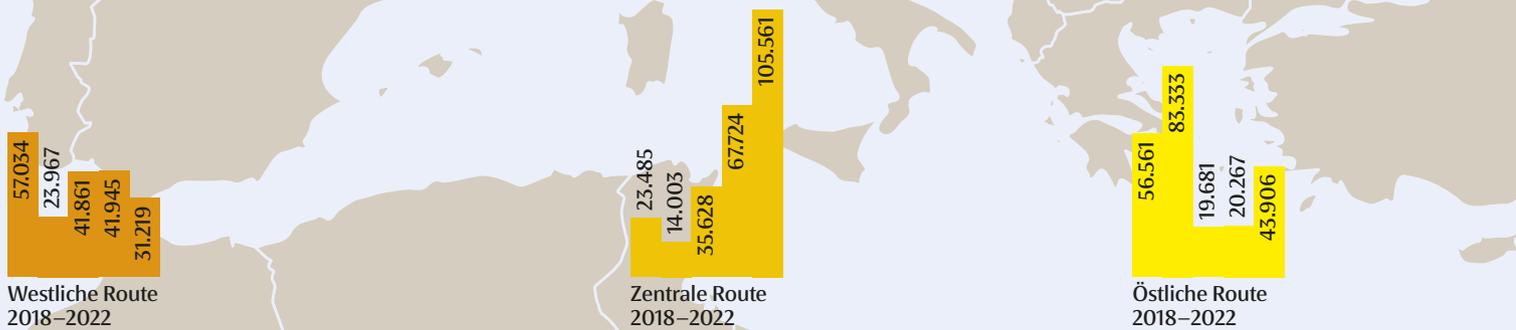
rund drei Viertel aller Asylgesuche in der Europäischen Union. Die besten Chancen auf die Zuerkennung eines Schutzstatus in der EU haben derzeit Geflüchtete aus Eritrea, Syrien und Afghanistan. Ihre Asylanträge weisen die höchsten Anerkennungsquoten auf, obwohl die Entscheidungspraxis in den EU-Mitgliedstaaten sehr uneinheitlich ist. In Deutschland wurden 2022 rund 56 Prozent aller Asylanträge positiv beschieden.

Neben den Asylsuchenden beantragten seit Beginn des russischen Angriffs-

krieges im Februar 2022 mehr als 4,8 Millionen Geflüchtete aus der Ukraine Schutz in den EU-Mitgliedstaaten. Die EU aktivierte deshalb zum ersten Mal einen besonderen Schutzmechanismus, die »Massenzustrom-Richtlinie«: Ukrainische Geflüchtete müssen keinen Asylantrag in den EU-Mitgliedstaaten stellen, sondern erhalten unmittelbar einen sogenannten vorübergehenden Schutz. Deutschland hat seit Februar 2022 mehr als eine Million Geflüchtete aus der Ukraine registriert.

Flucht über das Mittelmeer

Die Routen vom afrikanischen Kontinent über das Mittelmeer mit Ziel Europa sind die tödlichsten Fluchtwege der Welt. Im vergangenen Jahr starben dort mindestens 2.011 Menschen. Dabei ist die Anzahl der Geflüchteten auf der zentralen Mittelmeerroute von Nordafrika, vor allem von Libyen aus in Richtung Italien stark gestiegen. Die geflüchteten Menschen stammen vorrangig aus Ägypten, Tunesien, Bangladesch und Syrien. Auch die östliche Fluchtroute über Griechenland, Zypern und Bulgarien wurde 2022 vermehrt genutzt, während die westliche Route über Spanien an Bedeutung verloren hat.



Nahe an der Ukraine und trotzdem sicher

Der kleine Staat Moldau hat im Verhältnis zur eigenen Bevölkerungszahl mehr ukrainische Flüchtlinge aufgenommen als jeder andere Staat Europas. Zu Besuch in einer Flüchtlingsunterkunft. **Aus Chişinău von Tigran Petrosyan**

Zwischen gestapelten Kartons mit Sonnenblumenöl, Reis und Babybrei und einem Berg von in Plastik verpacktem Toilettenpapier serviert Proskovii Bondar am einzigen Tisch im Raum das Mittagessen. Sie ruft die Kinder vom Hochbett herunter. Überall stehen Doppelstockbetten nebeneinander. Auf einem glotzen zwei Brüder auf ein Smartphone, auf einem anderen versteckt ein Mädchen seine Puppe und zögert, herunterzukommen. Sie habe keinen Hunger, gibt sie vor. Währenddessen packt Larisa Bondar, Proskovii's Tochter, in Eile Hilfsgüter für ukrainische Flüchtlinge in kleine Tüten. 400 sind schon fertig. Drei der Stockbetten biegen sich unter der Last. Die Tüten werden bald abgeholt. Einige Betten bleiben jedoch leer. Frisch bezogen warten sie auf jene, die vor Bombenangriffen in der Ukraine nach Chişinău fliehen.

Mehr als 937.000 Ukrainer*innen kamen bisher nach Moldau, die meisten von ihnen reisten weiter, rund 104.000 aber sind geblieben. Damit hat die postsowjetische Republik, die zwischen Rumänien und der Ukraine liegt, im Verhältnis zu ihren 2,6 Millionen Bürger*innen mehr Menschen aus der Ukraine aufgenommen als jedes andere Land in Europa.

Seit August 2022 wohnt Larisa Bondar mit ihren Kindern in einer Unterkunftshalle in Chişinău. Die lokale Nichtregie-

rungsorganisation Nationalkongress der Ukrainer der Republik Moldau (NCRM) hat am Rande der Stadt im Untergeschoss eines 16-stöckigen Neubaus Ladenflächen gemietet und daraus Wohneinheiten gemacht. Dort können rund 50 Personen gleichzeitig untergebracht werden, meist nur für eine Nacht.

Oft kommt nachts ein Bus mit Frauen und Kindern aus der ukrainischen Stadt Mykolajiw in Chişinău an und fährt am nächsten Morgen weiter nach Deutschland oder Österreich. Unter den Weiterreisenden wird auch die Frau sein, die gerade noch mit Helfern und Mappen in der Hand vor der Außentür wartet, um ihre Unterlagen den moldauischen Behörden zu zeigen. Und auch die junge Mutter, die mit ihrem zehn Monate alten Baby erst vor drei Tagen Kiew verlassen hat und nun für eine Nacht versucht, ein Bett mit einem weißen Schleier zu bedecken als wäre es ein Wiegenhimmel, wird nicht bleiben.

Etwa 6.000 Menschen durchliefen bislang die Unterkünfte des NCRM. Zu den wenigen, die län-

ger bleiben, zählt die Familie Bondar. Die Arbeit im Zentrum geht auch dank der helfenden Hände von Larisa und Proskovii zügig voran. Bald soll auch Larisas Mann kommen. Der georgische Staatsbürger verlängert gerade seinen Pass in Tiflis.

Die Suche nach einer besseren Zukunft führte Larisa und ihre Familie zunächst nach Deutschland. Doch wurde der 33-jährigen schnell klar, dass die Realität dort weniger rosig war, als sie es sich erträumt hatte. Erst mussten sie in einem Zelt an der Straße schlafen, dann lande-



Unterstützt: Diana Jurna, Chişinău, Februar 2023. Foto: Tigran Petrosyan



Beengte Verhältnisse: Familie Bondar in der Unterkunft. Chişinău, Februar 2023.

Foto: Tigran Petrosyan

ten sie in einem Flüchtlingsheim, das Larisa als »überfüllt und dreckig« bezeichnet. Sie schafften es bis ins hessische Limburg, wo sie nur ein einziges Wort lernen: »warten«. Die Republik Moldau, das ärmste Land Europas, mit einer Inflation von mehr als 40 Prozent, bot den Bondars mehr Chancen. »Hier fühlt man sich wenigstens als Mensch.«

Doch gibt es auch praktische Gründe, hier zu bleiben: »Es gibt keine Sprachbarrieren. Wir können uns auf Russisch verständigen«, sagt Larisa Bondar. Vor Februar 2022 waren Ukrainer*innen die zweitgrößte ethnische Minderheit in Moldau, nach Rumän*innen, aber noch vor Russ*innen. Vielen Geflüchteten ist auch die Nähe Moldaus zur Ukraine wichtig. So können sie leichter zu Verwandten reisen, wenn sie wollen. Andere sitzen auf ihren Koffern und warten darauf, in die Heimat zurückzukehren, sobald dort die Waffen schweigen.

Angst vor einem Überfall Russlands

Doch die Situation könnte sich bald ändern. Russland droht permanent damit, alte Konflikte mit Moldau neu anzuzünden. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion 1991 und einem kurzen Krieg im Frühjahr und Sommer 1992 entstand im Osten des Landes, an der Grenze zur Ukraine, die selbsternannte Republik Transnistrien. Sie erklärte sich von Moldau unabhängig, ist aber bis heute nicht international anerkannt. Russland gilt als Schutzmacht.

Aber auch in Moldau gibt es immer

noch Tausende Menschen, die prorussisch gesinnt sind und für Russland auf die Straße gehen. Es gibt prorussische Parteien im Parlament, die von Moskau finanziert werden, und es gibt eine Kirche, die zum Moskauer Patriarchat gehört. Russland plane einen Putsch in Moldau, warnte im Februar die moldauische Präsidentin Maia Sandu. Larisa und ihre Mutter wachen seither jeden Tag mit der Angst vor einem Überfall Russlands auf.

Die Familie Bondar kommt aus dem Dorf Stari Trojany in der Nähe von Odessa. Vier Stunden dauert die Fahrt mit dem Bus nach Odessa, und Proskovii Bondar wird diese Fahrt bald wieder machen. Ihr Mann und die Familie ihrer ältesten Tochter leben in der Hafenstadt, und sie hat dort Arbeit als Schneiderin.

Larisa hat in Chişinău Arbeit gefunden. Sie putzt regelmäßig in einem Tanzstudio. Ihr Gehalt beträgt weniger als die Hälfte des moldauischen Mindestlohns, hilft aber weiter, wenn das Unterstützungsgeld des UN-Flüchtlingskommissariats wieder einmal ausbleibt, weil zuerst Nachweise erbracht werden müssen. 2.200 moldauische Lei, rund 110 Euro, zahlt das UNHCR pro Monat allen Ukrainer*innen, die nachweisen können, dass sie sich tatsächlich in der Republik Moldau aufhalten.

Sich um solche Nachweise zu kümmern, gehört zum Alltag von Diana Jurna. Sie arbeitet für die NKRM, ihr Büro liegt direkt neben den Flüchtlingsunterkünften. Die 32-jährige Grafikdesignerin hat das Zentrum in Chişinău mit aufgebaut.

**»Wir können uns auf Russisch verständigen.«
Larisa Bondar,
Geflüchtete**

Viel Arbeit lastet auf ihren Schultern – Logistik, Anmeldungen, Behördenbriefe, Zwischenfälle mit Betrunknen, und immer mangelt es an Geld.

Lange hat sie die Regierung kritisiert, weil diese ukrainischen Flüchtlingen keine Bleibeperspektive bot. Seit Beginn des Krieges verlängerte das Parlament den Aufenthalt von Ukrainer*innen immer nur um 180 Tage. Seit dem 1. März ist das anders. Geflüchteten aus der Ukraine wird nun für die Dauer eines Jahres vorübergehender Schutz gewährt. Sie haben damit Zugang zu medizinischer Versorgung, bestimmten Bildungsangeboten und dürfen arbeiten. Damit ist Diana Jurna einverstanden.

In einer Kiste sucht sie für ein Kind in der Unterkunft nach einem Schnuller. Eine Mitarbeiterin bringt Bettwäsche und Handtücher aus der Wäscherei, frisch gewaschen und gebügelt. Larisa soll sie später verteilen. Vor dem Büro drängen sich viele Menschen, einige mit Fragebögen in der Hand, andere wirken nach ihrer Flucht verwirrt oder traurig. Auf Diana Jurna wartet noch viel Arbeit. ♦

FLUCHT IN EUROPA, FLUCHT NACH EUROPA
EU-AUSSENGRENZE IN GRIECHENLAND



Fluchtversuch über den Fluss Evros,
der die Grenze zwischen der Türkei
und Griechenland bildet: März 2020.

Foto: Felipe Dana / AP / pa

»Das Signal ist: Bleibt fort«

Wenn Geflüchtete an den EU-Grenzen ankommen, müssen sie die Möglichkeit haben, einen Asylantrag zu stellen. Dieses Recht wird aber in Tausenden Fällen verletzt. Der Jurist **Robert Nestler** von der Menschenrechtsorganisation Equal Rights Beyond Borders ist Rechtsbeistand direkt an der griechisch-türkischen Grenze und spricht über die Abschreckungspolitik der EU.

Was erwartet Geflüchtete zurzeit an den EU-Außengrenzen?

Das ist unterschiedlich. Doch im Moment scheinen sich Griechenland und die EU hauptsächlich der brutalen Abschreckung zu bedienen. Das Signal ist: Bleibt fort. Das heißt, man hält sich nicht mehr an geltende Gesetze. Wir stecken in einer Rechtsstaatskrise.

Wie genau äußert sich das am Beispiel der griechischen Grenzen?

Die Zahl der Pushbacks hat in den vergangenen drei Jahren extrem zugenommen. An der Landgrenze und auf dem Meer. Es gibt eindeutige Berichte, dass Schlauchboote in türkische Gewässer zurückgeschleppt und dort zum Teil ohne Motor abgesetzt wurden. Die europäische Grenz- und Küstenwache Frontex ist daran beteiligt. Viele Menschen, die es nach Griechenland schaffen, werden ins Gefängnis gesteckt. Vor allem, wenn sie aufgrund ihrer Herkunft eine geringe Chance auf Asylanerkennung haben. Darunter sind auch besonders Schutzbedürftige wie Minderjährige. Außerdem gibt es zahlreiche Berichte von Menschen, die entführt, geschlagen und gefoltert wurden. Viele Geflüchtete erhalten gar keinen Zugang zum Asylsystem, oder das Antragsverfahren wird nicht korrekt eingehalten oder durchgeführt.

Können Sie Beispiele nennen, wie Behörden dabei vorgehen?

Vielen wird die Möglichkeit eines Asylanspruchs einfach verwehrt, oder das Verfahren wird so angelegt, dass im Ergebnis mit fast hundertprozentiger Sicherheit eine Rückführung in die Türkei steht. Dahinter steckt der Druck der EU wegen des Türkei-Deals. Auf den Inseln sind zudem zu wenige Ärzt*innen, auf Kos gibt es gar keine. Das heißt, eine Gefährdungsbeurteilung wegen Krankheiten vor Prüfung des Asylanspruchs wird nicht durchgeführt, obwohl sie gesetzlich vorgeschrieben ist. Die Verfahren an der Grenze werden zudem stark beschleunigt. Es bleibt also keine Zeit, einen Rechtsbeistand hinzuzuholen, obwohl das ebenfalls gesetzlich erforderlich ist. So wird oft innerhalb einer Stunde entschieden, ob jemand bleiben darf oder nicht. Viele Ablehnungen entbehren jeder Rechtsgrundlage. Die Ein-

»Man hält sich nicht mehr an Gesetze. Wir stecken in einer Rechtsstaatskrise.«

spruchsfristen wurden auch stark verkürzt. Abgelehnte Asylbewerber*innen werden insbesondere auf Kos für sechs bis 18 Monate inhaftiert.

Woher stammen Ihre Informationen?

Das sind Informationen aus erster Hand. Wenn möglich, werden wir bei Unregelmäßigkeiten kontaktiert, um Betroffenen rechtlich zur Seite zu stehen. Wir bekommen Anrufe aus Gefängnissen, zusammen mit digitalen Standortangaben. Einige unserer Klient*innen haben körperliche Anzeichen von Misshandlungen. Zu Pushbacks auf dem Meer gibt es diverse Beweisdokumentationen von Geflüchteten und NGOs. Vieles findet im Dunklen statt. Auf See lassen sich Ereignisse oft nicht überprüfen, auch die Grenzregion auf dem Festland ist abgeschieden. Journalist*innen und vielen NGOs ist der Zutritt zu den Flüchtlingscamps nicht mehr gestattet. Im Gegenteil, die Strafverfolgung und Gängelung von Medienvertreter*innen und humanitären Organisationen hat in den vergangenen drei Jahren rasant zugenommen. So werden Kontrollinstanzen ausgehebelt, Flüchtende sind Misshandlungen schutzlos ausgeliefert.

Welche Rolle spielt der griechisch-türkische Grenzkonflikt?

Er verschärft die Situation. Immer wieder stecken dadurch Menschen im unübersichtlichen Grenzgebiet des Flusses Evros fest. Die EU benutzt Griechenland zudem als Schild. Laut dem EU-Türkei-Deal sollten Flüchtende, die unrechtmäßig nach Griechenland einreisen, in die Türkei zurückgebracht werden – sie sei ein »sicherer Drittstaat«. Doch der Deal funktioniert nicht, hat nie funktioniert, denn die Türkei ist nicht sicher. Die Menschen sitzen letztlich in Griechenland oder im Grenzbereich fest. Während des Asylverfahrens oder nach Ablehnung des Antrags dürfen sie nicht weiterreisen. Und selbst wenn: Die Balkanroute ist ebenfalls dicht. Geflüchtete werden beim Versuch eines Grenzübertretts von kroatischen Beamten*innen schwer misshandelt. So kommen mehr und mehr Menschen nach Griechenland und können weder vor noch zurück.

Viele Geflüchtete werden in Camps untergebracht. Wie ist die Situation dort?

Wer in einem Camp unterkommt, trifft es zwar etwas besser. Aber auf den Inseln dürfen die Menschen die Anlage nur in Ausnahmefällen verlassen, und die Unterkünfte sind schlimmer als mangelhaft. Die Camps in Stadtnähe auf dem Festland wurden abgebaut, um neue Camps weit außerhalb zu errichten. Flüchtende sollen aus der Gesellschaft

EQUAL RIGHTS BEYOND BORDERS

Equal Rights Beyond Borders ist eine griechisch-deutsche Menschenrechtsorganisation mit Büros in Athen, Berlin, Chios und Kos. Die Menschenrechtsverteidiger*innen, Jurist*innen und Dolmetscher*innen setzen sich mit kostenlosem Rechtsbeistand für Geflüchtete an den EU-Grenzen ein. Dabei gehen sie rechtlich gegen rechtswidrige Inhaftierungen, illegale Abschiebungen und menschenunwürdige Lebensbedingungen in Flüchtlingslagern vor. Die Organisation stellt auch Asylbewerber*innen in Deutschland Rechtshilfe zur Verfügung, inklusive Prozessführung vor griechischen, deutschen und europäischen Gerichten. Ein Schwerpunkt liegt dabei auf Familienzusammenführungen.

www.equalrights.org

verschwinden. Deshalb hat die griechische Regierung auch die ESTIA-Programme gestrichen, die dazu dienten, Geflüchteten mit EU-Geld Wohnungen zur Verfügung zu stellen. Familien, die sich bereits eingerichtet hatten, wurden auf die Straße gesetzt und sollten in die abseits liegenden Camps umziehen. Dadurch haben Leute ihre Arbeit oder ihren Ausbildungsplatz verloren und mussten ihre Kinder aus der Schule nehmen.

Was wird nun aus diesen Familien?

Viele Menschen tauchen unter und versuchen, irgendwie in den Norden zu gelangen. Anderen bleibt als Wohnoption nur ein Camp mit unzumutbaren Lebensbedingungen oder ein Leben auf der Straße. Wer keine gültigen Papiere hat, landet auf der Straße und rutscht eventuell in ausbeuterische Arbeitsverhältnisse. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat bereits vor Jahren festgestellt, dass Griechenland nichts gegen den Menschenhandel unternimmt. Aber auch wer Asyl erhält, bekommt keine Hilfe mehr, sondern muss sehen, wie er oder sie zu recht kommt. Selbst die einheimische Bevölkerung erhält nur in Notfällen eine minimale, unzureichende staatliche Unterstützung. Es hat sich eine unglaubliche Hilflosigkeit breit gemacht. ♦

Robert Nestler ist Geschäftsführer und Mitbegründer von Equal Rights, er hat Rechtswissenschaften, Soziologie und Islamwissenschaften in Halle an der Saale studiert.



Foto: Equal Rights Beyond Borders

Tödliche Gewalt bleibt unaufgeklärt

Von Oliver Grajewski



Die Untersuchung der Todesfälle vom Sommer 2022 an der Grenze von Melilla ist völlig unzureichend.



Am 24. Juni 2022 versuchten Tausende Migrant*innen und Flüchtlinge von Marokko in die spanische Enklave Melilla zu gelangen.



Dabei kam es zu tödlicher Gewalt von Sicherheitskräften: 37 Menschen starben, 77 gelten als vermisst.



Es gab Hunderte Verletzte. Viele der Verletzten wurden noch geschlagen und getreten, als sie schon am Boden lagen.



Spanische und marokkanische Behörden vernachlässigten, den Verletzten angemessene medizinische Versorgung zukommen zu lassen.



Der Verlust von Menschenleben war vermeidbar. Geflüchtete waren in der Umgebung Melillas vor dem 24. Juni ...



... Angriffen marokkanischer Sicherheitskräfte ausgesetzt. Tausende liefen zur Grenze, nachdem ihre wenigen Habseligkeiten mutwillig zerstört wurden.



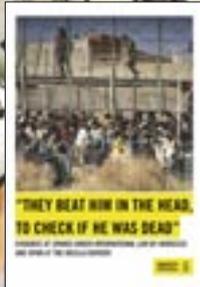
Viele der nach Marokko zurückgeführten Personen wurden inhaftiert und waren im Gefängnis weiteren Misshandlungen ausgesetzt.



Die spanische und die marokkanische Regierung haben bislang keinerlei Untersuchungsergebnisse zu dem Gewaltezess veröffentlicht.



Amnesty International fordert Aufklärung darüber, wer die tödliche Gewalt gegenüber den Geflüchteten zu verantworten hat.



Den ganzen Bericht lesen Sie auf [amnesty.de/Melilla-Bericht](https://www.amnesty.de/Melilla-Bericht)

»Wollen wir das so in Europa?«

Die ARD-Reporterin **Isabel Schayani** berichtet seit Jahren über Flucht und Flüchtende. Ein Gespräch über die Berichterstattung zum Thema und die Verantwortung von Journalist*innen.

Interview: Uta von Schrenk

Sie haben für die ARD über Flucht aus der Ukraine berichtet. Welche Erlebnisse sind Ihnen besonders in Erinnerung?

An der ukrainisch-polnischen Grenze habe ich Anfang März 2022 eine Deutschlehrerin aus Kiew getroffen, die mit ihrer kleinen Tochter und ihrer Mutter geradezu ins Nichts geflohen war. Sie war völlig aufgelöst, und die Mutter schämte sich, weil sie von zu Hause losgerannt war und sich nicht richtig hatte anziehen können. Sie schaute aus Scham immer weg und vergrub die Hände in ihrem Wintermantel. Solche Momente wird man als Reporterin nicht los. Wir sind in Kontakt geblieben, und so habe ich erfahren, dass sie mittlerweile Lehrerin in einem Integrationskurs ist, dass das Kind gern zur Grundschule geht und die Oma bei ihnen ist. Für sie hat sich erstmal alles gefügt.

Doch es gibt auch andere Begegnungen: Wir waren an einem Vormittag im Januar diesen Jahres in der schwer umkämpften Stadt Bachmut. Dort haben wir eine ältere Dame getroffen, 74 Jahre alt, elegant gekleidet, obwohl sie weder etwas Richtiges zu essen hatte, noch Wärme oder eine sichere Unterkunft. Sie ist geblieben, weil ihr Mann sterbenskrank war und nicht mehr evakuiert werden konnte. Nachdem die Lage in Bachmut immer schwieriger geworden ist, frage ich mich: Was ist wohl aus Nina Gregoriwna geworden? Da ich keine Handynummer von ihr habe, werde ich es nicht erfahren. Solche Erlebnisse trägt man mit sich.

Was macht das mit Ihnen?

Weil ich kein Russisch oder Ukrainisch spreche, gab es für mich in diesen Situationen durch die Sprachbarriere einen gewissen Filter. Anders war das bei früheren Begegnungen auf der Balkanroute oder in Calais, wo ich im November war. Dort habe ich Afghanen getroffen, die wie ich Persisch sprechen. Solche Gespräche haben für mich eine andere Temperatur, eine andere Unmittelbarkeit. Sprache ist ein wesentlicher Faktor, wie nah man Menschen kommt. Man kann sich dann nicht mehr hinter einem Übersetzer verstecken. Im Nachhinein bin ich fast ein wenig froh, dass ich in der Ukraine nicht alles verstanden habe, weil ich in den Momenten wohl nicht hätte weiterfragen können, bei dem was die Menschen uns antworteten.

Welche Verantwortung kommt den Berichterstattenden bei der Vermittlung schrecklicher Vorgänge zu?

Auf der einen Seite hat das Thema Flucht eine abstrakte Dimension, wenn wir über EU-Außengrenzen, über Asylpolitik oder die aktuellen Geflüchtetenzahlen reden. Auf der anderen Seite steht das konkrete Schicksal von Menschen, die vor einem stehen und nicht wissen, wo sie die nächste Nacht schlafen werden. Als Journalist*innen sind wir gefordert, diese beiden Welten zusammenzubringen, abstrakte Politik in Menschenleben zu übersetzen. Es geht darum, den Schmerz der Betroffenen zu vermitteln, ohne den

»Die Herausforderung für uns alle besteht darin, trotz der Bilderflut nicht zu verrohen.«

Blick für die reale Lage zu verlieren. Wenn mir jemand an der Grenze erzählt, dass er schon seit Tagen bei null Grad im Wald campiert hat, dann werde ich still – und dennoch muss ich einen Schritt zurückmachen und überlegen, ob das stimmen kann oder nicht. Da ist es gut, wenn man im Team arbeitet und das Erlebte besprechen kann. Denn das gehört auch zur journalistischen Verantwortung: zu entscheiden, mit welcher Distanz oder Nähe ich eine Geschichte erzähle. Und was ich für glaubwürdig halte und was nicht.

Gibt es Momente, in denen diese Rolle eine Überforderung ist?

Wenn Kinder im Spiel sind. Wir waren im Februar im Donbass an der Front, in einem Bus voller Menschen, die evakuiert werden sollten. Da saßen die Leute mit ihren zwei Plastiktüten, den Kindern und der Katze. Kinder auf der Flucht spiegeln die Unsicherheit ihrer Eltern, sie sind unruhig oder erstarrt. Zugleich können sie aber die Dimension der Lage nicht einschätzen und spielen zwischendurch einfach wieder. Das Lager Moria in Griechenland war wie ein Schulhof, da wuselten die Kinder nur so durcheinander. An der ukrainisch-polnischen Grenze vor einem Jahr habe ich zuerst gedacht: Ist das hier ein Schulausflug? Es waren so viele Kinder. Wenn man selbst Mutter ist, ist es schwer, in solchen Situationen einen gänzlich nüchternen Blick zu bewahren.

Zerstörte Boote auf dem Mittelmeer, Menschen hinter Maschendraht, überfüllte Bahnhöfe – wir alle haben bei dem Stichwort Flucht sofort Bilder im Kopf. Wie vermeidet man die Übersättigung des Publikums?

Die lässt sich kaum vermeiden. Nach dem Syrienkrieg, nach Corona, der Machtübernahme der Taliban in Afghanistan, dem



Fluchtpunkt.

Die ostukrainische Stadt Bachmut war immer wieder Ziel schwerer russischer Angriffe, Dezember 2022.

Foto: Tyler Hicks / The New York Times / Redux / laif

Krieg in der Ukraine, nach den revolutionären Entwicklungen im Iran und dem Erdbeben in der Türkei und Syrien höre ich immer wieder in meinem Umfeld: Ich kann keine Nachrichten mehr sehen. Ich verstehe diese Erschöpfung. Doch leider ist die Realität so. Die Herausforderung für uns alle, für die Journalist*innen wie für das Publikum, besteht darin, trotz dieser Bilderflut nicht zu verrohen. Die zentrale Frage bei dem Thema Flucht ist doch: Wollen wir das so in Europa?

Wie hat sich die mediale Darstellung von Geflüchteten nach Merkels »Wir schaffen das« und der anfänglichen Empathie angesichts des Ukraine-Kriegs gewandelt?

Meine Wahrnehmung ist, dass Frust und der Wille, das hinzukriegen sich derzeit noch die Waage halten. Es liegt an uns, ob wir zwei Klassen von Geflüchteten wollen. Hier das Asylrecht und da die Massenzustrom-Richtlinie mit einem vorübergehenden Schutzstatus. Ich habe mit vielen deutschen Kommunalbeamt*innen gesprochen, um zu erfahren, wie die Lage vor Ort tatsächlich ist – auch, um die mediale Stimmung zu überprüfen. Die Antworten waren überwiegend konstruktiv, dabei funktionieren viele Ausländerbehörden schon lange nicht mehr richtig: Ja, wir können in eine Krise rutschen, aber

wir sind total gewillt, es zu wuppen. Diese Grundstimmung kann man dunkel, aber auch hell malen. Natürlich ist die Situation angespannt, das darf man nicht kleinreden. Auch in Schulen, Kindergärten, Ämtern. 1,2 Millionen Menschen sind im vergangenen Jahr zusätzlich nach Deutschland gekommen. Dies ist kein Zustand, der vom Himmel fällt, sondern die Folge davon, dass wir von der Welt und ihren Krisen nicht entkoppelt sind. Ich glaube, dass die deutsche Gesellschaft daran wachsen kann, einen Teil dieser Krisenfolgen zu tragen.

Was ärgert Sie an der Thematisierung und Inszenierung von Flucht in den Medien?

Die Extreme in der Berichterstattung: Manche stecken die Menschen, die hier um Asyl bitten, eindimensional in die Opferkiste, andere malen ein krasses Bedrohungsszenario. Beides wird der Situation nicht gerecht. Doch überwiegend finde ich, dass wir Journalist*innen differenzierter mit dem Thema umgehen als noch 2015.

Wo liegen die blinden Flecken der Berichterstattung über Flucht?

Die Situation der Afghan*innen ist aus dem Blickfeld geraten: Wie ist es um das Bundesaufnahmeprogramm des Auswärtigen Amtes bestellt? Wie viele gefährde-

te Menschen konnten sich hierüber nach Deutschland retten? Oder ist dieses Programm überbürokratisiert? Dann die Visaverteilung und Familienzusammenführung an deutschen Auslandsvertretungen: Diese sind zum Teil chronisch unterbesetzt – und ich habe den Eindruck, sie sollen es vielleicht auch sein. Die Menschen haben es schwer, über diesen legalen Weg zu uns zu kommen. Und was ist aus der Erteilung der humanitären Visa geworden, die die Außenministerin nach dem Beginn der Protestbewegung im Iran versprochen hatte? Mit so einem Versprechen kann man die Öffentlichkeit erstmal beruhigen. Ein blinder Fleck sind auch die menschenverachtenden und ökonomischen Aspekte der Schlepperstrukturen. ♦

Isabel Schayani ist Moderatorin des »Weltspiegel« und Leiterin der Redaktion »WDRforyou«. 2022 zeichnete Amnesty sie mit dem Marler Medienpreis für Menschenrechte aus.

Foto: Superbass (CC BY-SA 4.0)



Ungesunde Gemengelage

Traumatisierte Geflüchtete werden in Deutschland kaum psychotherapeutisch behandelt, eine umfassende Reform der Versorgung ist nötig. **Von Uta von Schrenk**



Deprimierend.

Sammelunterkünfte stellen für Geflüchtete eine zusätzliche Belastung dar.

Foto: Daniel Berehulak / The New York Times / Redux / laif

Geflüchtete haben häufig Traumatisches erlebt, sei es im Herkunftsland durch Krieg, Folter oder andere Gewaltsituationen, sei es auf der Flucht selbst, in der Gewalt von Schleppern oder durch die erlebten Gefahren auf unsicheren Fluchtwegen wie etwa dem Mittelmeer. Wie viele der hier ankommenden Menschen traumatisiert sind, ist nicht genau zu beziffern – es gibt keine repräsentativen Daten. Verschiedene Studien zeigen jedoch, dass mindestens 30 Prozent der geflüchteten Menschen in Deutschland unter einer posttraumatischen Belastungsstörung oder depressiven Erkrankungen leiden. »Nicht alle Betroffenen benötigen eine

Therapie, wenn ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen ansonsten stimmen«, sagt Yukako Karato. »Aber es ist notwendig, dass jeder von ihnen die Möglichkeit hat, diagnostiziert zu werden und bei Bedarf Zugang zu einer Behandlung erhält.« Karato ist Referentin bei der Bundesarbeitsgemeinschaft psychosozialer Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer (BAFF), die Betroffene unterstützen.

Im Jahr 2021 gab es rund 1,9 Millionen Geflüchtete in Deutschland. Die BAFF geht aufgrund dieser Zahl von mindestens 500.000 Menschen aus, die einen psychosozialen Bedarf haben – konservativ gerechnet. »In unseren Zentren können im Jahr rund 20.000 Klient*innen behandelt werden. Knapp 2.000 Personen konnten 2021 an niedergelassene Psychotherapeut*innen, Kliniken oder andere

Beratungsstellen weitervermittelt werden. An diesen Zahlen sieht man schon, dass die Lage dramatisch ist«, sagt Karato. Die Versorgungsquote hätte demnach im Jahr 2021 bei 4,1 Prozent gelegen.

Die psychosoziale Unterversorgung geflüchteter Menschen hat mehrere Ursachen. Seit der Einführung des Asylbewerberleistungsgesetzes im Jahr 1993 besteht in den ersten 18 Monaten nach der Ankunft nur bei akuten Erkrankungen und Schmerzzuständen Anspruch auf medizinische Behandlung. Zwar lässt das Asylbewerberleistungsgesetz auch psychotherapeutische Leistungen zu, doch wird der BAFF zufolge von dieser Kann-Regelung kaum Gebrauch gemacht. Und selbst nach der 18-Monatsfrist gebe es zu hohe Hürden für eine angemessene Versorgung – unter anderem lange Wartezeiten auf einen Therapieplatz, Sprachbarrieren sowie Ausbildungsdefizite der Psychotherapeut*innen hinsichtlich Psychotrauma, Migration und Flucht sowie interkultureller Kompetenzen. »Die Situation lässt sich nur verbessern, wenn geflüchtete Menschen regulär in das Krankenversicherungssystem übernommen werden, wenn Flucht und Trauma Teil der Ausbildung werden und Sprachmittlung im Gesundheitssystem finanziert wird«, sagt BAFF-Referentin Karato.

Bleiben jedoch die Lebensbedingungen für Geflüchtete in Deutschland. Auch diese seien eine psychische Belastung, kritisiert Karato: »Wie kann jemand in einer Sammelunterkunft zur Ruhe kommen, wenn er weder eine Ausbildung machen noch einer Arbeit nachgehen kann, sich das Asylverfahren über Monate oder Jahre zieht und die Gefahr besteht, morgen abgeschoben zu werden?« ♦

Mutig und solidarisch bleiben!

Immer mehr Menschen sind auf der Flucht. Die Europäische Union schottet sich ab. Dabei zeigt die Aufnahme ukrainischer Flüchtlinge, wie Solidarität aussehen kann. Eine engagierte Zivilgesellschaft ist unerlässlich, um einen Flüchtlingsschutz für alle zu sichern. **Von Miriam Heine**

Wo auch immer ihr herkommt, wusstet ihr nicht, dass wir euch töten, wenn ihr hierherkommt?« An diese Worte des lettischen Grenzschutzes erinnert sich ein Mann aus dem Irak. Ein anderer Mann berichtet: »Sie schlugen meinen ganzen Körper (...). Sie sagten, wenn du nicht zurückgehen willst, schlagen wir dich so stark, dass wir dich zwingen.«

Ein Amnesty-Bericht aus dem Jahr 2022 dokumentiert, dass beide Männer an der lettisch-belarussischen Grenze sogenannte Pushbacks erlebten und was sie dabei zu hören bekamen. Als Pushbacks bezeichnet man das gewaltsame Zurückdrängen Flüchtender an den Grenzen ohne ernsthafte Prüfung der Fluchtgründe.

Gleich vier Berichte zum Thema Flucht veröffentlichte Amnesty im Jahr 2022. Sie belegen, dass an den EU-Außengrenzen in Polen, Lettland, Litauen und der spanischen Exklave Melilla Pushbacks zum Regelfall geworden sind. Weder die Bundesregierung noch die EU-Kommission als Hüterin der EU-Verträge unternahmen etwas dagegen.

Was derzeit fehlt, ist der politische Wille, allen Menschen gleichberechtigt Schutz zu bieten.

Dabei verstößt diese brutale Praxis an der EU-Außengrenze gegen geltendes Recht. Artikel 33 der Genfer Flüchtlingskonvention verbietet die Abschiebung oder Ausweisung in ein Land, in dem Verfolgung oder Folter drohen. Dieses Non-Refoulement-Gebot findet sich auch in Artikel 3 der Europäischen Menschenrechtskonvention.

Ein Hoffnungsschimmer war im Dezember 2022, dass die sogenannte EU-Instrumentalisierungsverordnung vorläufig verhindert werden konnte. Mit der Verordnung sollte auf Situationen der »Instrumentalisierung« von Geflüchteten reagiert werden, wie sie der belarussische Präsident Alexander Lukaschenko herbeiführte (siehe Seiten 12-15). In solchen unbestimmten Fällen sah sie die Schließung von Grenzübergängen und die Absenkung von Unterbringungsstandards vor. Das vorläufige Scheitern der Verordnung war auch dem unermüdlichen Einsatz von Amnesty International und anderen Akteur*innen der Zivilgesellschaft zu danken.

Dass die Europäische Union solidarisch und schnell Sicherheit gewähren kann, zeigt die Aufnahme der Menschen, die vor dem russischen Angriffskrieg in der Ukraine geflohen sind. Dank einer EU-Richtlinie erhielten bislang fast fünf Millionen Ukrainer*innen vorübergehenden Schutz in den Mitgliedstaaten – ohne kompliziertes Asylverfahren, verpflichtende Wohnsitzauflage und jahrelanges Warten auf Aufenthaltstitel und Arbeitserlaubnis.

Was derzeit fehlt, ist der politische

Wille, allen Menschen gleichberechtigt Schutz zu bieten, unabhängig vom Herkunftsland. Dabei wären ein entschlossenes Handeln zur Unterstützung Geflüchteter und die Bekräftigung des Rechts auf Asyl nötiger denn je: 2022 waren weltweit mehr als 103 Millionen Menschen auf der Flucht, so viele wie nie zuvor. Trotzdem werden Zäune gebaut, asylfeindliche Gesetze verabschiedet und Ressentiments gegen Geflüchtete geschürt.

Dies zeigt Wirkung: 2022 wurden 1.200 Angriffe auf Geflüchtete und 121 Angriffe auf Unterkünfte bekannt – ein Anstieg um 73 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Und der neu ernannte Sonderbeauftragte der Bundesregierung für Migrationsabkommen, Joachim Stamp (FDP), gießt Öl ins Feuer, wenn er erneut und als erstes die Auslagerung des Flüchtlingsschutzes propagiert.

Auch der Migrationspakt, der derzeit im EU-Parlament diskutiert wird, birgt weitere Einschränkungen von Menschenrechten Geflüchteter. Angesichts der Bedrohungen für das Menschenrecht auf Asyl gilt es auf jeden Fall, mutig zu bleiben. Gegen Abschottung und Gewalt an den EU-Außengrenzen braucht es eine starke Zivilgesellschaft, damit Europa endlich ein Garant für die Menschenrechte aller wird. ♦

Miriam Heine war von Februar bis April 2023 Rechtsreferendarin bei Amnesty International Deutschland.

Retten verboten

STEFEN SEYFERT, VORSTAND RESQSHIP:

Mit unserem Motorsegler Nadir fahren wir Beobachtungseinsätze im zentralen Mittelmeer. Unsere ehrenamtlichen Crews bei RESQSHIP dokumentieren dort die Menschenrechtslage, erfassen Seenotfälle und melden diese an die zuständigen Behörden. Außerdem sind wir in der Lage, Ersthilfe zu bieten, wie zum Beispiel Rettungswesten und Trinkwasser zu verteilen oder auch medizinische Erstversorgung zu leisten. Unser Einsatzkonzept ist auf die Möglichkeiten der Nadir ausgerichtet. Das Schiff ist gut und sicher ausgerüstet. Unsere Crews werden vor den Einsätzen detailliert vorbereitet und trainiert. Die Nadir benötigt wegen ihrer geringen Größe derzeit kein Schiffssicherheitszeugnis. Zukünftig soll dies nach den Plänen des Bundesverkehrsministeriums aber verlangt werden, obwohl diese Vorgaben auf die kommerzielle Schifffahrt ausgerichtet sind und für unseren spezifischen Einsatzzweck nicht geeignet sind, die Sicherheit zu erhöhen. Wir empfinden dieses Vorhaben als massive Behinderung unserer humanitären Arbeit, ohne dass es in der Vergangenheit einen Anlass gab, an der Sicherheit der eingesetzten Schiffe zu zweifeln. Falls die Bundesregierung die Pläne umsetzt, wird unsere Arbeit stark erschwert oder sogar unmöglich gemacht. Mit vorgeschobenen Argumenten wird dann verhindert, dass wir Menschen in Not Hilfe leisten. Wenn man bedenkt, dass unsere Arbeit überhaupt nur nötig ist, weil die EU-Staaten ihrer Verantwortung für Menschen in Not nicht gerecht werden, ist dieses Vorgehen beschämend.

RESQSHIP e. V. wurde im Juni 2017 gegründet – von einer Gruppe von Menschen, die sich auf einer Seenotrettungsmission von Sea-Watch kennengelernt hatten. Den ersten Einsatz im Mittelmeer fuhr der Verein 2019.



Foto: Friederich Ulonska/RESQSHIP



Foto: Selene Magnolia

KATHRIN SCHMIDT, IUVENTA-CREW:

Nach 16 Einsätzen im zentralen Mittelmeer wurde unser Schiff Iuventa im August 2017 von den italienischen Behörden beschlagnahmt. Fünf Jahre sollten die Ermittlungen wegen Beihilfe zur unerlaubten Einreise gegen einen Teil der Crew dauern, darunter auch ich. 2021 wurde schließlich das Verfahren in Italien eröffnet. Uns nunmehr vier Angeklagten drohen bis zu 20 Jahre Haft. Aktuell läuft die Vorverhandlung, in der mittels zahlreicher Anhörungen entschieden wird, ob der Fall in die Hauptverhandlung geht. Die Übersetzung der knapp 28.000-seitigen Akte wurde bis dato – von einem Polizeibericht abgesehen – abgelehnt, dafür wurde das italienische Innenministerium als Nebenkläger zugelassen. Es gibt an, in finanzieller und moralischer Weise durch die Rettungseinsätze der Iuventa-Crew geschädigt worden zu sein. In der Zwischenzeit hatten die Behörden die Iuventa so vernachlässigt, dass sie im Hafen zu sinken drohte. Im Dezember 2022 wurde richterlich beschlossen, dass das Schiff wieder hergerichtet werden muss. Unsere Crew hat deswegen nun gemeinsam mit anderen NGOs Strafanzeige erstattet. Prozesse dieser Art gibt es viele, und sie betreffen meist Geflüchtete. Diese systematische Kriminalisierung delegitimiert Migration und soll Flüchtlinge sowie Helfende abschrecken. De facto werden dadurch Fluchtrouten länger und gefährlicher. Europas Justiz trägt so ihren Teil zum Massensterben im zentralen Mittelmeer bei. Auch wenn dieses Verfahren mittlerweile für mich zu einer Art Tinnitus geworden ist, kann mir kein Gericht die Gewissheit nehmen, zur richtigen Zeit am richtigen Ort das Richtige getan zu haben.

Die Crew der Iuventa führte in den Jahren 2016 und 2017 Such- und Rettungseinsätze im Mittelmeer durch, bis das Schiff am 2. August 2017 von den italienischen Behörden beschlagnahmt wurde. Amnesty International Deutschland hat die Crew für ihren mutigen Einsatz mit dem Menschenrechtspreis 2020 ausgezeichnet.

Aktivist*innen, die schiffbrüchige Menschen auf der Flucht nach Europa aus dem Mittelmeer zu retten versuchen, werden häufig mit Gerichtsverfahren überzogen. Zu den Anklagepunkten zählen etwa Beihilfe zur illegalen Einreise oder Leitung einer kriminellen Vereinigung. **Betroffene berichten**

SEAN BINDER, EMERGENCY RESPONSE CENTER:

Ich habe über 100 Tage in Untersuchungshaft auf einer kleinen griechischen Insel verbracht. Mir drohen immer noch 20 Jahre Haft, wenn ich der mir zur Last gelegten abscheulichen Verbrechen für schuldig befunden werde – darunter Beihilfe zur illegalen Einreise, Leitung einer kriminellen Vereinigung, Geldwäsche und Spionage! Expert*innen haben gesagt, dass die Strafverfolgung auf wenig mehr hinausläuft als »die Kriminalisierung der Lebensrettung«. Was ich getan habe, dass ich mit Handschellen an Mörder gekettet und in eine kleine Zelle gesperrt wurde? Suche und Rettung. Ich verbrachte fast ein Jahr damit, die zivilen Rettungsmaßnahmen auf der Insel Lesbos zu koordinieren. Ich arbeitete mit den Behörden zusammen, um medizinische Notdienste auf See und an der Küste zu leisten.

Jetzt denken Sie vielleicht: »Okay, das klingt deprimierend, aber was hat das mit mir zu tun?« Leider hat das durchaus etwas mit Ihnen zu tun: Wenn ich dafür kriminalisiert werden kann, dass ich meist nicht viel mehr tue, als Wasserflaschen zu verteilen und zu lächeln, dann können Sie das auch.

Stellen Sie sich vor, Sie kommen an den Ort eines Autounfalls. Sie sehen jemanden am Straßenrand liegen. Er braucht eindeutig Ihre Hilfe. Was würden Sie zuerst überprüfen: seinen Puls oder seinen Ausweis? Wenn Sie, wie ich, zuerst den Puls prüfen, wäre das ein Verbrechen. Sie haben dann genau das gleiche Verbrechen begangen, das ich begangen haben soll. Wir müssen für die Menschenrechte kämpfen. Wir müssen gegen die Verstöße gegen die Rechtsstaatlichkeit kämpfen, die wir in ganz Europa und darüber hinaus sehen.

Die Hilfsorganisation Emergency Response Center International hat in den Jahren 2016 bis 2018 von Lesbos aus Such- und Rettungseinsätze geleistet.



Foto: Joanna DeMarco/Amnesty

AMARA, EL HIBLU 3:

Wir fühlen uns verängstigt, erschöpft, enttäuscht und sehr frustriert, weil wir uns in einer Situation befinden, die wir in der EU für unmöglich gehalten haben. Wir werden der Welt als Kriminelle und Terroristen präsentiert, unsere Rechte und Würde wurden uns genommen. Trotzdem haben wir noch immer Hoffnung, dass alles gut werden wird. Da wir von Leuten und Menschenrechtsorganisationen unterstützt werden, die uns als Helden bezeichnen, haben wir Hoffnung auf eine Zukunft.

Im März 2019 trugen die Jugendlichen Amara, Kader und Abdalla (Nachnamen auf eigenen Wunsch nicht genannt) dazu bei, einen illegalen Pushback zu verhindern. Gemeinsam mit rund 100 weiteren Menschen waren sie vor Gewalt in Libyen über das Mittelmeer geflohen und von der Besetzung des Öltankers »El Hiblu 1« aus Seenot geborgen worden. Als der Kapitän versuchte, die Geretteten nach Libyen zurückzubringen, halfen die drei, dies zu verhindern, indem sie zwischen der Besatzung und den Geflüchteten übersetzten und vermittelten. Niemand auf dem Tanker kam zu Schaden und alle erreichten einen sicheren Hafen auf Malta.

Bei ihrer Ankunft wurden Amara, Kader und Abdalla, damals 15, 16 und 19 Jahre alt, verhaftet und der Schiffsentführung, Bedrohung der Besatzung sowie terroristischer Aktivitäten beschuldigt. Seither sind die drei unter dem Stichwort »El Hiblu 3« bekannt. Nach vier Jahren monatlicher Anhörungen befindet sich ihr Fall immer noch in der Beweisaufnahme. Es ist unklar, ob die Staatsanwaltschaft Anklage erheben oder die Vorwürfe fallen lassen wird. Sollten die drei jungen Männer verurteilt werden, drohen ihnen lange Haftstrafen. ♦



Foto: Clement Mahoudeau

PROTEST

IST EIN

MENSCHEN-

RECHT

FRIEDLICH DEMONSTRIERENDE ZUM TODE VERURTEILT

Seit dem Tod von Jina Mahsa Amini in Polizeigewahrsam am 16. September 2022 protestieren in allen Teilen des Irans täglich Menschen für Freiheit und gegen Unterdrückung. Der zentrale Slogan der Protestbewegung: Frau. Leben. Freiheit. Die „Sicherheitsbehörden“ gehen mit brutaler Gewalt gegen die Demonstrierenden vor. Hunderte wurden getötet. Über 20.000 Menschen wurden inhaftiert – allein weil sie ihr Menschenrecht auf friedlichen Protest ausgeübt haben. Mindestens vier Todesurteile sind bereits vollstreckt worden, weitere Hinrichtungen drohen.

Setz dich zusammen mit uns für die mutigen Menschen im Iran ein. Fordere ein Ende der Gewalt, das Fallenlassen aller Anklagen gegen friedlich Demonstrierende und die Aufhebung der Todesurteile.

Die iranischen Behörden müssen endlich grundlegende Menschenrechte achten!



Jetzt handeln: amnesty.de/jina

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



Böden, Wälder, Flüsse – alles ist vergiftet

Während des Krieges in Vietnam versprühten die USA und ihre Alliierten Millionen Liter Herbizide, darunter Agent Orange. Das Entlaubungsmittel enthielt ein hochgiftiges Dioxin. Fast 50 Jahre später leiden noch immer Hunderttausende Menschen darunter. **Text: Peter Jaeggi. Fotos: Roland Schmid**





**Einer der giftigsten Flecken des Planeten:
Der Militärflughafen von Bien Hoa war
Hauptumschlagplatz für Agent Orange
und wird heute dekontaminiert.**



Tochter und Vater sind als Dioxingeschädigte anerkannt: Nguyen Thi Thanh, Le Huyen und Tran Quang Toan (v. l. n. r.).

Am Morgen wasche ich ihr zuerst das Gesicht, danach ziehe ich sie an. Dreimal täglich gebe ich ihr zu essen. Alle zwei bis drei Stunden muss ich sie umdrehen, damit sie nicht wundliegt. Den Ventilator lassen wir 24 Stunden lang laufen.« Nguyen Thi Thanh erzählt von ihrem schweren Alltag. Sie ist 66 Jahre alt und die Mutter der schwerbehinderten Le Huyen. Arme und Beine der 40-jährigen sind deformiert. Sie ist stumm, und es ist unklar, ob sie ihre Umgebung wahrnimmt. Sie kann nicht aufrecht sitzen, ihr Leben verbringt sie liegend. Die Mutter schläft mit ihr im selben Bett. Bei Wetteränderungen bekomme sie oft Schreianfälle, begleitet von verkrampften Bewegungen.

»Wer ein behindertes Kind hat, braucht sehr viel Geduld, man muss seine Gefühle gut im Griff haben«, sagt Thanh. Und wie zum Beweis des Gegenteils fließen ihr plötzlich Tränen über die Wangen. Sie sagt nur: »Ich bin sehr traurig.« Ihr Mann, Tran Quang Toan, schwer lungenkrank und sichtbar geschwächt, sitzt stumm

neben den beiden auf der Bettkante. Alle drei leben in einem einzigen kleinen Raum.

Zwei Jahrzehnte lang sammelte Tran Quang Toan Rattan in Wäldern, die von Agent Orange vergiftet waren. 18 Jahre lebte die Familie neben dem Flughafen von Da Nang, der ebenfalls mit Agent Orange verseucht war. Der Vater und seine Tochter wurden offiziell als Dioxinopfer anerkannt. Umgerechnet etwa 60 Euro bekommt die Familie deshalb monatlich vom Staat. Eine andere Einnahmequelle gibt es nicht. Mutter Thi Thanh betreut ihre Tochter rund um die Uhr und trägt die ganze Last allein. »Ich bin ihre Mutter. Ich muss meine Tochter lieben. Wer sonst?«

VAVA, die Vietnamesische Vereinigung für Opfer von Agent Orange und Dioxin, spricht von bis zu 4,8 Millionen Menschen, die während des Krieges mit dem hochgiftigen Herbizid in Kontakt kamen. Anderen Quellen zufolge sind es weniger als zwei Millionen. Das vietnamesische Rote Kreuz gibt an, bis heute seien mehr als 100.000 Kinder mit dioxinbedingten Behinderungen geboren worden.

Das alles sind Schätzungen, zuverlässige Zahlen gibt es nicht. Zum Nachteil der Betroffenen. Do Van Than ist Direktor

und Chefarzt in einem Rehabilitationskrankenhaus in Da Nang. »Hätten wir genaue Zahlen, würde dies der Regierung sowie Nichtregierungsorganisationen helfen, betroffene Menschen medizinisch, ökonomisch und in anderen Bereichen besser zu unterstützen«, sagt er. Oft vergessen werden die 2,8 Millionen Soldat*innen des US-Militärs, die im Kriegseinsatz in Vietnam Agent Orange ausgesetzt waren. Hinzu kommen Veteran*innen unter anderem aus Australien, Neuseeland, Südkorea und Thailand, die damals auf der Seite der USA Kriegsdienst leisteten.

Fehlende Unterstützung

ACDC ist eine Nichtregierungsorganisation mit Sitz in Hanoi, die sich für Kinder und Erwachsene einsetzt, die mit einer Behinderung leben. Thi Lan Anh hat die NGO gegründet, die auch die Regierung berät. Wegen einer Knochenkrankheit sitzt sie im Rollstuhl. Sie erklärt, weshalb es behinderte Menschen in Vietnam so schwer haben: »Das Schwierigste ist die Einstellung von vielen Politikern und Politikerinnen. Sie glauben nämlich, dass Menschen mit Behinderungen keinen Beitrag für die Gesellschaft leisten, dass sie nutzlos seien.« Vielleicht ist dies ein

»Die USA müssen endlich die Verantwortung für die Opfer von Agent Orange übernehmen.«

Dao Thi Nguyen,
Opferhilfeorganisation
VAVA

Fordert Gerechtigkeit:
Dao Thi Nguyen, Präsidentin
der Organisation VAVA.

Grund, weshalb die meisten überlebenden Opferfamilien in sehr ärmlichen Verhältnissen leben und kaum staatliche Unterstützung erhalten.

Am meisten vermissen die betroffenen Familien jedoch die Hilfe jenes Landes, das die Tragödie verursacht hat. Die USA unterstützen zwar vietnamesische Organisationen, die sich um behinderte Menschen kümmern – ohne jedoch zu sagen, dass es sich um überlebende Opfer von Agent Orange handelt, und mit Beträgen, die nicht viel bewirken. Für ihre eigenen von Agent Orange geschädigten Veteran*innen hingegen gelten ganz andere Maßstäbe: In den USA müssen sie keine Beweise erbringen, dass Agent Orange an ihrem Leiden schuld ist. Von den vietnamesischen Überlebenden verlangen die US-Behörden aber den Beweis, dass ihr Leiden direkt vom Dioxin in Agent Orange verursacht wurde. Ein Beweis, der meist nicht zu erbringen ist. Oft werden Ansprüche mit dem Hinweis abgewehrt, es gebe ja noch andere Dioxinquellen.

Unmissverständlich ist die Haltung von Dao Thi Nguyen, der Präsidentin von VAVA im südvietnamesischen Bien Hoa:

»Wir fordern von den USA nach wie vor Gerechtigkeit. Amerika steckt zwar sehr viel Geld in die Sanierung unserer dioxinverseuchten Hotspots, doch brauchen wir mehr Unterstützung der Opfer von Agent Orange. Die USA müssen endlich die Verantwortung für sie übernehmen.«

Eine Frau klagt gegen Chemiekonzerne

In der Pariser Vorstadt Évry lebt Tran To Nga in einer kleinen Wohnung im Parterre eines gigantischen Wohnblocks. Ihre 80 Jahre sieht man ihr nicht an. Tran To Nga arbeitete als Journalistin für Nordvietnam. Unterwegs in den Süden geriet sie mehrmals in einen Agent-Orange-Giftregen. An einen erinnert sie sich besonders gut: »In meinem Unterstand hörte ich ein Flugzeug. Als ich hinauskletterte, sah ich, wie es davonflog und hinter sich eine Wolke zurückließ, die zu Boden sank. Dabei wurde ich von einer klebrigen Flüssigkeit getroffen.«



Mitten im Dschungel gebar Tran To Nga ihre erste Tochter, die im Alter von 17 Monaten an einem schweren Herzfehler starb. Später wurde die Journalistin inhaftiert und brachte im Zentralgefängnis von Südvietnam ihre zweite Tochter zur Welt. Sie hat eine Wirbelsäulendehformation und dieselbe unheilbare Blutkrankheit wie ihre Mutter.

Die zierliche Vietnam-Französin hat den juristischen Kampf gegen die Verursacher aufgenommen. Mithilfe des französischen Schriftstellers André Bouny und einer prominenten Pariser Anwaltskanzlei verklagte sie 14 Firmen, die damals Agent Orange herstellten, darunter auch Monsanto und Dow Chemical.

Nach sechs langen Verhandlungsjahren wurde am 10. Mai 2021 ein erstes Urteil gefällt. Das Gericht in Évry wischte alle wesentlichen Argumente der Klage vom Tisch und erklärte, die beschuldigten Firmen könnten gar nicht angeklagt wer-

den. »Sämtliche Freunde sowie meine Anwältinnen und Anwälte waren entsetzt und erbot. Ich aber blieb ruhig«, erzählt Tran To Nga. Sie vermutet, das Urteil sei politisch motiviert. »Die Beziehungen zwischen den USA und Frankreich haben sich verbessert; deshalb denke ich, dass Amerika nicht zu sehr beschuldigt werden sollte.«

Ihre Anwalt*innen gingen in Berufung. Wann ein neuerliches Urteil erfolgt, ist ungewiss. Mit welch harten Bandagen die Rechtsbeistände der Chemiefirmen kämpften, erschüttert Tran To Nga. »Eine Anwältin warf mir an den Kopf, ich hätte gelogen, als ich erzählte, dass meine erste Tochter an einer Dioxinvergiftung gestorben sei. Sie behauptete, das sei nicht wahr. Schuld sei Unterernährung gewesen. Eine andere Anwältin unterstellte mir, ich hät-

te mich dumm verhalten. Warum ich nicht einfach geflohen sei, als gesprüht wurde!« Auch ein Anwalt von Bayer AG bezichtigte sie der Lüge und sagte, es seien nur minimale Mengen versprüht worden, die keinen Schaden angerichtet hätten. »Das Ausmaß der Lügen der Anwältinnen und Anwälte, ihre Bösartigkeit und Aggressivität haben mich empört.«

Die große Lüge

Wie schon in früheren Verfahren tauchte vor Gericht erneut das Argument auf, man habe damals einfach nicht gewusst, wie gefährlich Agent Orange sei. André Bouny, der in seinem Buch »Apocalypse Vietnam« eine akribische Recherche zu Agent Orange liefert, lässt das nicht gelten. Während des Prozesses in Évry habe man Agent Orange verharmlost, und es

sei auch gelogen worden, sagt er. »Insbesondere das Chemielabor der US-Armee in Fort Detrick, das Agent Orange entwickelt hatte, wusste von Anfang an, dass es toxisch ist und Dioxin enthält.« In seinem Buch nennt er alle Orte, an denen Tests mit dem Herbizid durchgeführt wurden, bevor es in Vietnam zum Einsatz kam. Getestet wurde es in Thailand, Puerto Rico und allen US-Bundesstaaten.

Doch hat keines dieser Testgebiete so viel abbekommen wie der Militärstützpunkt nahe der vietnamesische Stadt Bien Hoa in der Provinz Dong Nai, eine knappe Autostunde östlich von Ho-Chi-Minh-Stadt, dem früheren Saigon. Die Grenzwerte für Dioxin sind auf dieser ehemaligen US-Luftwaffenbasis teilweise um das 1.300-fache überschritten. Die Opferorganisation VAVA spricht von 8.800 Men-

schen, die in Bien Hoa von den Folgen der giftigen Chemikalie betroffen sind. Der Stützpunkt war im Krieg einer der wichtigsten Lager- und Umschlagplätze von Agent Orange und anderen hochgiftigen Herbiziden. Vieles ging beim Umfüllen daneben, und am Ende des Krieges wurden noch volle Fässer einfach vergraben. Deswegen ist der Platz heute der größte und gefährlichste aller bekannten Dioxin-Hotspots in Vietnam. Bagger häufen hier kontaminierte Erde zu langgezogenen Hügeln auf. Die Arbeiter in ihren weißen Schutzanzügen erinnern an Astronauten. Alle müssen Helm, Schutzbrille, Leuchtweste und Stiefel tragen. Ein Tanklastwagen versprüht Wasser auf der Straße, um den giftigen Staub zu binden.

Der vietnamesische Staat und die US-Behörde USAID wollen in Bien Hoa in den nächsten zehn Jahren eine halbe Million Kubikmeter dioxinverseuchte Erde behandeln und nach eigenen Angaben das Gift unschädlich machen. 600 Millionen US-Dollar kostet das Projekt. Herzstück ist ein riesiger Betonofen, dessen Grundriss etwa so groß ist wie ein Fußballfeld und der in rund zwei Jahren stehen soll. In seinem Innern soll die verseuchte Erde über längere Zeit erhitzt werden. »In-Pile Thermal Desorption« (IPTD) heißt diese Technologie, die von den USA erstmals auf der ehemaligen Luftwaffenbasis Da Nang angewendet wurde. Die Sanierung dieses 500 Kilometer nördlich von Bien Hoa gelegenen Agent-Orange-Hotspots wurde 2018 abgeschlossen. Nach Angaben von USAID wird beim IPTD-Verfahren der Boden auf 335 Grad Celsius erhitzt, wodurch die Dioxinverbindungen in ungiftige Bestandteile aufgespalten werden.

Dem widerspricht der deutsche Dioxinforscher Lorenz Adrian, Professor am Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung in Leipzig. Dass das Dioxin bei diesem Verfahren in ungiftige Bestandteile zerfalle, sei »einfach grob falsch«, sagt er. Bei dieser relativ niedrigen Temperatur würden sich Dioxine zwar von ihrer Trägermaterie lösen, in diesem Fall von der Erde. Doch würden sie nicht einfach verschwinden, sondern nur gasför-



Stellt sich in Frankreich gegen die Verursacher*innen:
Tran To Nga.

**»Das Ausmaß der Lügen der Anwältinnen und Anwälte, ihre Bösartigkeit und Aggressivität haben mich empört.«
Tran To Nga, Klägerin**

mig werden. Erst bei 1.200 Grad zerfällt Dioxin in seine Bestandteile. Bei einer Erhitzung auf lediglich etwa 350 Grad komme es sogar zur Neubildung von Dioxinen, warnt Adrian.

Der Wissenschaftler entwickelte mit seinem Team bereits 1999 eine Methode, die auf den ersten Blick verblüfft: Mithilfe spezieller Bakterien können selbst hochgefährliche Giftstoffe im Boden biologisch unschädlich gemacht werden. 2018 reiste Adrian nach Hanoi und stellte dem vietnamesischen Verteidigungsministerium und USAID seine biologische Dioxin-Behandlungsmethode vor. Doch wollte man dort nichts davon wissen, weil behauptet wurde, die Methode funktioniere nicht. Adrian Lorenz bestreitet das. Der Beweis, dass sie funktioniere, sei erbracht.

Wird es noch eine weitere Opfergeneration geben?

Phi Thi Thuy ist 76 Jahre alt und eine der etwa eineinhalb Millionen Nordvietnamesinnen, die im Krieg gegen die USA ihr Land verteidigten. Wie viele andere Frauen meldete sich die damals 19-jährige freiwillig zur Armee. Sie blieb, bis sie 25 war. Auf dem Ho-Chi-Minh-Pfad, der als Versorgungsweg den Norden Vietnams mit dem Süden verband, reparierte Phi Thi Thuy zerbombte Wege und half, Munition zu transportieren. »Es war sehr gefährlich, immer wieder fielen Bomben.«

Häufig geriet die junge Frau in entlaubten Wäldern in Kontakt mit Agent Orange, trank aus kontaminierten Bächen und Flüssen. Heute hat Phi Thi Thuy Diabetes und ein defektes Immunsystem. Eine Gewehrkartridge, die nicht aus ihrem Schädel entfernt werden konnte, sorgt für häufige Kopfschmerzen. Zudem rissen Bombensplitter ihr einen Finger weg. Das Schlimmste sei jedoch, dass ihre Tochter mit 20 Jahren an Blutkrebs gestorben sei, sagt sie. »Sie wog am Ende nur noch 20 Kilo.«

Das Drama um Agent Orange scheint noch lange nicht zu Ende. Aufgrund genetischer Schäden, die Dioxin verursachen kann, ist nicht auszuschließen, dass es weitere Generationen Verseuchter geben wird. Trotz all des Leids, ist Phi Thi Thuy nicht unversöhnlich. »Obwohl wir in der Vergangenheit so viel Schlimmes erfahren mussten, die USA unsere Feinde waren und wir damals nur ihre Vernichtung im Kopf hatten, denken wir jetzt an die Zukunft. Wir haben uns entschieden, zu vergeben – um des Friedens willen für alle.« ♦

Diesen Artikel können Sie sich in unserer Tablet-App vorlesen lassen: www.amnesty.de/app



Hat noch immer mit den Spätfolgen zu kämpfen: Phi Thi Thuy.

DER VIETNAMKRIEG

Der Krieg, der in Vietnam »Widerstandskampf gegen Amerika« heißt, wurde von etwa 1955 bis 1975 geführt. Dabei standen sich Nordvietnam und die als »Vietcong« bezeichnete Nationale Front für die Befreiung Südvietnams (NLF) auf der einen Seite und die USA und Südvietnam auf der anderen Seite gegenüber. Der Krieg endete 1975 mit dem Sieg Nordvietnams und der ersten militärischen Niederlage der US-Geschichte. Rechnet man den französischen Kolonialkrieg und den Bürgerkrieg zwischen dem von den USA unterstützten Südvietnam und dem kommunistischen Nordvietnam dazu, gehören die Kämpfe mit rund drei Jahrzehnten zu den längsten kriegerischen Auseinandersetzungen des 20. Jahrhunderts. Je nach Standpunkt wurde der »freie Westen« gegen den »Kommunismus« verteidigt oder ein »Befreiungskrieg gegen ausländische Mächte« geführt. Der Stellvertreterkrieg zwischen West und Ost wurde rücksichtslos auf dem Rücken der Zivilbevölkerung ausgetragen und führte zu Millionen Toten.

AGENT ORANGE

Zwischen 1961 und 1971 versprühten die US-Streitkräfte und ihre Verbündeten über Südvietnam mindestens 80 Millionen Liter giftige Herbizide, vor allem Agent Orange. Das Gift entlaubte Bäume, raubte dem Gegner die Tarnung und vernichtete Nahrungspflanzen. Die Hersteller, darunter Dow Chemical und das heute zur Bayer AG gehörende Monsanto, pfuschten zudem bei der Produktion. Zu hohe Temperaturen erzeugten den chlorhaltigen Giftstoff 2,3,7,8-Tetrachlordibenzodioxin (TCDD), der als gefährlichstes Dioxin gilt. In Vietnam findet sich TCDD bis heute in Böden und Flüssen und gelangt immer wieder in die Nahrungskette. Neben Fehlbildungen werden rund 50 Formen von Behinderung und Krankheiten mit dem dioxinhaltigen Agent Orange in Verbindung gebracht, darunter Lippen-Kiefer-Gaumenspalten, Spina bifida, Immunschwächen, Nervenleiden, Diabetes, Parkinson und Blutkrebs.

Wendepunkt dringend gesucht

Ende März ist der neue Amnesty-Report zur weltweiten Lage der Menschenrechte erschienen. Ein Auszug aus dem Vorwort der Internationalen Generalsekretärin **Agnès Callamard**

Im Februar 2022 marschierte Russland in die Ukraine ein und brachte militärische Zerstörung über ein friedliches Land und seine Bevölkerung. Innerhalb weniger Monate wurden zivile Infrastruktureinrichtungen zerstört, Tausende Menschen getötet und viele weitere verletzt. Russlands Vorgehen beschleunigte die weltweite Energiekrise und trug zur Schwächung der Systeme zur Lebensmittelproduktion und -verteilung bei. Dies führte zu einer weltweiten Nahrungsmittelkrise, unter der ärmere Länder und rassistisch diskriminierte Menschen besonders stark zu leiden haben.

Der Einmarsch war kaum eine Woche her, da kündigte der Chefankläger des Internationalen Strafgerichtshofs eine Untersuchung der in der Ukraine begangenen Kriegsverbrechen an. Am 2. März stimmte eine überwältigende Mehrheit der Mitgliedstaaten in der UN-Generalversammlung dafür, den Einmarsch Russlands als Akt der Aggression zu verurteilen. Währenddessen öffneten europäische Länder, die die Aufnahme von Flüchtlingen lange verweigert hatten, ihre Grenzen für schutzsuchende Ukrainer*innen.

Der verheerende Krieg in Äthiopien ging auch 2022 weiter. Er forderte Schätzungen zufolge Hunderttausende Menschenleben und ist damit einer der tödlichsten Konflikte der neueren Zeit. Doch

dieses Blutbad spielte sich größtenteils außerhalb unseres Blickfelds ab, als Teil einer weitgehend unsichtbaren Kampagne ethnischer Säuberungen gegen die Bevölkerung in West-Tigray.

Für Palästinenser*innen im Westjordanland war 2022 das tödlichste Jahr des vergangenen Jahrzehnts: Mindestens 153 Menschen, darunter Dutzende Kinder, wurden von israelischen Streitkräften getötet, meist im Zusammenhang mit immer häufigeren militärischen Razzien und Festnahmen. In Myanmar ging das Militär systematisch gegen Zivilpersonen aus den Bevölkerungsgruppen der Karen und Karenni vor, was zu Hunderten Toten und mindestens 150.000 Vertriebenen führte. Auch in Ländern wie Haiti, Mali, Venezuela und dem Jemen litten die Menschen unter bewaffneten Konflikten, systemischer Gewalt und den damit einhergehenden Menschenrechtsverletzungen.

Die verheerenden Konsequenzen der ungebremsten Klimakrise traten 2022 überdeutlich zutage. Überschwemmungen, Dürren, Hitzewellen und Brände führten zu Todesfällen, der Zerstörung von Unterkünften und Lebensgrundlagen sowie immer stärkerer Ernährungsunsicherheit. Doch selbst angesichts dieser Katastrophen konnten sich die Staats- und Regierungschef*innen bei der Weltklimakonferenz in Ägypten nicht auf die erforderlichen Maßnahmen einigen, um den weltweiten Temperaturanstieg auf maximal 1,5 Grad Celsius zu begrenzen. Darüber hinaus weigerten sich die



Nur einer von vielen russischen Angriffen in der Ukraine. Awdjiwka, März 2023.
Foto: Evgeniy Maloletka / AP / pa

Staaten, gegen die Hauptursache der globalen Erwärmung vorzugehen: die Erzeugung und Nutzung fossiler Brennstoffe.

Mehr Ungleichheit und weniger innerstaatlicher Rechtsschutz

Die Corona-Pandemie und der Ukraine-Krieg enthüllten eine ernüchternde Doppelmoral. Wohlhabende Staaten horteten Impfstoffe und schwächten multilaterale Verteilungssysteme, was zu stärkerer Ungleichheit beitrug. Es gab wenig Anzeichen dafür, dass sich dieser Trend 2022 umkehren würde. Wohlhabende Länder unternahmen nichts, um Entwicklungsländer von ihrer erdrückenden Schuldenlast zu befreien.

Die Tore der EU, die für Ukrainer*innen, die vor dem russischen Angriffskrieg flohen, geöffnet waren, blieben für jene geschlossen, die vor Krieg und Repression in Afghanistan und Syrien flohen. Von September 2021 bis Mai 2022 wiesen die USA mehr als 25.000 Haitianer*innen aus. Die US-Behörden inhaftierten Asylsuchende aus Haiti willkürlich und misshandelten sie in diskriminierender und erniedrigender Weise, was Folter gleichkam.

Derartige Beispiele machten dem Rest der Welt einmal mehr deutlich, dass die Rückendeckung für die Menschenrechte



Aufstand im Iran.

Bukan, September 2022.

Foto: Anonymous Photographer / Middle East Images / laif

durch den Westen selektiv und von Eigeninteressen geprägt ist. Von dieser Doppelmoral profitieren nicht nur westliche Mächte. Obwohl in China massive Menschenrechtsverletzungen gegen die Uigur*innen und andere muslimische Minderheiten begangen wurden, die Verbrechen gegen die Menschlichkeit gleichkamen, scheuten die Generalversammlung und der Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen weiterhin davor zurück, diese völkerrechtlichen Verbrechen öffentlich anzuprangern.

Dem Argument, die Reaktion der Welt auf den russischen Angriffskrieg würde eine neue Ära für ein wertebasiertes internationales System und die Rechtsstaatlichkeit einläuten, steht die spürbare Verschlechterung des innerstaatlichen Schutzes der Menschenrechte gegenüber. In Brasilien, Kanada, Schweden, Tansania, Vietnam und anderswo wurden die Rechte indigener Gemeinschaften verletzt, weil die Behörden sie nicht vor der Ent-

eignung ihres Landes durch Konzerne oder den Staat schützten.

In Afghanistan erließen die Taliban drakonische Einschränkungen und verweigerten Frauen und Mädchen die Rechte auf Bildung, Arbeit und Selbstbestimmung, während sie öffentlich verkündeten, dass Frauen Männern untergeordnet seien. Im Iran starb die Kurdin Jina Mahsa Amini im Gewahrsam der »Sittenpolizei«, nachdem ihr vorgeworfen worden war, ihr Kopftuch nicht vorschriftsgemäß getragen zu haben. Ihr Tod löste landesweite Proteste aus, bei denen viele weitere Frauen und Mädchen verletzt, inhaftiert und getötet wurden.

Wir haben 2022 beeindruckende Akte des Widerstands erlebt: von afghanischen Frauen, die auf die Straße gingen, um gegen die Taliban-Herrschaft zu protestieren, bis hin zu iranischen Frauen, die Videos veröffentlichten, in denen sie sich die Haare abschnitten, um gegen die diskriminierenden Verschleierungsgesetze ihres Landes zu protestieren. Es ist ein gewisser Trost, dass sich trotz dieser Unterdrückung Tausende Menschen zusammenschlossen, um Briefe zu schreiben, Petitionen zu unterzeichnen und auf die Straße zu gehen. Dies sollte den Machthabenden eine Mahnung sein, dass uns unser Recht nicht genommen werden kann,

dass wir Veränderungen fordern und uns frei und gemeinsam versammeln.

Wenn Russlands Angriffskrieg für die Zukunft der Welt eines zeigt, dann ist es die Bedeutung einer wirkungsvollen und konsequent angewandten Ordnung, die auf Regeln basiert und international gültig ist. Jene, die die Koalition zur Unterstützung der Ukraine anführen, müssen ihre Bemühungen verstärken und sich mit anderen zusammenschließen. Das gemeinsame Ziel müsste ein neuerliches Bekenntnis zu einem internationalen System sein, das der Mehrheit der Weltbevölkerung zugutekommt.

Im Jahr 2023 begehen wir den 75. Jahrestag der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte – ein Dokument, das aus der Asche eines Weltkriegs geschaffen wurde. Wollen wir wirklich abwarten, bis die Welt erneut in Flammen steht, um die Freiheiten und Grundsätze, die auf Kosten von Millionen von Menschenleben errungen wurden, wirklich zu leben? Das Jahr 2023 muss ein Wendepunkt für die Wahrung der Menschenrechte werden. ♦

Zum Amnesty Report:



**Corona und der
Ukrainekrieg enthüllten
eine ernüchternde
Doppelmoral.**



Kinder aus dem Donbass in einem russischen Übergangslager. Belgrad, September 2022.

Foto: Anton Vergun/TASS/pa

»Ich denke, es sind einige tausend«

Der Menschenrechtsverteidiger **Jewgenij Sacharow** aus Charkiw spricht über nach Russland verschleppte ukrainische Kinder, den Haftbefehl gegen Putin, russische Kriegsverbrechen und den Beginn seiner Menschenrechtsarbeit in der Sowjetunion.

Interview Bernhard Clasen

Der Internationale Strafgerichtshof hat kürzlich Haftbefehl gegen Präsident Wladimir Putin und dessen Kinderrechtsbeauftragte Maria Lwowa-Belowa wegen Kriegsverbrechen und der rechtswidrigen Deportation von Kindern erlassen. Wie bewerten Sie diese Entscheidung?

Ich unterstütze sie. Grundlage der Entscheidung ist auch die rechtswidrige Verschleppung von Kindern einer nationalen Gruppe in eine andere: Russland holte Kinder aus der Ukraine, um sie zu russischen Staatsbürgern zu machen und sie in russischen Pflegefamilien unterzubringen.

Man hat sich nicht einmal die Mühe gemacht, das zu verheimlichen.

Nein. Präsident Wladimir Putin unterzeichnete am 30. Mai 2022 ein Dekret, das es Bürgern der Ukraine, einschließlich

der Bewohner der »Volksrepubliken« von Donezk und Luhansk erleichtert, die russische Staatsbürgerschaft anzunehmen. In diesem Dekret wurden Kinder explizit erwähnt. Dann gab es weitere Verordnungen, die die Unterbringung von Kindern in russischen Pflegefamilien erleichtern sollten. Gleichzeitig startete man eine mediale Kampagne, um Adoptivfamilien für ukrainische Kinder zu finden.

Wie lief die Verschleppung ab?

Zunächst brachte man die Kinder aus den besetzten Gebieten nach Russland. Dort

»Ich wusste, dass man sich beim KGB für mich interessierte. Gleichwohl hatte ich Glück.« Jewgenij Sacharow

kamen sie in Aufnahmelager und erhielten im Schnellverfahren die russische Staatsbürgerschaft. Anschließend wurden sie von russischen Familien adoptiert.

Was sind das für Kinder?

Waisenkinder und Kinder, deren Eltern das Sorgerecht nicht wahrnehmen konnten oder durften, aber auch Kinder, die ihre Eltern im Krieg verloren haben, deren Eltern zum Beispiel in Mariupol getötet wurden.

Konnten die Verwandten dieser Kinder etwas dagegen unternehmen?

Ja, einige Großmütter machten sich auf die Suche nach ihren Enkeln. Sie belegten mit Dokumenten, dass sie die Großeltern sind. In diesen Fällen hat Russland die Kinder zurückgeschickt. Es gibt aber noch eine weitere Gruppe, nämlich Kinder, die mit den Eltern nach Russland fliehen wollten. Immer wieder kommt es vor, dass dabei die Eltern festgehalten wurden und die Kinder weiterfahren mussten.

Auch solche Kinder wurden in Adoptivfamilien untergebracht. Ich weiß von einem Vater, der mit drei Kindern nach Russland reisen wollte. Er wurde festgehalten, die Kinder mussten weiter. Der älteste Sohn schaffte es, den Vater telefonisch zu erreichen: »Papa, wenn du uns nicht innerhalb von fünf Tagen abholst, kommen wir in eine Adoptivfamilie.« Der Vater ließ alles stehen und liegen und holte seine Kinder zurück. Kurzum: Wenn Erziehungsberechtigte sich meldeten, gab man ihnen die Kinder zurück.

Wie können ukrainische Angehörige mit den russischen Behörden in Kontakt treten?

Das läuft über den beim ukrainischen Präsidenten angesiedelten Menschenrechtsbeauftragten. Dieser wendet sich an die russische Kinderrechtsbeauftragte Maria Lwowa-Belowa. Und die macht sich in solchen Fällen auf die Suche nach den Kindern und organisiert dann deren Reise in die Ukraine.

Wie bewerten Sie den russischen Umgang mit ukrainischen Kindern?

Das ist ein Genozid. Im Römischen Statut des Internationalen Strafgerichtshofs wird Völkermord nicht nur als das Töten von Menschen definiert. Es ist auch ein Genozid, so der Strafgerichtshof, wenn man Kinder aus einer nationalen Gruppe

herausnimmt und ihnen eine andere Umgebung und Ideologie aufzwingt.

Von wie vielen Kindern sprechen wir?

Es sind unterschiedliche Zahlen im Umlauf. Ich denke, es sind einige tausend. Die ukrainische Generalstaatsanwaltschaft sprach von mehr als 6.000 Kindern. Das Portal »Kinder des Krieges« geht von 12.000 aus.

Was können Sie zum Ausmaß der von der russischen Armee verübten Kriegsverbrechen sagen?

Ich kann hier nur über die Kriegsverbrechen sprechen, mit denen unsere Organisation und die mit uns kooperierenden Organisationen zu tun hatten. Deswegen erheben wir bei unseren Daten keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Mit Stand von Mitte April 2023 haben wir 7.519 Tote, 9.385 Verletzte, 20 Vergewaltigungen und 3.787 Vermisste. Die jeweils aktuellen Zahlen finden Sie auf unserer Internetseite: <https://t4pua.org/de/stats>

Ende März 2023 trat in der Ukraine ein neues Mediengesetz in Kraft.

Daran ist viel Kritik laut geworden.

Wie schätzen Sie es ein?

Das neue Mediengesetz vereint alles, was bisher Gegenstand unterschiedlicher Gesetze war. Ich glaube, dass dieses Gesetz viel Schaden anrichtet. Insgesamt enthält es sehr viele Einschränkungen der Medienfreiheit. Das ist nicht richtig. In diesem Gesetz finden sich mehr Einschränkungen als in der Verfassung. All diese Einschränkungen werden dazu führen, dass sich Journalisten immer mehr selbst zensurieren. Es finden sich darin auch zahlreiche Sanktionsmöglichkeiten für alle, die es verletzen. Gleichzeitig wacht nur eine einzige Behörde über die Einhaltung, nämlich der Nationale Rundfunk- und Fernsehrat. Er kann nun vor Gericht Sanktionen gegen ein Medium anstreben und in einigen Fällen sogar ohne Gerichtsentcheid Strafen verhängen.

Sie leisten seit mittlerweile 55 Jahren Menschenrechtsarbeit.

Meine Eltern waren mit bekannten Dissidenten befreundet. Meine Mutter studierte gemeinsam mit Larissa Bogoras und Juli Daniel. Die aus Charkiw stammende Bogoras wurde 1968 bekannt durch ihre Teilnahme an einer Protestaktion auf dem Roten Platz in Moskau gegen den

sowjetischen Einmarsch in der Tschechoslowakei. Der Schriftsteller Juli Daniel wurde 1966 in einem Schauprozess zu fünf Jahren verschärfter Lagerhaft verurteilt und verbannt. Ich habe damals, vor 55 Jahren, das Schlussplädoyer von Daniel mehrfach abgetippt und habe ihn später immer wieder in der Verbannung besucht. Und ich war in Charkiw Vertreter der von Alexander Solschenizyn gegründeten Stiftung zur Unterstützung von politischen Gefangenen. Auch heute, in der unabhängigen Ukraine, bleibt Menschenrechtsarbeit wichtig.

War in der Sowjetunion ein Konflikt mit den Behörden nicht unausweichlich?

Ich wusste, dass man sich beim KGB für mich interessierte. Gleichwohl hatte ich Glück, war nie in Haft. Im Gegensatz zu einem guten Freund unserer Familie, Anatoli Martschenko, der nach einem Hungerstreik im Lager 1986 gestorben ist. Nach seinem Tod begann die Perestroika, und das war die Zeit, in der wir in die Öffentlichkeit gehen konnten. 1986 wurde ich Charkiwer Korrespondent der »Chronik der laufenden Ereignisse«, eine der am längsten erscheinenden Samisdat-Zeitschriften der Sowjetunion. Bald danach wurde ich in den Stadtrat von Charkiw gewählt. Dort gründete ich den Ausschuss zur Unterstützung der Opfer der politischen Repressionen. 1990 wurde ich Vorsitzender von Memorial Charkiw, 1992 folgte die Gründung unserer Menschenrechtsgruppe Charkiw. ♦

Jewgenij Sacharow, Jahrgang 1952, studierter Mathematiker, lebt in Charkiw und gehörte zu den Gründer*innen der Menschenrechtsgruppe Charkiw, die Menschenrechtsverletzungen dokumentiert und sich auch gegen Zensur einsetzt.

Seit der Gründung ist Sacharow Vorsitzender der Organisation.

Foto: Amnesty



»DIE GRENZEN DES SAGBAREN VERSCHIEBEN«

Omid Rezaee arbeitete im Iran als Chefredakteur eines Studierendenmagazins, das 2011 wegen regimekritischer Beiträge verboten wurde, die darin erschienen waren. Rezaee flüchtete in den Irak. Seit 2015 lebt er in Deutschland. Er schreibt für deutsche Medien und für iranische Exilmedien.

Interview: Carl Melchers

Sie haben selbst erlebt, wie das ist, wenn im Iran ein Medium verboten wird. Wie läuft das ab?

Als ich festgenommen wurde, warf man mir hauptsächlich die Inhalte unserer Zeitschrift vor. Das war ein Studierendenmagazin aus der Stadt Rascht mit einer kleinen Auflage von 600 oder 700 Stück. Wenn in der Hauptstadt Teheran eine landesweit erscheinende Zeitung verboten wird, ist das etwas anderes: Der Herausgeber wird von der Zensurbehörde einbestellt, manchmal gibt es einen Gerichtsprozess, in vielen Fällen aber auch nicht. Druck auf Journalist*innen wird in erster Linie nicht durch die Verbote von Medien ausgeübt, sondern schon mit der juristischen Verfolgung individueller Beiträge und Äußerungen in den sozialen Medien.

Was bedeutet das für die Arbeitsbedingungen von Journalist*innen?

Als ich noch relativ neu in Deutschland war, hat mich das Niveau der Pressefreiheit in Deutschland überrascht – was man sagen kann, wie weit man gehen kann, besonders gegenüber dem Staat, der Regierung. Im Iran ist das komplett anders. Diejenigen, die im Staat wirklich die Macht haben – der Oberste Führer Ali Khamenei oder die Revolutionsgarden –, darf man nicht kritisieren.

Also einen Kommentar über eine Rede Khameneis schreiben – das ginge nicht?

Auf keinen Fall. Es ist auch nicht so, dass einige das machen und dann mit den Konsequenzen leben, als Journalist*in macht man das einfach nicht. Es wird daher auch wenig und selten über diese Ebene der Politik berichtet und wenn, dann übernimmt man eins zu eins die Veröffentlichungen aus deren Pressestelle. Über den Präsidenten, sein Kabinett und das Parlament kannst du schreiben, aber als Journalist*in ist dir auch völlig klar, dass dort nicht die Entscheidungen fallen.

Bedeutet das, dass man sich stets selbst zensiert?

Das große Problem im Iran ist, dass Journalist*innen meist gar nicht genau wissen können, was erlaubt ist und was nicht. Dazwischen gibt es eine fast alles betreffende graue Zone ständiger Ungewissheit. Und was verfolgt wird, ist durchaus stimmungabhängig, je nachdem, wie das Regime gerade drauf ist oder an welchen Staatsanwalt oder Richter du gerätst. Kommt ein neuer Generalstaatsanwalt ins Amt, sind die Einschränkungen auf einmal anders. Die fehlende Pressefreiheit betrifft unabhängige Medien auch ökonomisch, weil sie als Investitionsobjekte unattraktiv sind. Entsprechend zählen die journalistischen Arbeitsbedingungen im Iran auch mit Blick auf Löhne, Honorare, Renten und Versicherungen zu den schlechtesten der Welt.

Warum wird man dann überhaupt Journalist*in?

Journalist*in wirst du immer aus Leidenschaft – egal wo. Man will berichten, man will schreiben, man will Geschichten er-



zählen und aufklären. Für mich bedeutet Journalismus Storytelling. Ich möchte das Geschehen so nah und real wie möglich aufzeichnen, verstehen und weitererzählen. Im Iran ist Journalismus daher immer ein Akt des Widerstands. Diese Art zu erzählen, ist ein politischer Kampf. Man kämpft um Pressefreiheit, indem man immer wieder versucht, in der Berichterstattung die Grenzen des Sagbaren zu verschieben – in Richtung mehr Freiheit. ♦



Foto: Jann Wilken



Für die Freilassung Olivier Vandecasteeles: Demonstration in Brüssel, Februar 2023. Foto: Kenzo Tribouillard/AFP/Getty Images

NIEMAND KANN SICHER SEIN

Mehrere Ausländer*innen sind derzeit im Iran inhaftiert, wie Recherchen von Amnesty International belegen. Oft haben sie auch die iranische Staatsangehörigkeit, aus der sie von den Behörden nicht entlassen werden. Mehr noch: Die Regierung erkennt die weitere Staatsangehörigkeit nicht an und verweigert den Inhaftierten konsularischen Beistand durch die betreffenden Botschaften. Auch bei Strafen nimmt man auf internationale Beziehungen keine Rücksicht. Zuletzt traf es einen Deutschen: Jamshid Sharmahd. Der iranische Geheimdienst hatte ihn im August 2020 in Dubai entführt. Am 21. Februar 2023 wurde er in einem grob unfairen Verfahren zum Tode verurteilt, weil er an

Auch was Strafen betrifft, nimmt man auf internationale Beziehungen keine Rücksicht.

einem Bombenanschlag auf eine Moschee 2008 beteiligt gewesen sei. Sein erzwungenes »Geständnis« diente dabei als Beweismittel. Er gehörte einer monarchistischen Gruppe an, deren Ziel es ist, die islamische Regierung zu stürzen.

Kurz zuvor, am 10. Januar 2023, wurde der belgische Entwicklungshelfer Olivier Vandecasteele nach einer halbstündigen Gerichtsverhandlung zu 40 Jahren Haft, 74 Peitschenhieben und einer Geldstrafe verurteilt. Die Vorwürfe: Spionage, Kollaboration mit den USA und Geldwäsche. Dafür hätte es maximal zwölf Jahre Haft geben dürfen. Man hatte Vandecasteele am 24. Februar 2022 festgenommen und nach den Verhören in Einzelhaft verschwinden lassen. Die Vermutung liegt nahe, dass er als Geisel genommen wurde, um den Austausch mit dem iranischen Diplomaten Assadollah Assadi zu erzwingen. Dieser verbüßt seit 2018 eine 20-jährige Haftstrafe in Belgien wegen eines geplanten Bombenanschlags auf die iranische Opposition in Frankreich. Inzwischen hat Belgien ein Abkommen mit

dem Iran getroffen, das einen Austausch der beiden Häftlinge ermöglicht.

Erschreckendes förderte auch ein neuer Amnesty-Bericht über die Behandlung von Minderjährigen in Haft zutage. Es ist ein Dokument über Folter durch Schläge, Peitschenhiebe, Elektroschocks, Vergewaltigungen und andere Arten sexueller Gewalt. Betroffen sind Kinder und Jugendliche im Alter von zwölf bis 16 Jahren, denen man vorwirft, an den jüngsten Protesten beteiligt gewesen zu sein. Man ließ sie verschwinden, brachte sie mit Erwachsenen zusammen in Haftanstalten unter und erpresste Geständnisse von ihnen. Dann bedrohte man sie und ihre Familien noch für den Fall, dass sie etwas darüber veröffentlichen oder sich erneut an Protesten beteiligen sollten. Die Botschaft ist klar: Niemand im Iran kann sicher sein vor Verfolgung und härtester Bestrafung. ♦

Dieter Karg

Bumerangeffekte

75 Jahre nach der Staatsgründung bleiben die Beziehungen zwischen palästinensischen und jüdischen Israelis schwer belastet – nicht zuletzt in den binationalen Städten des Landes.
Aus Lod Markus Bickel



Eine hohe Metallwand schirmt den Innenhof von Fida Shehadass Haus von der Straße ab, sanft schmiegt sich eine Katze an die breite Fensterfront gegenüber dem hohen Eingangstor. Die frühere Stadträtin von Lod hat zum Gespräch in das Haus ihrer Familie geladen, ihre Mutter serviert Makluba, das traditionelle palästinensische Reisgericht. Auf einem großen Flatscreen an der Wand

hinter dem Esstisch sind Bilder von mehreren Überwachungskameras zu sehen.

Nicht ohne Grund. Denn auch zwei Jahre nach den tödlichen Ausschreitungen zwischen jüdischen und israelisch-palästinensischen Bewohner*innen im Mai 2021 gibt es immer wieder Spannungen in der 77.000-Einwohnerstadt, die knapp zwanzig Kilometer südöstlich von Tel Aviv liegt. Das Altstadtviertel Ramat Eshkol, in dem die Shehadass wohnen, ist einer der Brennpunkte, seit Angehörige der nationalreligiösen Garin Torani (Kern der Tora) in den frühen 2000er Jahren

vermehrt nach Lod zogen, um die jüdische Präsenz zu stärken. Mit tausend Familien bildet die Garin-Torani-Gemeinschaft hier inzwischen die älteste und größte in Israel, eines ihrer Büros unterhalten sie schräg gegenüber vom Haus der Shehadass.

Um Spannungen zwischen den beiden Bevölkerungsgruppen abzubauen, kandidierte die 38-jährige Stadtplanerin 2018 für den Gemeinderat von Lod, einer der ärmsten binationalen Städte des Landes mit hoher Arbeitslosigkeit. Doch im November 2022, kurz nach der Knesset-



**Zeugnisse eines Konflikts:
Autos, die während der
Ausschreitungen zwischen
jüdischen und israelisch-
palästinensischen Bewoh-
ner*innen von Lod im Mai 2021
in Brand gesetzt wurden.**

Foto: Corinna Kern / laif

servativen Likud-Partei verantwortlich: »Ich hatte viele Pläne, um das Leben der arabischen Bewohner Lods zu verbessern, doch habe ich von ihm nie Unterstützung erfahren«, sagt sie. Revivo sehe sich »nur als Bürgermeister der Juden«.

Rechte schüren Konflikte

Der Verdacht kommt nicht von ungefähr, schließlich macht Revivo keinen Hehl aus seiner Nähe zu rechten Gruppen. So begleitete er nur wenige Tage vor den gewaltsamen Ausschreitungen im Mai 2021 den rechtsextremen Vorsitzenden der Partei Jüdische Stärke und heutigen Minister für nationale Sicherheit, Itamar Ben-Gvir, durch Lod. »Jüdische Kriminelle haben einen Funken Mitgefühl«, sagte er 2020 in einem Interview, arabische Kriminelle hätten hingegen »keine Hemmungen« – sie stellten eine »existenzielle Bedrohung für den Staat Israel« dar. Als im Jahr 2017 Gläubige am Abend des muslimischen Opferfestes dem Aufruf des Muezzins in die Dahmash-Moschee der Stadt folgten, drang Revivo in das Gotteshaus ein, um die Lautsprecher abzuschalten, weil diese seiner Ansicht nach für die jüdische Nachbarschaft »tägliches Leid und Belästigung« darstellten.

Der Vorfall sorgte damals für einen Sturm der Entrüstung, und die Klagen über Revivos einseitige Haltung reißen bis heute nicht ab. Shehada verweist darauf, dass im Stadtrat zwar sechs der 19 Abgeordneten arabischen Parteien angehörten, doch nur 14 Prozent der städtischen Angestellten seien israelische Palästinenser*innen – bei einem Bevölkerungsanteil von etwa 30 Prozent. Anders als in anderen binationalen Städten des Landes wie Haifa, Akko oder Ramle hat es in Lod außerdem seit mehr als vier Jahr-

**»Ich hatte viele Pläne,
um das Leben der
arabischen Bewohner
Lods zu verbessern.«
Fida Shehada**

zehnten keinen stellvertretenden palästinensischen Bürgermeister mehr gegeben.

Wie in einem Brennglas bündelten sich die drängendsten Probleme Israels in Lod, sagt auch der Kovorsitzende der Nichtregierungsorganisation Abraham Initiatives, Amnon Be'eri-Sulitzeanu. Er spricht von einer »Epidemie krimineller Gewalt«, die das Leben in der Stadt lähme. Eine halbe Stunde dauert der Fußweg von Shehadas Haus in Ramat Eshkol bis zum Gewerbegebiet am nördlichen Stadtrand, wo sich die Organisation niedergelassen hat. Während die strahlend weiße griechisch-orthodoxe St.-Georgskirche und die frisch herausgeputzte Dahmash-Moschee im Stadtzentrum noch an bessere Tage Lods während osmanischer Herrschaft erinnern, verfliegt dieser Eindruck hier beim Gang über ungeteerte Wege, vorbei an Flachbauten mit Metalldächern und Müllhaufen.

Die Gründer der ersten israelischen NGO, die jüdisch-palästinensisches Zusammenleben ins Zentrum ihrer Arbeit rückt, hätten sich ganz bewusst für Lod als Sitz entschieden, sagt Be'eri-Sulitzeanu. Von den 9,5 Millionen Israelis gehören rund zwei Millionen der palästinensischen Minderheit an, 45 Prozent von ihnen leben in Armut, unter der jüdischen Bevölkerung sind es nur 13. Zwar kämpften andere binationale Gemeinden mit denselben Problemen wie Lod, sagt Be'eri-Sulitzeanu. Doch nirgendwo liege die Peripherie so nah am Zentrum wie in der von Staat und Wirtschaft vernachlässigten Trabantenstadt unweit des Ben-Gurion-Flughafens.

Wie dünn das jüdisch-palästinensische Band ist, das durch immer neue Konflikte seit Jahrzehnten auf eine harte Probe gestellt ist, hätten die Ausschreitungen in Israels binationalen Städten im Mai 2021 überdeutlich gemacht, sagt der jüdische der beiden Kovorsitzenden der Abraham Initiatives. Und sie hätten gezeigt, wie kurz der Schritt von vordergründig freundschaftlichen nachbarlichen Beziehungen hin zu einem möglichen Bürgerkrieg ist. Auf Seiten der israelischen Palästinenser*innen komme

Wahl, die die bisher rechteste Regierung in der Geschichte Israels an die Macht brachte, trat Shehada zurück. 15 Prozent der Stimmen holte hier die rechtsextreme Allianz Religiöser Zionismus, die offen für eine Annexion weiter Teile des besetzten Westjordanlands und die Umsiedlung der dortigen palästinensischen Bevölkerung eintritt.

Shehada sieht erschöpft aus, als sie sagt, dass sie mit ihrem Engagement ihrer Gemeinschaft nicht habe helfen können. Dafür macht sie vor allem Bürgermeister Yair Revivo von der nationalkon-



Trat frustriert zurück:
Die ehemalige Gemeinderätin Fida Shehada wollte Spannungen zwischen den jüdischen und palästinensischen Bewohner*innen Lods abbauen.

Foto: Amit Elkayam / The New York Times / Redux / laif

das Gefühl hinzu, als Bürger*innen zweiter Klasse behandelt zu werden. Die Verabschiedung des sogenannten Nationalstaatsgesetzes 2018 etwa sorgte dafür, dass Arabisch als Amtssprache abgeschafft wurde.

Um den Niedergang der jüdisch-palästinensischen Beziehungen zu erklären, geht Be'eri-Sulitzeanu aber noch weiter zurück – und macht die politischen Versäumnisse nach Abschluss der Oslo-Verträge in den 1990er Jahren für die anhaltenden Spannungen verantwortlich. Es sei

eine Illusion gewesen, zu glauben, dass sich die Konflikte zwischen jüdischen und palästinensischen Israelis von selbst lösen würden, sozusagen als Nebeneffekt einer damals noch in Reichweite liegenden Zweistaatenlösung. Eine »riesige Koexistenzindustrie« sei in diesen Jahren entstanden, sagt Be'eri-Sulitzeanu, mit Tausenden Projekten, die Jüdinnen und Juden sowie Palästinenser*innen bei Begegnungen zusammenbringen sollten. Doch als im Oktober 2000, kurz nach Beginn der Zweiten Intifada, 13 israelische Palästi-

nenser, die gegen den Militäreinsatz im Westjordanland demonstrierten, von der israelischen Polizei erschossen wurden, brach dieser Ansatz in sich zusammen.

Viel zu lange hätten sich zentristische, aber auch linke Parteien wie Meretz und Avoda vorgemacht, die Bumerangeffekte der völkerrechtswidrigen Besetzung des Westjordanlands auf das israelische Kernland ignorieren zu können, glaubt Be'eri-Sulitzeanu. Dabei gab es schon seit Langem Warnsignale: Das Nationalstaatsgesetz von 2018 etwa definierte Israel als

VOM PROTEST ZUM DIALOG

Fast hundert Tage dauerten die Proteste, ehe Benjamin Netanjahu Ende März einlenkte: Die Beratungen in der Knesset über die umstrittene Justizreform seiner rechtsreligiösen Regierung würden erst nach den Pessach-Feierlichkeiten Mitte April wieder aufgenommen, kündigte Israels Ministerpräsident an. Seitdem beraten Angehörige der parlamentarischen Opposition um Netanjahus Vorgänger Jair Lapid und den früheren Verteidigungsminister Benny Gantz über mögliche Kompromisse.

Ziel des Kabinetts, dem neben Ministern aus Netanjahus nationalkonservativem Likud auch Vertreter der rechtsextremen Partei Jüdische Stärke und der ultrareligiösen Schas-Partei angehören, ist es unter anderem, die Kompetenzen des Obersten Gerichts zu beschneiden.

Einerseits dadurch, dass der Regierung mehr Einfluss bei der Besetzung des Gremiums eingeräumt wird, andererseits dadurch, dass Entscheidungen der höchsten Richter*innen mit einfacher Parlamentsmehrheit in der Knesset überstimmt werden dürfen.

Gegen diese Pläne protestieren nicht nur die Zivilgesellschaft seit Januar, sondern auch die einflussreichen Angehörigen des israelischen Hightech-Sektors sowie Reservist*innen der Armee. Der von Netanjahu Ende März entlassene und mittlerweile wieder eingesetzte Verteidigungsminister Yoav Galant hatte kurz zuvor gewarnt, dass eine Umsetzung der umstrittenen Justizreform die Moral des Militärs beeinträchtigt und Israels Feinde in der Region ermutigt. Angehörige der Protestbewegung kündigten an, ihre wöchentlichen Demonstrationen so lange fortzusetzen, bis die Regierung ihre Pläne zurückziehe.



Niemals aufgeben: Bewohner*innen Rehovots protestieren gegen die geplante Justizreform der israelischen Regierung, März 2023.

Foto: Amir Goldstein / Anadolu Agency / pa



Um Augenhöhe bemüht:
Thabet Abu Rass und Amnon
Be'eri-Sulitzeanu, Kovorsitzende der
Abraham Initiatives in Lod (von links).
Foto: Alexandra Vardi / AFP / Getty Images

»Nationalstaat des jüdischen Volks«; nach den interkonfessionellen Ausschreitungen im Mai 2021 wurden vor allem israelisch-palästinensische Gewalttäter zur Rechenschaft gezogen, kaum jüdische.

Armutsbekämpfung und Bildung

Für Be'eri-Sulitzeanu ist der Ausweg aus der Krise klar: »Wir müssen Gleichheit als Ziel fördern, nicht Koexistenz«, sagt er. Ein Dialog auf Augenhöhe sei schließlich erst dann möglich, wenn beide Bevölkerungsgruppen über gleiche Rechte ver-

fügten, was angesichts der Lücken im Bildungssystem, dem schlechteren Zugang von Palästinenser*innen zu Arbeitsmarkt und Verwaltung zurzeit nicht gegeben sei. Die Abraham Initiatives hätten das früh erkannt und ihr Konzept nach Beginn der Zweiten Intifada deshalb radikal umgestellt. Armutsbekämpfung, Bildungsprojekte und politisches Lobbying in Kabinett wie Knesset haben den ursprünglichen Ansatz, über persönliche Begegnungen eine politische Lösung herbeizuführen, ersetzt.

Be'eri-Sulitzeanu wird nicht müde zu erzählen, wie von seiner NGO entwickelte Projekte inzwischen in Staatshand übergegangen seien, darunter in einigen Vorzeigeschulen auch Arabischunterricht für jüdische Schülerinnen und Schüler. Zugleich macht er sich keine Illusionen darüber, dass das, was Lod vor zwei Jahren erlebte, nur ein Vorbote für ähnliche Verwerfungen in anderen israelischen Gemeinden sein könnte. Fünf Tage lang brannten hier im Mai 2021 Autos, Häuser und Synagogen, ein muslimischer Friedhof wurde verwüstet, und zum ersten Mal seit 1966 rief die Regierung wieder den Notstand in einer israelischen Gemeinde aus. Zwei Jahre später sind die Spuren der Ausschreitungen auch im Altstadtviertel Ramat Eshkol noch nicht überall beseitigt, und für zerstörte Wohnungen wurden keine Entschädigungen gezahlt.

Bei den in Israel als »Mai-Ereignisse« bezeichneten Unruhen kamen zwei Be-

**»Wir müssen Gleichheit
als Ziel fördern,
nicht Koexistenz.«**
Amnon Be'eri-Sulitzeanu

wohner Lods ums Leben. Doch wurden die Verantwortlichen für den Tod des Palästinensers Musa Hassuna nicht gefasst, während für den Mord an Yigal Yehoshua acht palästinensische Männer angeklagt wurden. Jene weitgehende Straflosigkeit, die die Soldaten der Israeli Defence Forces (IDF) in den besetzten Gebieten genießen, Sorge nicht nur im Westjordanland für ungleiche Verhältnisse, sondern zunehmend auch im israelischen Kernland, fürchtet Be'eri-Sulitzeanu.

Kurz vor dem 75. Jahrestag der israelischen Staatsgründung im Mai 1948 verheißt das nichts Gutes. Zehntausende palästinensische Bewohner*innen der Stadt wurden in den Wochen danach von jüdischen Milizen aus Lod vertrieben, mehr als 300 getötet, Dutzende von ihnen in der wieder hergerichteten Dahmash-Moschee im Zentrum der Stadt. An jenem Ort also, zu dem sich Bürgermeister Revivo vor einigen Jahren wegen vermeintlicher Lärmbelästigung durch den Gebetsruf des Muezzins Zugang verschafft hatte. ♦



Selbst die Staatsanwaltschaft hat Angst

Mitte Januar verschwanden im Westen Mexikos der Anwalt Ricardo Lagunes und der Lehrer Antonio Díaz. Ihr Fall sagt viel über die gefährliche Lage im Land aus. **Aus Mexiko-Stadt von Kathrin Zeiske**

Im Januar sind die Abende an der Küste Michoacáns tropisch warm. In Aquila, keine Viertelstunde vom Pazifik entfernt, fand die Gemeindeversammlung in einem offenen Saal statt. Nach Abschluss der Tagesordnung erhoben sich alle von ihren weißen Plastikstühlen. Ricardo Lagunes und Antonio Díaz verabschiedeten sich, als die Dämmerung einsetzte, und nahmen die kurvige Landstraße Richtung Colima. Kurze Zeit später fand man ihren Geländewagen am Straßenrand. Er war von Schüssen durchsiebt, und von den beiden Männern fehlt seither jede Spur. Den Anwalt Lagunes und den Grundschullehrer Díaz verband ihr Engagement gegen das größte Stahlunternehmen Lateinamerikas.

»Wenn du selbst auf einmal Opfer des Systems bist, wird dir klar, wie Mexiko funktioniert«, sagt Keyvan Díaz, der Sohn des verschwundenen Lehrers. Seinen Job hat der Journalist aufgegeben. »Meine Arbeit besteht nun darin, meinen Vater zu suchen.« Die vergangenen Wochen seien die schwersten seines Lebens gewesen, erzählt er, dabei habe er als Journalist gewusst, dass gewaltsame Verschleppungen in Mexiko alltäglich sind. Im vergangenen Jahr verschwanden fast 110.000 Menschen. Viele Regionen auf der Drogenroute in die USA versinken im Krieg der Kartelle um Vorherrschaft.

Eine bürokratische Maschinerie,

durchzogen von Korruption, simuliert indes einen handelnden Rechtsstaat. »Wenn du da durch musst, tun sich Abgründe auf«, erklärt Díaz. In einer von der Mafia umkämpften Region wie Michoacán bei Behörden vorzusprechen, sei, »wie gegen eine Wand zu reden«.

Seinen Vater, einen rüstigen weißhaarigen Mann mit Cowboyhut, vermisst der 26-Jährige schmerzlich. »Er widmete sein ganzes Leben dem Widerstand der Nahua-Gemeinden und der Verteidigung ihrer Umwelt.« Nach jahrzehntelangen sozialen Kämpfen wurde in Aquila erreicht, wovon andere Gemeinden in Mexiko nur träumen: Die indigene Gemeinschaft ist am Erlös des Bergbaus auf ihrem Territorium beteiligt. »Seit 2011 werden Lizenzgebühren gezahlt, die sich nach der Ausfuhrmenge richten.«

Doch diese Errungenschaft mussten die Aktivist*innen schon oft verteidigen: mal gegen gekaufte Gemeindemitglieder, mal gegen die korrupte Staatsmacht. Und auch die Mafia erhob schon Schutzgeld auf die Einnahmen. All dem hält Keyvan Díaz entgegen: »Wir sind nicht nur eine indigene Gemeinschaft, sondern auch sehr gut organisiert.« An jenem Abend Mitte Januar hatten Ricardo Lagunes und Antonio Díaz der Gemeindeversammlung von Aquila eine gute Nachricht überbracht. Ein Fonds des internationalen Stahlkonzerns Ternium, der die Mine Las Encinas betreibt, sollte nach einem langen Rechtsstreit paritätisch ausgezahlt werden.

Die Gemeinde hatte zunächst lange gegen die Mine gekämpft, aber irgendwann wurde klar, dass sie nicht zu verhindern war. Die Aktivist*innen handelten eine Gewinnbeteiligung aus und beharrten auf deren Auszahlung. »Schließlich ist das unser Land. Eine ausländische Firma macht damit Millionengewinne«, sagt Díaz. Das Unternehmen der italienisch-argentinischen Familie Rocca hat einen Vermögenswert von mehr als 5,3 Milliarden Euro und sitzt aus Steuergründen in Luxemburg.

»Solche Unternehmen fallen ein und agieren verheerend«, sagt Keyvan Díaz. Er weiß, wovon er spricht. Der Fluss, in den er als Kind noch sprang, ist heute ausgetrocknet. Pro Tag werden in Aquila rund 15.000 Tonnen Roheisen für die Stahlproduktion gewonnen. »Doch nicht nur die Umwelt leidet, noch fataler sind die sozialen Kosten«, berichtet Díaz. Auf dem gesamten amerikanischen Kontinent seien indigene Gemeinschaften vom Ressourcenabbau für den Weltmarkt betroffen.

Der Minenkonflikt hat das Sozialgefüge der Nahua-Gemeinde gestört. 50 Familien erhalten mittlerweile Geld von Ternium und setzen sich im Gegenzug dafür

»Solche Unternehmen fallen ein und agieren verheerend.«
Keyvan Díaz



Setzt sich weiter für ihren verschwundenen Bruder ein: Ana Lucía Lagunes (mit Megafon), Mexiko-Stadt, März 2023.

Foto: Rotmi Enciso

ein, Firmeninteressen in der indigenen Gemeinschaft durchzusetzen. Eine Mehrheit von 450 Familien hingegen versucht, ihr Gemeindeland zu verteidigen.

»Sozial verantwortlicher Bergbau«

Die Familie des verschleppten Ricardo Lagunes setzt auf den Stahlkonzern, um den Ehemann und Vater vielleicht doch noch lebend wiederzusehen. Ternium sei der mächtigste regionale Player, erklärt María Ramírez, die Ehefrau des Anwalts. »Wir wissen, dass das Unternehmen genug Kontakte in der Region hat, um die Freilassung von Antonio und Ricardo zu erreichen.« Auch zur Mafia. Es sei fast unmöglich, hier Geschäfte zu machen, ohne die Aufmerksamkeit der Kartelle auf sich zu ziehen. »Ich kann mir nicht vorstellen, dass sie ein Unternehmen in Ruhe lassen, das Millionen erwirtschaftet«, sagt Ramírez, die als Historikerin an der Universität Colima arbeitet. Die Gewalt der Kartelle vertrieb im Jahr 2022 mehr als 13.000 Menschen aus dem Bundesstaat Michoacán.

Auf der Homepage des Stahlkonzerns ist von »sozial verantwortlichem Bergbau« die Rede. Doch Ramírez bezweifelt, dass dies in einer solchen Region möglich sei. »Entlang des gesamten Küstenstrei-

fens gibt es 100 Minenkonzessionen«, erzählt sie. »Das Monster Bergbau ist ungebändigt.« Die indigene Bevölkerung werde nicht gefragt, was mit ihrem Land geschehe. Auch Ramírez ist in Aquila geboren, und alles, was dort geschieht, schmerzt sie zutiefst. »Mein Vater wurde umgebracht, als ich vier war. Meine Mutter floh mit uns Kindern.« Auch hinter diesem Verbrechen stand bereits der Konflikt um die Mine. Die Gemeinde habe sich von den Gewinninteressen des Bergbauunternehmens nie einschüchtern lassen.

Die Staatsanwaltschaften in Michoacán und Colima würden den Fall aufgrund seiner politischen Brisanz am liebsten ignorieren. Denn Ricardo Lagunes ist ein renommierter Menschenrechtsanwalt mit internationalen Kontakten. »Sein Verschwinden ist eine Ohrfeige für den mexikanischen Staat«, sagt seine Frau. Lagunes vertrat indigene Gemeinden vor nationalen und internationalen Gerichten und verteidigte ihre Rechte und Territorien. Im Jahr 2015 brachte er, damals gerade Anfang 30, die Klage der Überlebenden des Massakers von Acetal Mitte der 1990er vor den Interamerikanischen Menschenrechtsgerichtshof.

Seine Schwester Ana Lucía Lagunes

ruft in Mexiko-Stadt zu Demonstrationen für den verschwundenen Bruder auf.

»Wir wollen Ricardo lebend zurück. Doch niemand legt Ermittlungsergebnisse vor«, erzählt die Psychologin mit bebender Stimme. Seit Wochen spricht sie bei ranghohen Politikern vor. »Im Grunde genommen fehlt uns nur noch der mexikanische Präsident. Sonst wurden wir schon überall empfangen.« Mitte März führte sie die Demonstration zum Mahnmal der 43 verschleppten und ermordeten Studenten an – ein Fall, der weltweit Schlagzeilen machte. Die großen roten Zahlen 4 und 3 aus Metall stehen auf einer Kreuzung der Prachtstraße Reforma, die Mexiko-Stadt durchzieht. Die Demonstrierenden breiteten ein gigantisches Transparent mit den Fotos von Lagunes und Díaz über der Fahrbahn aus. Ein Mann forderte die Anwesenden auf, gemeinsam laut bis 43 zu zählen. Ein Ritual auf Mexikos Straßen, um der prominentesten Verschleppten im Land zu gedenken – stellvertretend für die übrigen hunderttausend Verschwundenen. ♦

Siehe auch Seite 64.



Risiko Recherche

Unter der Präsidentschaft von Jair Bolsonaro gerieten Journalistinnen und Journalisten in Brasilien zunehmend unter Druck. Recherchen zu Politik-, Umwelt- und Wirtschaftsthemen sind bis heute gefährlich. Viele Medienschaffende hoffen jedoch, dass sich die Situation unter der neuen Regierung entspannt. **Von Lisa Kuner**

Der britische Journalist Dom Phillips und der brasilianische Indigene-Experte Bruno Pereira waren im Juni 2022 im Vale do Javari unterwegs, einem indigenen Territorium im Bundesstaat Amazonas. Sie recherchierten dort für ein Buch, in dem es um Gewalt gegen Indigene und den nachhaltigen Schutz des Regenwalds gehen sollte. Beide waren erfahren und arbeiteten

schon lange in der Region. Als sie am 5. Juni nicht an einem verabredeten Ort eintrafen, wuchs die Sorge, es könnte ihnen etwas zugestoßen sein. Zehn Tage später fanden Indigene die Leichen der beiden Männer, die sich für die Rechte indigener Gemeinschaften eingesetzt hatten. Drei Männer wurden festgenommen, die die Morde verübt und die Leichen versteckt haben sollen. Die Ermittlungen zu den Hintergründen dauern noch an.

Die Nachricht erschütterte die Welt und bewies, wie gefährlich journalistische Recherche und Berichterstattung in

Brasilien ist. Der rechtsextreme Präsident Jair Bolsonaro hatte während seiner Regierungszeit immer wieder gegen die Medien gehetzt und unabhängige Recherchen erschwert. Auf der Rangliste der Pressefreiheit von Reporter ohne Grenzen stieg das Land von Platz 103 im Jahr 2017 auf Platz 110 im Jahr 2022 ab.

»Seit Brasilien eine Demokratie ist, war die Lage für Journalist*innen noch nie so schlecht wie derzeit«, sagt Katia Brembatti, die Vorsitzende von Abraji, einer Vereinigung für Investigativjournalismus. »Wir beobachten seit zehn Jahren,



Lebensgefährliche Arbeit.
Der Reporter Dom Phillips wurde im Juni 2022 bei Recherchen im Amazonasgebiet ermordet. Das Bild zeigt ihn bei früheren Interviews in der Region.

Foto: Bonnie Jo Mount/
The Washington Post/ Getty Images

wie die Presse systematisch diskreditiert wird.« Die Situation habe sich bereits vor Bolsonaro verschlechtert, während seiner Amtszeit habe diese Entwicklung jedoch eine neue Dimension erreicht, meint Brembatti. Journalist*innen müssten zunehmend um Anerkennung kämpfen. Noch immer gebe es Konflikte mit Anhänger*innen des Ex-Präsidenten, die Medienschaffende verbal, aber auch physisch angreifen würden.

Während seiner Amtszeit hatten es sich Bolsonaro und seine Anhänger*innen zur Gewohnheit gemacht, Journalist*innen anzugehen, die vor dem Präsidentenpalast warteten, um Fragen zu stellen. Einige Medien hatten daraufhin ihre Berichterstatte*innen aus Sicherheitsgründen von dort abgezogen.

»Bolsonaro hat seine Anhänger geradezu gegen uns aufgestachelt«, bestätigt auch Maurício Angelo, der das Internetportal Observatório da Mineração betreibt, das Recherchen zum Bergbau veröffentlicht. Die Aussage des Journalisten ist nicht übertrieben. Orchestriert von Bolsonaros Sohn Carlos Bolsonaro gab es jahrelang ein sogenanntes »Gabinete do

ódio«, ein Hasskabinett. Enge Vertraute des Ex-Präsidenten schürten dabei online systematisch Hass auf Medienvertreter*innen. Vor allem Journalistinnen waren betroffen, viele fühlten sich derart bedroht, dass sie ihre öffentlichen Profile in Online-Netzwerken schlossen.

Kaum jemand weiß das besser als die Reporterin Patrícia Campos Mello. Sie arbeitet für die Folha de São Paulo, eine der größten Tageszeitungen Brasiliens, und erhält seit Jahren Drohungen. Als sie 2018 über die illegale Wahlkampffinanzierung Bolsonaros berichtete, bekam sie massenhaft Hassnachrichten und Morddrohungen. Zeitweise konnte sie sich nur mit einem Bodyguard bewegen. »Auf diese Folgen meiner Arbeit war ich nicht vorbereitet«, sagt sie. Dabei ist Campos Mello eine erfahrene Journalistin, die bereits aus Kriegsgebieten berichtet hat. 2020 behauptete Jair Bolsonaro, die Journalistin habe Informationen nur durch sexuelle Gefälligkeiten erhalten.

Auch auf rechtllichem Weg versuchten Politiker*innen immer wieder, die Arbeit von Campos Mello und anderen einzuschränken und kritische Berichterstattung zu unterbinden, berichtet Katia Brembatti. »Das ist eine völlig irrwitzige und inakzeptable Strategie.« Zwar entscheiden die Gerichte meist zugunsten der Journalist*innen, doch die Prozesse sind lang, zermürend und teuer – viele Medienschaffende haben nicht die Ressourcen, dies durchzustehen.

Gefährdete Lokaljournalist*innen

»Noch heute laufen wegen meiner Berichterstattung einige Prozesse gegen mich«, erzählt die Journalistin Campos Mello. Sie hat das Glück, dass sie von einem großen Medium unterstützt wird, während Freelancer*innen und Journalist*innen kleinerer Unternehmen bei solchen Verfahren oft auf sich allein gestellt sind. Campos Mello ist hingegen in der Lage, sich zu wehren: »Ich gehe wegen der sexistischen Attacken gegen einige Personen auch rechtlich vor.« Mit Erfolg: 2021 musste Eduardo Bolsonaro, auch er ein Sohn des Ex-Präsidenten, 30.000 Brasiliensische Real Schadenersatz an die Journalistin zahlen, weil er Unwahrheiten über sie verbreitet hatte.

Im ländlichen Raum sei die Lage für Journalist*innen noch deutlich schwieriger, berichtet Campos Mello. Die Kolleg*innen hätten dort oft weniger Schutz durch die Öffentlichkeit, weil die Reichweite der Medien geringer sei. »Besonders schwer ist es für Lokaljournalisten kleiner Medien«, sagt Maurício Angelo. »Sie arbeiten oft in konfliktreichen Regionen, und ihre

»Die Presse wird systematisch diskreditiert.«
Katia Brembatti

Redaktionen können nicht so viel Schutz bieten wie die großer Medien.«

In abgelegenen Regionen hat sich die Sicherheitslage in den vergangenen Jahren extrem verschlechtert. Unter Bolsonaro wurden Umweltschutzbehörden gezielt geschwächt, was dazu führte, dass illegaler Bergbau und Fischfang, Drogenhandel, Schmuggel und Abholzung stark zunahmten. »In der Amazonasregion und in der Region Cerrado ist unsere Arbeit deutlich schwieriger geworden«, sagt Angelo. Bei seinen Umweltrecherchen komme er immer häufiger in Kontakt mit illegalen Bergarbeitern und Vertreter*innen der mächtigen Agrarindustrie. Da müsse man sehr vorsichtig sein. Außerdem verweigerten viele Behörden und staatliche Einrichtungen inzwischen die Zusammenarbeit mit der Presse. »Sie ignorieren Presseanfragen einfach«, erklärt der Journalist. Besonders häufig sei das bei Umweltschutzeinrichtungen der Fall.

Seit Beginn des Jahres regiert nun Luiz Inácio Lula da Silva das Land. Die Amtsübergabe machte Schlagzeilen. Während sich Bolsonaro in die USA abgesetzt hatte, stürmten Hunderte seiner Anhänger*innen am 8. Januar das Parlamentsgebäude, den Sitz des Obersten Gerichtshofs und den Präsidentenpalast in Brasília. Nach Angaben der Organisation Abraji wurden dabei auch 16 Journalist*innen angegriffen, die über die Ereignisse berichten wollten.

»Der Bolsonarismus ist auch nach Bolsonaro nicht weg«, stellt Maurício Angelo fest. Inzwischen hätten sich Misstrauen und Hass auf die sogenannten Mainstreammedien in vielen Köpfen eingebrannt. Aber es gibt auch Fortschritte. Die neue Regierung in Brasilien hat eine offizielle Beobachtungsstelle für Gewalt gegen Journalist*innen eingerichtet, auch Abraji arbeitet dort mit. Die Institution hat im Februar ihre Arbeit aufgenommen.

Patrícia Campos Mello wünscht sich eine bessere Zusammenarbeit mit den Behörden: »Regierung und Journalismus sind keine Freunde«, sagt sie. »Aber ich hoffe, dass wir eines Tages wieder kritisch berichten können, ohne bei unserer Arbeit Angst zu haben.« ♦

Journalismus als Gegengift zur Tyrannei

Im Januar 2023 wurde die philippinische Friedensnobelpreisträgerin **Maria Ressa** vom Vorwurf der Steuerhinterziehung freigesprochen. Die Journalistin und die Redaktion ihrer Website Rappler hatten regelmäßig kritisch über die frühere Regierung unter Rodrigo Duterte berichtet. Ein Gespräch über politisch motivierte Gerichtsprozesse, digitale Manipulation und Herausforderungen für den heutigen Journalismus.

Ausgezeichneter Journalismus:
Maria Ressa im Dezember 2022
in der Region Metro Manila.

Foto: Ezra Acayan / Getty Images



Welche Bedeutung hat der Freispruch des Berufungsgerichts?

Das Urteil hat endgültig bestätigt, was uns immer klar war: Wir sind aus rein politischen Gründen angegriffen worden. Wir wurden mit haltlosen Anschuldigungen überzogen, um uns einzuschüchtern und uns von unserer journalistischen Arbeit abzuhalten. Der Prozess hing vier Jahre und zwei Monate wie ein Damoklesschwert über uns. Ich wusste zwar, dass wir unschuldig sind. Dennoch hatte ich mich auch auf den schlimmsten Fall vorbereitet: mehr als 30 Jahre Haft.

Der Freispruch hat ein sehr großes Gewicht von uns genommen. So schwer es mir während des Prozesses auch fiel – es blieb mir nichts anderes übrig, als den Frauen und Männern in unserem Justizsystem zu vertrauen. Und das Urteil zeigt: Unsere Gerichtsbarkeit ist unabhängig, auch unter der neuen Regierung von Präsident Ferdinand Marcos Jr. Wir sind nicht Nordkorea oder Russland. Die Fakten haben gewonnen.

In drei weiteren Verfahren stehen die Urteile noch aus. Wird das Damoklesschwert wieder jahrelang über Ihnen hängen?

Niemand weiß das. Ich denke oft daran, wie viel Zeit uns verloren geht und wie viele Ressourcen wir für die Gerichtsprozesse aufwenden müssen, die wir sonst in unsere Arbeit stecken könnten. Vor den Angriffen der Regierung waren wir ein innovatives, schnell wachsendes Medienunternehmen. Wir haben neue Technologien wie Künstliche Intelligenz zur Ver-

schriftlichung unserer Recherchen eingesetzt. Aber die Gerichtsprozesse und die massiven Attacken in den sozialen Medien haben unsere Entwicklung gebremst.

In Ihrer Rede bei der Verleihung des Friedensnobelpreises im Jahr 2021 sagten Sie: »Solange du nicht dafür kämpfen musst, weißt du nicht, wer du bist.« Was meinten Sie damit?

Als Duterte anfang, uns zu attackieren, waren wir vier Rappler-Gründerinnen alle zwischen 50 und 60 Jahre alt. Mit jahrzehntelanger Berufserfahrung, klaren Werten und einer Mission: Wir handelten in dem Bewusstsein, das Richtige zu tun. Die Attacken haben unser Selbstverständnis geprägt. Was dich nicht umbringt, macht dich stärker.

Ich sehe die Angriffe auf Rappler auch im Kontext der weltweiten Attacken auf die Demokratie, ihre Werte und ihre Institutionen. In Zeiten exponentiell wachsender Lügen müssen wir bürgerschaftliches Engagement neu definieren. Das sieht auch das Nobelkomitee so. Ein Jahr nachdem Dmitri Muratow und ich den Preis erhalten haben, ging er an Menschenrechtsorganisationen aus Belarus, Russland und der Ukraine. Wir müssen uns gemeinsam gegen illiberale und autoritäre Angriffe zur Wehr setzen.

Der letzte Journalist, der die Auszeichnung erhielt, war Carl von Ossietzky im Jahr 1936.

Die Verleihung des Friedensnobelpreises an Dmitri und mich begreife ich als große Anerkennung für Journalist*innen. Wir leben weltweit sehr gefährlich und müssen für unsere alltägliche Arbeit viel aufs

mit dem »Anti-Drogen-Krieg« sowie über Angriffe auf Menschenrechtsverteidiger*innen und Fälle von Korruption berichtete. Als Geschäftsführerin von Rappler war Ressa kontinuierlich politisch motivierten Attacken ausgesetzt, darunter Hate Speech in den Online-Netzwerken und zahlreichen persönlichen Diffamierungen durch den Präsidenten. Im Oktober 2021 erhielt sie zusammen mit Dmitri Muratow den Friedensnobelpreis für ihren Einsatz für die Pressefreiheit.

Auch nach dem Regierungswechsel im Juli 2022 setzt Rappler seinen kritisch-investigativen Journalismus fort und veröffentlicht nun Recherchen zur Regierung von Präsident Ferdinand Marcos Jr. Maria Ressa schrieb mehrere Bücher, unter anderem zu Terrorismus in Südostasien. Ihr internationaler Bestseller »How to Stand Up to a Dictator. Der Kampf um unsere Zukunft« erschien 2022 in deutscher Übersetzung im Quadriga Verlag.

»Wer nur Popularität genießen will, sollte Influencer*in werden.«

Spiel setzen. Eine freie Berichterstattung ist ein Barometer für Demokratie – und ich werde nicht müde zu betonen, dass sie heute weltweit massiv bedroht ist. Inzwischen leben wieder rund 60 Prozent der Weltbevölkerung unter autokratischer Herrschaft, und wir sind überall mit dem Aufstieg und der Etablierung der extremen Rechten konfrontiert. Ohne die Online-Netzwerke, die verschiedene Gruppen miteinander verbinden, hätte die extreme Rechte niemals so stark werden können.

Als Sie 1986 ihre journalistische Karriere begannen, gab es keine Online-Netzwerke. Wie hat sich der Journalismus seither verändert?

Damals war Journalismus ein angesehener Beruf. Nun ist er kontinuierlichen Angriffen ausgesetzt. Heute müssen Journalist*innen viel dafür tun, um professionelle Standards und unsere Berufsethik aufrechtzuerhalten. Damals galt und heute gilt es außerdem zu erkennen, dass der Zugang zu Informationen, ihre Aufbereitung und Verbreitung auch viel mit Macht zu tun hat.

Wie genau meinen Sie das?

Investigativ zu arbeiten, ist eine Herausforderung – nicht nur intellektuell, sondern auch sozial, etwa wenn es um die Quellen geht, und körperlich, wenn du zum Beispiel ohne Schlaf und Essen aus Kriegsgebieten berichtest. Dazu kommt Transparenz: Die Kommunikation darüber, was du weißt, was du nicht weißt und für wen du arbeitest. Außerdem trägt man eine Verantwortung für das Wohlergehen von Menschen. Letztlich müssen wir Journalist*innen heute das zurückerobern, was zerstört wurde: Vertrauen und Glaubwürdigkeit.

Das ist kein leichtes Unterfangen. Nicht nur wegen der autoritären Attacken auf die Meinungs- und Pressefreiheit. Sondern auch vor dem Hintergrund der extrem schnelllebigen medialen Aufmerksamkeitsökonomie.

In der Tat. Doch wer nur Popularität genießen will, sollte Influencer*in werden. Emotionen zu manipulieren, das ist kein Journalismus, sondern PR. Als Journalist*innen haben wir kein Interesse daran, die Leute etwas glauben zu machen. Im Gegenteil: Wir stellen die Fakten, den

MARIA RESSA

Maria Ressa, geboren 1963 in Manila, arbeitet seit mehr als 35 Jahren als Journalistin. Sie wuchs in den USA auf und kehrte nach ihrem Studium in Princeton 1986 auf die Philippinen zurück, um nach dem Ende der Marcos-Diktatur für das neu etablierte unabhängige Fernsehen zu arbeiten. Für den philippinischen Medienkonzern ABS-CBN war sie als Produzentin und Direktorin tätig. Für CNN arbeitete sie zuerst als Investigativreporterin und leitete später jahrelang die Dependancen des Senders in Manila und Jakarta.

2012 gründete Maria Ressa das unabhängige philippinische Newsportal Rappler mit. Das Onlinemagazin übte ab 2016 scharfe Kritik am damaligen Präsidenten Rodrigo Duterte und seiner Regierung, indem es detailliert über außergerichtliche Hinrichtungen in Zusammenhang



Solidaritätsbotschaften für das Online-Medium Rappler: Manila, Juni 2022.
Foto: Rolex Dela Pena / EPA / pa

Kontext und Interpretationen zur Verfügung, damit die Rezipient*innen ihre eigenen Schlüsse ziehen.

Sie haben gemeinsam mit Dmitri Muratow Ende 2022 einen »Zehn-Punkte-Plan zur Überwindung der Informationskrise« präsentiert. Was ist der Hintergrund dieses Plans?

Wir sind der Auffassung, dass die meisten Regierungen die Macht der Technologieunternehmen nicht verstehen. Umgekehrt respektieren die Unternehmen keine Machtbegrenzungen. Vielerorts können sie einfach mal loslegen und schauen, was passiert. Unser Zehn-Punkt-Plan enthält deshalb drei wichtige Forderungen.

Welche sind das?

Erstens muss Überwachung aus Profitgründen gestoppt werden. Aspekte wie Data Privacy, User Safety oder Content Moderation mögen uns als getrennte Dinge erscheinen, doch sind sie letztlich Teile eines Systems, das die Wissenschaftlerin Shoshana Zuboff »Überwachungskapitalismus« nennt: die Manipulation unserer Emotionen, die sich auf unsere Ängste, Wut und Hassgefühle im realen Leben auswirkt. Zweitens muss die Diskriminierung durch Algorithmen aufhören, die LGBTI+, Frauen sowie Schwarze und

People of Colour noch zusätzlich marginalisiert. Und schließlich muss der Journalismus als Kontrollinstanz und Hinterfragung von Macht anerkannt und besser geschützt werden: als Gegengift zur Tyrannei, als Garantie dafür, dass Macht begrenzt wird.

In seinem Bestseller »Über Tyrannei« hat der US-amerikanische Historiker Timothy Snyder 20 Vorschläge zur Bekämpfung des heutigen Autoritarismus skizziert. Darunter ist auch die Idee, bewusster von Menschen aus anderen Ländern zu lernen. Was können Sie deutschen Leser*innen mitgeben?

»Über Tyrannei« ist ein inspirierendes Buch. Aus eigener Erfahrung weiß ich: Wenn du attackiert wirst, dann schau auch darauf, was das emotional bei dir auslöst. Mir hat es geholfen, die Angriffe und Verleumdungen systematisch zu analysieren. Sie zielten darauf ab, mich und Rappler zu zerstören. Eine Studie des International Centre for Journalists hat ergeben, dass 60 Prozent der Attacken gegen mich in den Online-Netzwerken meine Glaubwürdigkeit als Journalistin und das Vertrauen in meine Arbeit unterminieren sollten, zum Beispiel mit Memes, die mich als Kriminelle darstellten. Ande-

re Angriffe galten mir als Privatperson und sollten meinen »Spirit« brechen. Doch das ist nicht gelungen, weil ich die Attacken einordnen konnte.

Meine Lektion ist: Wenn du merkst, dass jemand nach dem Schema »wir gegen die« vorgeht, dann tritt erst einmal einen Schritt zurück und denke nach. Wir müssen die Themen angehen, die wirklich unsere Aufmerksamkeit erfordern und dürfen uns nicht im »Wir vs. die« verlieren. Denn wir brauchen einander. ♦

MARIA RESSA VOR GERICHT

Mitte Januar hat ein Berufungsgericht in Manila Maria Ressa und ihr Medienunternehmen Rappler vom Vorwurf der Steuerhinterziehung freigesprochen. In drei weiteren Verfahren steht das letztgültige Gerichtsurteil allerdings noch aus. In einem der Fälle wird Ressa erneut Steuerhinterziehung vorgeworfen. Dazu kommen Berufungsverfahren gegen eine Schließungsanordnung von Rappler sowie gegen eine Verurteilung wegen angeblich diffamierender Äußerungen im Internet. Kritiker*innen werten auch diese Vorwürfe als politisch motiviert. Aktuell ist Maria Ressa frei auf Kautions.

ICH BIN AMNESTY: DANIEL BINDER

Ich bin für Amnesty aktiv seit Ende 2018.

Ich engagiere mich für Menschenrechte, weil sie selten in unserem politischen System die Stimme und damit die Aufmerksamkeit erhalten, die sie nötig hätten. Es ist leider nicht lukrativ, Lobbyismus für Menschenrechte zu betreiben.

Zuletzt habe ich mit/für Amnesty auf die Beine gestellt eine Kunstaktion am Brandenburger Tor in Berlin. Wir haben mit einer Theaterperformance, einer Waschmaschine aus Pappe und verschmutzten T-Shirts, auf denen »Zwangsarbeit Katar 2022« oder »Gewerkschaftsverbot Katar 2022« stand, auf Sportwasching durch die Fußball-WM der Herren aufmerksam gemacht. Mit unserem Team von zehn Leuten wollten wir auf kreative und emotionale Art zeigen, wie der kata-

rische Staat die WM genutzt hat, um seine schlechte Menschenrechtslage zu über-tünchen, und wollten dabei Bilder erzeugen, die Kritik an der FIFA üben.

Als nächstes plane ich für die Menschenrechte weitere kreative Aktionen. Gerne würden wir dabei Künstler*innen einbeziehen. Eine Idee wäre zum Beispiel, Gebäude zu verschleiern oder große Kunstwerke in der Öffentlichkeit zu schaffen. Kontaktiert unsere Gruppe gerne, wenn ihr Interesse an der Mitarbeit habt!

Gut gemacht hat Amnesty in jüngster Zeit die Hintergrundarbeit rund um die Herren-WM in Katar. Sowohl die Diskussionen mit dem DFB als auch die Pressearbeit haben dem Thema Menschenrechte bei Sportgroßereignissen öffentli-

che Aufmerksamkeit gebracht. Das hat mich sehr gefreut. Bei anderen Themen traue ich es mir nicht zu, ein Urteil zu fällen, aber hier hatte ich mehr Einblick und war sehr angetan.

Das könnte Amnesty besser machen: Wir könnten durchaus auch mal Dinge würdigen, die gut laufen. Warum nicht Projekte oder auch Staaten lobend erwähnen, die etwas für die Menschenrechte tun? Warum nicht eine Art Oscar-Verleihung inklusive Fernsehübertragung für diese Themen? Wir sollten selbstbewusst und kreativ werden.

Daniel Binder aus Dürnau bei Göppingen, 30 Jahre, beendet derzeit sein Lehramtsstudium.



Foto: privat

DAS STECKT DRIN: TEE



Harte und lange Schichten, Hungerlöhne, kein ausreichender Schutz vor Pestiziden – die Arbeitsbedingungen auf Teeplantagen sind schlecht. Hilfsorganisationen und For-

scher*innen berichten zudem immer wieder über sexuelle Ausbeutung, unter anderem in Indien, Sri Lanka und Kenia.

Ende Februar wurde der jahrelange Missbrauch von Arbeiterinnen auf kenianischen Plantagen bekannt. Nach Angaben des briti-

schen Senders BBC haben mehr als 70 Frauen sexuelle Übergriffe erlitten. Die Vorgesetzten hätten ihnen bessere Arbeitsbedingungen gegen sexuelle Gefälligkeiten versprochen und bei Verweigerung teils mit Entlassung gedroht. Verdeckte Filmaufnahmen zeigen, wie sich eine Reporterin als Arbeiterin auf Jobsuche ausgibt. Vorgesetzte verschiedener Plantagen drängen die Frau zum Geschlechtsverkehr als Voraussetzung dafür, einen Job zu erhalten.

Eine der betroffenen Plantagen ist im Besitz des britischen Unternehmens James Finlay. Die andere gehörte zum Zeitpunkt der Übergriffe dem Konzern Unilever. Das Unternehmen war laut BBC bereits vor zehn Jahren mit ähnlichen Vorwürfen konfrontiert und hatte damals eine Null-Toleranz-Strategie verkündet. Die beschuldigten Manager wurden suspendiert und Untersuchungen angeordnet.

Quellen: SOLVA, BBC, Oxfam, Rosa-Luxemburg-Stiftung
Foto: artphotoclub/shutterstock

MALEN NACH ZAHLEN: VERNACHLÄSSIGTE TROPENKRANKHEITEN

Vor allem arme Menschen in Ländern des Globalen Südens sind von sogenannten Vernachlässigten Tropenkrankheiten (VTK) betroffen. Zu ihnen gehören unter anderem Flussblindheit, Trachom, Bilharziose oder schwere Wurmerkrankungen. 2021 entfielen 80 Prozent der weltweiten VTK-Krankheitslast auf 16 Staaten. Da es den betroffenen Ländern und Patient*innen jedoch an Kaufkraft fehlt, investiert die Pharmaindustrie kaum in die Erforschung wirksamer Gegenmittel. Der Leidensdruck ist jedoch immens: Weltweit benötigen immer noch rund 1,65 Milliarden Menschen eine Behandlung gegen mindestens eine dieser Erkrankungen.



Quellen: WHO 2023 und Uniting to combat NTDs

BESSER MACHEN: MENSCHENRECHTE ANHÖREN

Wer sich die Zeit nehmen möchte, sich in das Thema Menschenrechte einzuhören, findet bei Amnesty International inzwischen mehrere Formate. So hat Amnesty Kanada im Februar unter dem Titel »Rights Back At You« einen aktuellen Podcast herausgebracht. In den verschiedenen Folgen werden unter anderem Rassismus gegen Schwarze, problematische Polizeiarbeit, Überwachung und das Recht auf Protest diskutiert. Gäste und Moderatorin widmen sich aber auch Themen wie Gesichtserkennung oder dem Technologieeinsatz an den Grenzen des

Landes – Probleme, die auch anderswo auf der Welt die Menschenrechte behindern.

Auf »Amnesty in Afrika« erfahren Sie mehr über Aktivist*innen, Kämpfer*innen und Forscher*innen, die unsere Organisation in ihrem Streben nach Menschenrechten und Menschenwürde auf dem afrikanischen Kontinent voranbringen. Die verschiedenen Folgen widmen sich unter anderem der LGBTI-Community und Meinungsfreiheit in Uganda, dem Kampf für Menschenrechte in Sansibar oder den menschenrechtlichen Auswir-

kungen der Ostafrikanischen Rohöl-Pipeline.

Hörstoff gibt es übrigens auch von uns aus Deutschland: Der Audio-Podcast des Amnesty Journals präsentiert regelmäßig ausgesuchte Reportagen und spannende Berichte rund um die Menschenrechte. So lässt sich der Sonntagsspaziergang mühelos mit Lektüre verbinden.

www.amnesty.ca/rightsbackatyou/
www.amnesty.org/en/latest/campaigns/2022/12/amnesty-in-africa-podcast/
www.amnesty.de/journal/podcast

JAMSHID SHARMAHD

Jamshid Sharmahd ist in unmittelbarer Gefahr, hingerichtet zu werden. Der 68-jährige Deutsch-Iraner war 2020 in einer Geheimdienstaktion aus Dubai in den Iran entführt und dort willkürlich inhaftiert worden. Der Oberste Gerichtshof des Iran könnte das im Februar ausgesprochene Todesurteil gegen Sharmahd sehr bald bestätigen. Setzt Euch jetzt für die Aufhebung des Todesurteils ein!

KLICKEN FÜR AMNESTY

WWW.AMNESTY.DE/MITMACHEN





»Besonders scheinheilig«

Niederlassungen deutscher Unternehmen in den USA behindern die gewerkschaftliche Organisation ihrer Beschäftigten. Ein Gespräch mit dem US-Arbeitsrechtler **Lance Compa** über Einschüchterungen am Arbeitsplatz.

Interview: Uta von Schrenk

Sie werfen deutschen Niederlassungen im Süden der USA vor, das Recht ihrer Beschäftigten auf gewerkschaftliche Organisation zu behindern. Ist dieses »Union Busting« rechtens?

Laut dem Nationalen Gesetz über Arbeitsbeziehungen (National Labor Relations

Act) dürfen Arbeitnehmer*innen aufgrund ihres Engagements in Gewerkschaften nicht bedrängt oder entlassen werden. Doch können Firmen aggressive Kampagnen gegen die Gewerkschaftsarbeit ihrer Beschäftigten führen, solange sie nicht mit direkten Vergeltungsmaßnahmen drohen. Zudem haben die Firmen nicht viel zu befürchten, wenn sie Gewerkschaftsmitglieder entlassen. Sie wissen, dass es in Prozessen gegen Entlassungen oft zu Verzögerungen kommt.

Und sollten sie doch zu einer Abfindungszahlung verurteilt werden, dann ist die in der Regel gering.

Es handelt sich also um ein generelles Problem?

Fast alle Firmen versuchen, die Gründung von Gewerkschaften zu behindern, insbesondere im Süden der USA. Deutsche Firmen sind da keine Ausnahme. Im Gegenteil: Sie verhalten sich vielleicht sogar besonders scheinheilig, da sie in Deutschland Gewerkschaften akzeptieren

Machtdemonstration.
Gewerkschaftsfeindliche Kundgebung
vor einem Volkswagen-Werk in
Chattanooga, Tennessee, 2019.
Foto: Nick Carey / Reuters

und dazu aufrufen, internationale Arbeitsnormen zur Arbeitnehmer*innenvertretung oder das Recht auf Tarifverhandlungen zu respektieren.

Wie üben die Firmen Druck auf ihre Belegschaften aus?
Gewerkschaftsfeindliche Jurist*innen und Rechtsberater*innen sind perfekt darin, indirekte Drohungen zu formulieren. So dürfen Arbeitgebende zwar nicht sagen: »Wenn ihr für eine Gewerkschaft stimmt, schließen wir die Fabrik.« Sie dürfen aber sagen: »Wenn ihr für eine Gewerkschaft stimmt, und diese Gewerkschaft zu hohe Forderungen stellt, müssen wir die Fabrik vielleicht schließen.« Der Einschüchterungseffekt ist derselbe. Das Arbeitsrecht in den USA erlaubt es den Firmen zudem,

ihre Beschäftigten zu obligatorischen Treffen während der Arbeitszeit zu zwingen. Dort kann die Unternehmensleitung diese indirekten Drohungen vorbringen, sollten die Beschäftigten eine Gewerkschaft gründen wollen. So erklärte die Airbus-Geschäftsleitung den Beschäftigten ihres Flugzeugmontagewerks in Mobile, Alabama, bei einem solchen Treffen vor einigen Jahren: »Die Gewerkschaft interessiert sich nur für eure Beiträge ... Die Gewerkschaft wird euch das Leben schwer machen ... Es wird Jahre dauern, bis ein Vertrag zustande kommt ... Manchmal hat man am Ende weniger als das, was man zuvor hatte, und manchmal verliert man sogar den Arbeitsplatz, wenn die Gewerkschaft zu viel fordert.«

Wie weit gehen die Firmen beim Union Busting?

Das Arbeitsrecht in den USA erlaubt es Arbeitgebenden Arbeitnehmer*innen dauerhaft zu ersetzen, wenn diese von ihrem Streikrecht Gebrauch machen. Deutschland und die EU erlauben solche extrem gewerkschaftsfeindlichen Maßnahmen nicht. Trotzdem drohen auch viele deutsche Firmen, insbesondere im Süden der USA, mit diesen Schritten, wenn Arbeitnehmer*innen versuchen, sich gewerkschaftlich zu organisieren.

Das Vorgehen von Volkswagen in seiner Fabrik in Tennessee war besonders raffiniert. Dort startete nicht das Management eine der üblichen gewerkschaftsfeindlichen Kampagnen – vielmehr übernahmen hochrangige Politiker*innen aus Tennessee, darunter der Gouverneur, Senator*innen und andere Gesetzgeber*innen, die »Drecksarbeit« für die Firma. Die Politiker*innen drohten den Arbeitnehmer*innen damit, dass sie die staatlichen Subventionen für Volkswagen einstellen würden, falls diese für eine Vertretung durch die United Auto Workers Union stimmen sollten. Daraufhin scheiterte die Organisation durch die Gewerkschaft bei der Wahl 2019 knapp mit 833 zu 776 Stimmen.

Wie viele Beschäftigte deutscher Firmen sind betroffen?

Deutsche Firmen beschäftigen Hunderttausende Arbeitnehmer*innen in den USA. Zwar betreiben nicht alle Firmen Union Busting, aber in den Südstaaten starten deutsche Unternehmen fast immer aggressive gewerkschaftsfeindliche Kampagnen, sobald Arbeitnehmer*innen versuchen, sich zu organisieren. Tausende Beschäftigte deutscher Firmen im Süden der USA sind den Einschüchterungsversuchen der Firmenleitungen hilflos ausgeliefert.

Sie werfen den deutschen Firmen vor, ein System zu unterstützen, das in der Sklaverei und rassistischer Segregation wurzelt. Woran machen Sie dies fest?

Ich denke nicht, dass deutsche Firmen absichtlich und willentlich Rassismus oder Diskriminierung schüren wollen, wenn sie in den Südstaaten investieren. Die Firmen reagieren vielmehr auf die Versprechen dieser Bundesstaaten, Steuervergünstigungen zu bieten, keine Gewerkschaften zuzulassen und nur laxe Sicherheits- und Umweltvorschriften zu erlassen. Die gewerkschaftsfeindliche Kultur und die niedrigen sozialen Standards im Süden der USA sind ein unmittelbares Resultat von zwei Jahrhunderten Sklaverei, gefolgt von einem Jahrhundert Segregation nach dem Bürgerkrieg. Deutsche Firmen sorgen mit dafür, dass diese wirtschaftlichen und politischen Machtstrukturen bestehen bleiben, indem sie Vorteile daraus ziehen und die Bildung von Gewerkschaften behindern, die Arbeitneh-

»Die Firmen haben nicht viel zu befürchten, wenn sie Gewerkschaftsmitglieder entlassen.«

mer*innen dabei helfen könnten, ihren Lebensstandard zu verbessern und mehr Mitspracherecht zu erlangen.

Gibt es politische und zivilgesellschaftliche Initiativen für mehr Beschäftigtenschutz im Süden der USA?

Im Kongress wird schon seit Jahren ein Gesetz namens »Protect the Right to Organize Act« (PRO Act) diskutiert. Doch haben gewerkschaftsfeindliche Senator*innen der republikanischen Partei dieses Gesetz bisher stets blockiert. Trotz aller Hindernisse versuchen viele Arbeitnehmer*innen in den Südstaaten, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Sie werden dabei von der US-amerikanischen und internationalen Gewerkschaftsbewegung und vielen zivilgesellschaftlichen Akteur*innen in den USA unterstützt, unter anderem von Religionsgemeinschaften und anderen Communities sowie von Menschenrechtler*innen.

Wie könnte der deutsche Staat die Situation der Beschäftigten verbessern?

Europäische Regierungen und die EU-Kommission sollten europäische Firmen rechtlich verpflichten, auch in den USA die Kernprinzipien der Internationalen Arbeitsorganisation einzuhalten. Dabei müssen besonderes die Südstaaten im Blick behalten werden.

Könnte das deutsche Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz eine Verbesserung bringen?

Ich hoffe, dass das deutsche Gesetz sowie die Maßnahmen der Europäischen Union zu den Arbeitsbedingungen entlang der Lieferketten auch bei den Tochterfirmen und Zulieferern deutscher Unternehmen in den USA Anwendung finden und dass ein Augenmerk auf Verstöße gegen das Recht auf Vereinigungsfreiheit gerichtet wird. ♦

Lance Compa forscht zum US-amerikanischen und internationalen Arbeitsrecht. Er berät Gewerkschaften und NGOs und lehrte mehr als 20 Jahre an der Cornell University in Ithaca, New York.

Foto: Cornell University



FÜR MENSCHENRECHTE STIFTEN GEHEN

Die **Stiftung Menschenrechte** wird 20 Jahre alt. Sie fördert die Arbeit der deutschen Sektion von Amnesty International. Von Markus N. Beeko

Das Entsetzen über den Zweiten Weltkrieg und die Verbrechen Deutschlands war noch sehr präsent, als vor 75 Jahren die UN-Generalversammlung die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte verabschiedete. Der Nationalsozialismus hatte Millionen Menschen entrechtet und verfolgt. Einer davon war Konrad Hirsch. Er überlebte die Schrecken der NS-Zeit.

Nach seinem Tod richtete seine Frau Berthe im Jahr 2001 eine Stiftung im Namen ihres Mannes ein, mit einem kleinen Vermögen. Konrad Hirsch hatte verfügt, dass damit die Arbeit von Amnesty International unterstützt werden solle. Als Berthe Hirsch erfuhr, dass sich mit der Stiftung Menschenrechte kurze Zeit später eine Förderstiftung für Amnesty International gründete, übertrug sie das Vermögen. So kam die Stiftung Menschenrechte, die dieses Jahr ihr 20. Jubiläum feiert, bald nach ihrer Gründung zu ihrer ersten Million. »Eine glückliche Fügung, denn so konnten wir mit sehr viel mehr Finanzkraft ans Werk gehen«, berichtet Martin Moryson, der gemeinsam mit Peter Franck den Vorstand der Stiftung bildet.

Seither fördert die Stiftung Menschenrechte die Arbeit der deutschen Sektion von Amnesty International. Sie unterstützt Anwält*innen, Journalist*innen und Aktivist*innen aus anderen Ländern, die sich für die Menschenrechte stark machen. Zum Beispiel Anwar Al-Bunni, einen syrischen Menschenrechtsanwalt, der seit seiner Flucht aus Syrien 2014 in Berlin lebt. Er trug mit eigenen Recherchen und Zeugenbefragungen wesentlich dazu bei, dass der Syrer Anwar R., der in einem Gefängnis des syrischen Geheimdienstes in Damaskus für die Folter von mindestens 4.000 Häftlingen verantwortlich war, vor dem Oberlandesgericht Koblenz angeklagt werden konnte. Das Gericht verurteilte ihn im Januar 2022 wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu lebenslanger Haft. Die Stiftung Menschenrechte unterstützte die Ermittlungsarbeit Al-Bunnis und seiner Kolleg*innen, finanzierte Reisekosten, Übersetzungen und Schulungen.

Die Stiftung macht nicht alle Aktivitäten publik. »Oft unterstützen wir Menschen, die unter Lebensgefahr Menschenrechtsverletzungen aufdecken. Öffentlichkeitsarbeit kann in solchen



Peter Franck und Martin Moryson. Foto: Amnesty

Fällen schaden«, erklärt Peter Franck. »Stifterinnen und Stifter erfahren natürlich, was wir finanzieren. Häufig gibt es auch Gelegenheit zum persönlichen Austausch mit den Menschen, die wir unterstützen.«

Den Grundstein für die Stiftungsarbeit legten am 13. Mai 2003 acht Erststifter*innen mit einem Anfangsvermögen von 67.000 Euro. Zu ihnen gehörten der Politiker und Menschenrechtsanwalt Gerhart Baum, die Publizistin und Gründerin von Amnesty International in Deutschland Carola Stern sowie der frühere Generalsekretär der deutschen Sektion Volkmar Deile, aber auch die IG Metall und die Allgemeine Hypothekenbank. »Uns war es wichtig, dass die Stiftung von einem breiten Spektrum der deutschen Gesellschaft getragen wird«, sagt Martin Moryson.

Das ist bis heute so geblieben. Aktuell hat der Stiftungsrat 14 aktive Mitglieder. Er vertritt die Interessen der Stifterinnen und Stifter und berät das fünfköpfige Kuratorium und den Vorstand. Die Stiftung legt das Geld sicher und ertragbringend, aber auch ökologisch, sozial und ethisch verantwortungsvoll an. Ende 2022 belief sich das Anlagevermögen auf 3,2 Millionen Euro. Rund 125.000 Euro kann die Stiftung so jährlich für die Unterstützung von Menschenrechtsaktivist*innen ausgeben.

»Damit lässt sich einiges bewegen«, meint Martin Moryson, und fügt hinzu: »Wir wollen noch mehr Menschen unterstützen. Dafür soll die Stiftung weiter wachsen.« Vor allem in Afrika, Asien und Lateinamerika will sie stärker wirken. Für die Zukunft wünscht sich Martin Moryson außerdem jüngere Gesichter in den Stiftungsgremien. ♦

Wer sich ein Bild von der Stiftung und ihrer Arbeit machen möchte, hat dazu am 11. Mai Gelegenheit. Mit einem Festabend feiert sie in Köln ihr Jubiläum. Interessent*innen wenden sich bitte an Alexandra.ripken@amnesty.de

FIFA VERSCHLEPPT ABERMALS ENTSCHÄDIGUNGEN

Amnesty International und die Nichtregierungsorganisation Avaaz übergaben am 9. März 2023 der Weltfußballorganisation FIFA eine Petition mit mehr als einer Million Unterschriften. Menschen aus 190 Ländern fordern darin die FIFA auf, Arbeitsmigrant*innen zu entschädigen, die im Zusammenhang mit der Fußballweltmeisterschaft 2022 in Katar Menschenrechtsverletzungen erlitten haben. Die Petitionsübergabe erfolgte kurz vor dem jährlich stattfindenden FIFA-Kon-

gress. Aufgrund des weltweiten Drucks von Menschenrechtsorganisationen, Gewerkschaften, Fußballfans und einzelnen nationalen Fußballverbänden blieben Menschenrechte auch auf dem Kongress ein Thema. Ein neu gegründetes Unterkomitee für Menschenrechte erklärte, die Entschädigungsforderung zu überprüfen und die Ergebnisse anschließend zu veröffentlichen.

Eine umfassende Prüfung hätte aber schon vor Jahren erfolgen müssen, die

FIFA-Statuten schreiben es so vor. Spätestens seit Mai 2022 liegt die Forderung von Amnesty, Human Rights Watch und anderen Organisationen nach einer umfassenden Entschädigung auf dem Tisch. Passiert ist seitdem nichts aufseiten des Verbandes. Auch mit Blick auf kommende Fußball-Großereignisse wie die FIFA-Klub-Weltmeisterschaft 2023 in Saudi-Arabien ist klar: Amnesty wird dranbleiben.

(»Weltmeister im Wegducken«, Amnesty Journal 05/22)

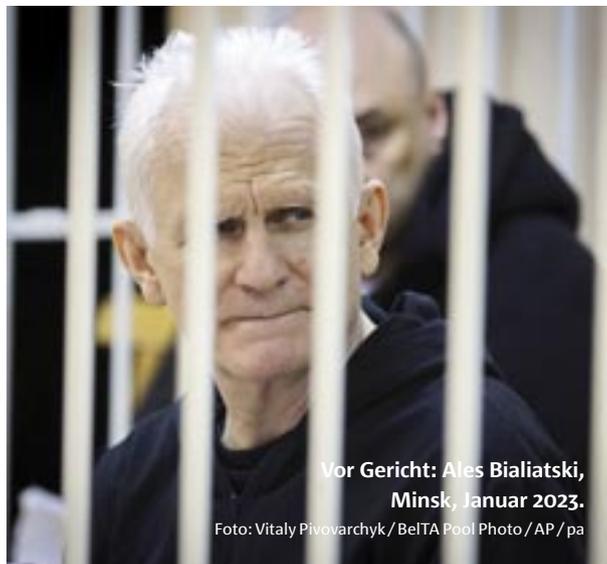
HARTE URTEILE IN BELARUS

Zehn Jahre Haft für Ales Bialiatski, 15 Jahre Haft für Swetlana Tichanowskaja – belarussische Gerichte sprachen im März 2023 harte Urteile gegen den Menschenrechtsverteidiger und die Oppositionsführerin. Während Bialiatski, Gründer und Vorsitzender des Menschenrechtszentrums Viasna (»Frühling«), in Haft ist, lebt Tichanowskaja im Exil in Litauen und wurde in Abwesenheit verurteilt.

Bialiatski wurde 2022 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet. Im Juli 2021 war er bei Razzien belarussischer Sicherheitskräfte gegen Menschenrechtsorganisationen verhaftet worden. Viasna besteht seit 1996 und ist eine der führenden Menschenrechtsorganisationen des Landes. Nach der umstrittenen Präsidentschaftswahl im August 2020 dokumentierte Viasna Menschenrechtsverletzungen. Viele Mitarbeiter*innen und Freiwillige wurden seitdem zu langen Haftstrafen verurteilt oder flohen ins Ausland.

Amnesty International hält die Urteile für politisch motiviert und fordert faire Prozesse, Meinungs- und Versammlungsfreiheit sowie die Freilassung aller gewaltlosen politischen Gefangenen in Belarus.

Mehr unter www.amnesty-belarus-ukraine.de
(»Hochschule der Verlorenen«, Amnesty Journal 04/22)



Vor Gericht: Ales Bialiatski, Minsk, Januar 2023.

Foto: Vitaly Pivovarchyk / BelTA Pool Photo / AP / pa

DRASTISCHES ANTI-LGBTI-GESETZ IN UGANDA

Am 21. März 2023 verabschiedete das ugandische Parlament ein Anti-Homosexualitätsgesetz, das gleichgeschlechtliche sexuelle Handlungen mit lebenslanger Haft bestraft und für wiederholte gleichgeschlechtliche Handlungen die Todesstrafe vorsieht. Jegliche Unterstützung von LGBTI-Personen kann demnach ebenfalls mit Haftstrafen geahndet werden. Selbst Angehörige sind gezwungen, LGBTI-Personen zu melden. Das Gesetz muss noch von Präsident Yoweri Museveni

unterzeichnet werden, um in Kraft zu treten.

In den vergangenen zehn Jahren gab es in Uganda wiederholt politische Bestrebungen, Homosexualität härter zu bestrafen. Die vorangegangenen Gesetzesinitiativen scheiterten allerdings alle an Museveni oder am Obersten Gerichtshof. Trotz der Bedrohungslage hat Uganda eine aktive LGBTI-Community. Sollte das Gesetz in Kraft treten, hätte es drastische Auswirkungen auf diese Community und die ge-

samte Zivilgesellschaft. Es würde die Vermietung von Wohnungen und die Vergabe von Arbeit an oder die Gesundheitsversorgung von LGBTI-Personen nahezu unmöglich machen. Amnesty International fordert Präsident Museveni auf, abermals sein Veto gegen das Gesetz einzulegen.

(»Gottesdienst unter dem Regenbogen«, Amnesty Journal 06/22)

INDIGENER COMIC AUS MEXIKO



Das Vermächtnis von Doña Herminia

Zwei Schwestern machen sich für das Nahuatl-Erbe der indigenen Bevölkerung Mexikos stark. Mit einem Comic über eine Volksheldin aus Milpa Alta. Von Cornelia Wegerhoff

Es gibt Neuigkeiten!« Die beiden Schwestern strahlen. Die ältere, Alejandra Retana Betancourt hält in Mexiko das erste gedruckte Exemplar ihres Comics

vor die Kamera. »Heute wurden die Kisten mit 600 Büchern geliefert«, berichtet die 29-Jährige stolz im Videogespräch. »Es fühlt sich gut an«, sagt die Autorin, während sie durch die 40 Seiten blättert. Als wir uns im Sommer 2022 bei einem Kulturfestival in Berlin kennenlernten, gab es nur Fotokopien des Buchs. Auch ihre drei Jahre jüngere Schwester María José ist zufrieden. Sie ist die Zeichnerin, prüft die Farbqualität des Drucks. Fast der gesamte Comic ist in verschiedenen Grüntönen gestaltet.

Gleich auf der ersten Seite der Geschichte ragt der erloschene Vulkan Teuhtli in die Höhe. Im Tal schwebt noch ein weißer Nebelschleier über den Feldern. Die Hauptfigur Doña Herminia hält kurz inne und blickt auf die vertraute Landschaft. Mit der Hand stützt sie sich an einem dicken Baumstamm ab. Ihr zu langen Zöpfen geflochtenes Haar ist schlohweiß, ihr Rücken gebeugt. Trotzdem ist die alte Frau auf dem Weg durch den dichten Wald wie immer vorangeschritten. »Keine Feuerspuren«, geben ihre Begleiter*innen Entwarnung. »Keine Spuren von Holzfällern.« Es scheint alles in Ordnung zu sein. Der Urwald ist unberührt, zumindest hier.

Mit dieser Szene beginnt der Comic »El corazón de la neblina«, zu Deutsch »Das Herz des Morgennebels«. Es ist eine wahre Geschichte. Als die milchig weiße Sonnenscheibe den Nebelschleier auflöst,

ist in der Story bereits klar, dass die Welt von Doña Herminia schon lange nicht mehr in Ordnung ist. In Milpa Alta ist nicht nur der Wald bedroht, sondern auch das kulturelle Erbe.

Milpa Alta ist ein Bezirk im äußersten Südosten von Mexiko-Stadt. Für Fremde mutet es seltsam an, dass diese ländliche Gegend mit ihren endlos langen Reihen Nopal-Kakteen und Maisfeldern zu einer der größten Metropolen weltweit gehören soll. Etwa 22 Millionen Menschen leben in der mexikanischen Hauptstadt, auch die beiden Schwestern, die Ale und Pepe genannt werden. »Milpa Alta zählt tatsächlich zur City. Aber hier wohnen nur um die 130.000 Leute. Und der Bezirk ist riesig«, erklärt Ale. Der Alltag sei ganz anders als in der lauten, überfüllten Stadt, ergänzt Pepe. Wegen der vielen Wälder, dem Ackerland und den Weideflächen wurde der Bezirk offiziell zur Schutzzone erklärt. Für diesen Sonderstatus und für das indigene Erbe von Milpa Alta machen sich die Schwestern stark. Doña Herminias Geschichte soll der Community helfen, »sich darauf zu besinnen, warum es wichtig ist, dieses angestammte Land und unser Nahuatl-Erbe zu schützen«.

In grüner Umgebung

Die Nahua sind die größte indigene Volksgruppe in Mexiko. Doña Herminia Gutiérrez Valencia (1922–2008) war eine wichtige Protagonistin im Kampf gegen die Enteignung des Nahuatl-Erbes und den illegalen Holzschlag in Milpa Alta – eine Volksheldin, nicht nur im Comic. Für die biografischen Details recherchierten Ale und Pepe in Regionalchroniken und histori-

Auch heute noch wird in Milpa Alta illegal Wald gerodet – dem Schutzstatus zum Trotz.

schen Dokumenten, sichteten alte Fotografien, sprachen mit Zeitzeug*innen und immer wieder mit ihrem Vater Jorge Retana, der aus Milpa Alta stammt.

Seine Töchter sind hingegen im Norden Mexikos aufgewachsen, nahe der Grenze zu den USA. »Trockene Wüste, der Gegensatz könnte nicht größer sein«, sagt Ale. Zusammen mit den Eltern und zwei weiteren Geschwistern haben sie in den Ferien gern die zehn- bis zwölfstündige Autofahrt auf sich genommen, um die väterliche Verwandtschaft zu besuchen. Die grüne Umgebung, die Nähe der Menschen in den »Pueblos«, den beschaulichen Ortschaften, tat ihnen gut, wie sie erzählen. Ihr Onkel brachte ihnen die ersten Worte Nahuatl bei, die Sprache, die schon zur Zeit der Azteken gesprochen wurde und jetzt allmählich zu verschwinden droht. Als Ale 2012 in Mexiko-Stadt ihr Literaturwissenschaftsstudium begann, war sie immer öfter in Milpa Alta zu Besuch. Pepe, die Bildende Kunst studiert hat, zog 2016 zusammen mit ihrem Vater dorthin. Während der Corona-Pandemie kam auch Ale dazu. Die Schwestern empfinden es als »Heimkehr« zu den Wurzeln, als Ankommen in ihrer eigenen indigenen Identität.

Als Autorin konzentriert sich Ale



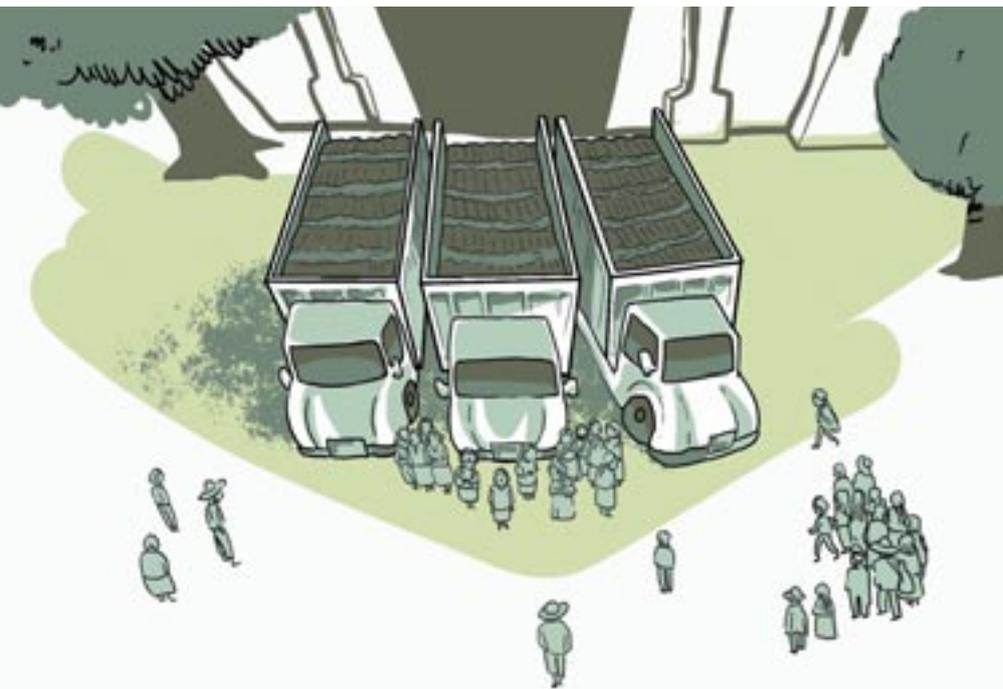


inzwischen auf Geschichten über den Widerstand: »Mexiko befindet sich aufgrund der Drogengewalt in einer Menschenrechtskrise. Ich schreibe, wie sich die Menschen gegen diese und andere Formen der Gewalt zur Wehr setzen.« Ihre Schwester entwickelt unterdessen audiovisuelle Inhalte über mündliche Traditionen, altes Wissen und Bräuche in Milpa Alta. Comics seien eine beliebte Kunstform in Mexiko, berichtet die Künstlerin. Als japanische Mangas populär wurden, habe das auch die mexikanische Kulturszene inspiriert. Aber ihr »Morgennebel«-Comic sei nicht mexikanisch, sondern Teil der Nahuatl-Kultur, betont die Künstlerin. So finden sich in den Zeichnungen besondere Blumen, die nach altem Glauben »Worte zu heiligen Worten machen«.

Indigenes Netzwerk

Auslöser des gemeinsamen Projekts der Schwestern war ein Aufruf des Goethe-Instituts, das 2020/21 Künstlerinnen aus dem globalen Süden einlud, Comics aus indigener feministischer Perspektive zu entwickeln. 218 Bewerbungen aus 42 Ländern gingen ein. »Morgennebel« wurde für die Online-Präsentation ausgewählt und kann auch in der englischen Version auf der Goethe-Website heruntergeladen werden. Die Autorinnen aus Mexiko wurden zu internationalen Workshops mit anderen indigenen Kulturschaffenden eingeladen. Ein Netzwerk entstand. Die indigenen Gemeinschaften weltweit stünden alle vor ähnlichen Herausforderungen, sagt Ale. Sie könnten viel voneinander lernen.

Auch Doña Herminia hat einst viele Menschen hinter sich versammelt und die indigene Identität dadurch wiederbelebt. In den 1970er und 1980er Jahren war die Witwe und alleinerziehende Mutter eine der wenigen Frauen, die die sogenannte »Comunero«-Bewegung in Milpa Alta anführte. Aber wie schon ihre Vor-



**»Sie fällen unsere Bäume,
ermorden unsere Leute.
Sie wollen uns alles nehmen.«**
Doña Herminia



Tradition feministischer Kämpfe: 8. März-Demonstration 2023 in Milpa Alta. Foto: Itzel Olguín

fahren zur Zeit der spanischen Eroberung mussten Doña Herminia und ihre Nachbar*innen immer wieder um ihren Besitz fürchten. Ein Holzfabrikant ließ ohne Genehmigung ihre Wälder abholzen und schreckte auch nicht vor Gewalttaten zurück, wenn es Proteste gab. »Sie fällen unsere Bäume, schlagen und ermorden unsere Leute. Sie wollen uns alles nehmen«, ruft Doña Herminia im Comic eines Tages voller Wut ihren Mitstreitenden zu. Die Politik half nicht, war korrupt. Rechtliche Schritte gegen die illegale Ausbeutung des Gemeinschaftsforstes scheiterten. Doña Herminia ließ sich 1980 zur Vertreterin von San Lorenzo Tlacoyucan wählen, einem der zwölf »Pueblos« von Milpa Alta. Sie wurde verleumdet und bedroht. Es gelang ihr schließlich, weitere Enteignungen und den Kahlschlag der Wälder abzuwenden – mithilfe eines Dokuments aus dem 16. Jahrhundert. Darin hatte der Gesandte des spanischen Königs persönlich den Momoxcas, den Vorfahren der Bewohner*innen Milpa Altas, ihr Land of-

fiziell zugesichert – für immer. Probleme blieben dennoch, bis zu ihrem Tod mit 86 Jahren blieb Doña Herminia deshalb Ortsvertreterin.

Auch heute muss die indigene Bevölkerung um ihre Rechte kämpfen, sagen die Comic-Künstlerinnen Ale und Pepe. Ihr Eigentumstitel wurde immer noch nicht amtlich registriert, weiter werde in Milpa Alta Wald illegal gerodet, würden große Bauprojekte ohne Bürgerbeteiligung geplant – dem Schutzstatus zum Trotz. Die Erfolgsgeschichte von Doña Herminia müsse deshalb ins kollektive Gedächtnis zurückgeholt werden.

Das mexikanische Kulturministerium hilft jetzt dabei. Nachdem Alejandra und María José Retana Betancourt durch das Projekt des Goethe-Instituts im Ausland immer wieder lobend erwähnt wurden, wuchs auch die Anerkennung im eigenen Land. Das Kulturministerium ließ den Comic drucken. Er soll an Gemeindebibliotheken und Kulturzentren verteilt werden und auch auf Nahuatl erscheinen. Zusätz-

lich wurde eine Workshop-Reihe mit Ale und Pepe in Milpa Alta organisiert. »Helfen Sie mit, Doña Herminias Vermächtnis zu erhalten«, schrieb eine Frau anschließend auf ein Plakat. Eine Textilkünstlerin nähte grüne Banner und Halstücher. Darauf sind Comic-Szenen zu sehen und immer wieder das Porträt von Doña Herminia mit ihren weißen Zöpfen. Am 8. März 2023, dem internationalen Frauentag, trugen die Einwohnerinnen von Milpa Alta sie bei einem Protestmarsch durch die Straßen. Dank des Comics ist die Heldin zurückgekehrt, als Symbolfigur für den Kampf um das indigene Erbe. ♦



Die Autorinnen María José Retana (l.) und Alejandra Betancourt.

Foto: Itzel Olguín and Pepe Retana

Ohne Land gibt es kein Leben

Jen Cloher, geboren 1973 in Adelaide, ist eine der wichtigsten Figuren der australischen Independent-Musik-Szene und bekannt für ihren offen queeren Lebensstil.



Auf ihrem neuen Album »I Am The River, The River Is Me« verarbeitet Jen Cloher erstmals ihre Maori-Wurzeln. Sie singt teils auf Englisch, teils auf Maori. Ihre 2011 verstorbene Mutter Dorothy Urlich Cloher war Historikerin und Professorin für »Maori Studies« an der Universität von Auckland. Im Bild: Jen Cloher bei einem Live-Auftritt in New York, 2018.

Foto: Will Oliver / Rmv / Imago Images

Auf Ihrem neuen Album gibt es ein Lied, das »Protest Song« heißt. Können Lieder Veränderung bewirken?

Ich glaube an die politische Kraft von Musik, sonst könnte ich auch Lieder über gebrochene Herzen schreiben. Ein Protestsong kann meiner Ansicht nach vor allem eins leisten: Er kann Menschen das Gefühl geben, nicht allein, sondern mit anderen verbunden zu sein. Das ist wichtig. Ob Musik heute allerdings noch die Macht hat, Revolutionen auszulösen – da bin ich mir nicht sicher.

Hatte Musik denn jemals diese Macht?

Wir blicken gerne zurück in die Sechziger, als John Lennon und Yoko Ono gesellschaftlichen Wandel erreicht haben mit Musik, die Lennon schließlich das Leben gekostet hat. Wahrscheinlich hat Musik eine ähnliche Wirkung wie eine Demonstration. Man verändert die Welt nicht allein dadurch, dass man zu einer Demo geht – und so verändert auch kein Song allein die Welt. Aber man geht dennoch zu einer Demo, denn man fühlt dort Solidarität, eine Gemeinschaft, eine Macht, die man allein nicht hat – und das kann auch ein Song leisten. Das ist eine große Macht, wenn man sich ansieht, welche Angst vor allem rechtsgerichtete Regierungen vor der Kunst haben. Das erste, was diese Regierungen tun, wenn sie an die Macht kommen: Sie kürzen die Subventionen für Kultur. Denn wir Künstler*innen haben eine Stimme – und die Menschen hören uns zu.

Hat Popmusik in den vergangenen Jahren dazu beigetragen, das Verständnis für queere Lebensentwürfe voranzubringen? Inzwischen scheint fast jede*r Popmusiker*in queer zu sein...

Ist das nicht großartig? Noch vor 20 Jahren gab es keine Popkünstler*innen, die offen queer waren. Pop ist nur ein Teil einer großen, weltweiten Bewegung, die mittlerweile viel erreicht hat. Trotzdem müssen wir uns immer vor Augen halten: Nur in bestimmten Ländern ist es möglich, als offen queere Künstler*in zu leben, in anderen ist es weiterhin lebensgefährlich. Wo man lebt, welche Hautfarbe oder Religion man hat, ob man arm oder reich ist – es hängt immer noch an vielen Dingen, ob man es sich erlauben kann, queer zu sein.

Auch wenn Sie die politische Macht von Musik anzweifeln: Ist Ihr Album vor allem ein politisches Statement?

Ich würde sagen, ich mache generell Mu-

sik, die keine Angst hat, eine politische Haltung einzunehmen. Heutzutage wird Musik vor allem allein mit Kopfhörern gehört, Musikhören ist eine sehr individuelle und intime Angelegenheit geworden. Und es ist ein großes Privileg, wenn dir jemand zuhört. Das ist eine große Verantwortung, da will man den Leuten etwas zum Nachdenken geben. Also schrieb ich einen Song wie »Being Human«, in dem es um die Selbstbehauptung und Selbstbestimmung von Indigenen geht.

Wie kamen Sie auf das Thema?

Ich bin im Süden des Landes, das wir Australien nennen, geboren und aufgewachsen. Aber das ist kolonisiertes Land. Meine mütterliche Linie leitet sich von den Maori her – auch Neuseeland ist ein kolonisiertes Land. Hier wie dort wurden Menschen ihres Landes, ihrer Sprache, ihrer Kultur, ihrer Identität beraubt. Ich bin überzeugt, dass der Kolonialismus verantwortlich ist für viele Probleme, die wir heute haben wie den Klimawandel, das Artensterben und andere Folgen des Kapitalismus. Wenn man den Menschen, die sich nicht als Besitzer*innen, sondern als Hüter*innen des Landes und des Wassers verstehen, Land und Wasser wegnimmt, dann leiden Land, Wasser und Himmel. Und am Ende des Artensterbens wird auch der Mensch aussterben. Wenn also mein Album eine politische Aussage hat, dann eine sehr simple: Wir können uns nicht getrennt von Land, Wasser und Himmel verstehen – denn da kommen wir her.

Was können wir von Indigenen lernen?

Was unsere Aufgabe ist: Dass wir nicht auf diesem Planeten sind, um ihn auszubeuten, sondern um ihn zu bewahren. Meine väterliche Linie ist irisch, und die Ir*innen hatten auch einmal ein anderes Verhältnis zu ihrem Land. Aber aufgrund der industriellen Revolution und anderer Entwicklungen haben die Menschen ihr Land verlassen und die Verbindung dazu verloren. Außer den Indigenen haben alle die eigentliche Aufgabe des Menschen vergessen – sich um diesen Planeten zu kümmern und ihn zu bewahren. Indigene machen nur noch fünf Prozent der Weltbevölkerung aus, aber sie kümmern sich um 80 Prozent des verbliebenen biodiversen Landes. Weil sie eine spirituelle Verbindung zu diesem Land besitzen, würden sie es sogar mit ihrem Leben verteidigen. Ihnen ist klar, dass ihr Leben und unser aller Leben von diesem Land kommt und es ohne dieses Land kein Leben gibt. Das müssen wir wieder begreifen – sonst sind wir verloren.

»Wer in einem Kolonialstaat lebt, hat seinen Wohlstand auf dem Rücken Schwarzer und Brauner Menschen erreicht.«

Sie identifizieren sich als Maori, aber in manchen Songs scheinen Sie als Irin zu sprechen. Fühlen Sie auch eine Schuld?

Ich habe Maori-Vorfahren, ja, aber ich lebe hier in Australien als weiße Siedler*in auf Land, das mir nicht gehört. In diesem Song sage ich einfach nur deutlich, dass ich davon profitiert habe, dass Aborigines ausgebeutet wurden, dass sie umgebracht wurden, dass ihnen ihr Land gestohlen wurde. Wer in einem Kolonialstaat lebt, hat seinen Wohlstand auf dem Rücken Schwarzer und Brauner Menschen erreicht. Das ist die Wahrheit – und das auszusprechen, dazu zu stehen, das ist gut. Ich fühle mich nicht jeden Tag schuldig deswegen, aber ich fühle eine Solidarität.

Ein wichtiges Thema auf dem Album ist das Maori-Wort »Takatāpui«, das »Freund des gleichen Geschlechts« heißt und damit eine ähnliche Bedeutung hat wie queer. Waren die Maori vor der Ankunft der weißen Kolonist*innen eine relativ tolerante Gesellschaft?

Das weiß man nicht, die Maori-Geschichte beruht auf mündlicher Überlieferung. Aber man kann wohl davon ausgehen, dass die Maori nicht dieselben Vorstellungen hatten wie jene, die im viktorianischen England herrschten. Ich bin kein*e Historiker*in, aber es gibt verschiedene Wissenschaftler*innen, von denen die meisten Maori und einige selbst Takatāpui sind, die schreiben, dass queer zu sein unter Maori immer akzeptiert war, weil es nicht zu ihrer Denkstruktur gehörte, die Welt in moralische Kategorien einzuteilen. Es gibt im Maori auch keine Unterscheidung zwischen »ihm« und »ihr«, es ist generell keine Sprache, in der viel

nach Geschlechtern unterschieden wird. ♦



Jen Cloher: »I Am The River, The River Is Me« (Marathon Artists/H'Art), 2023.

Kurz mal die Welt retten

Während die große Masse der für den Computer angebotenen Unterhaltungsware nicht selten sinnfrei ist, gibt es immer wieder Games, die nicht nur Spaß machen, sondern auch aufklären und bilden. Vier aktuelle Spiele im Praxistest.

Von Klaus Ungerer

»The Darkest Files«.
Foto: Paintbucket Games

»Glasfäden«.
Foto: Causa Creations

Glasfäden

Dieses Spiel ist weder teuer noch sonderlich knifflig und bleibt trotzdem als Vergnügen in Erinnerung: Der interaktive Comic »Glasfäden« erzählt die Geschichte einer jungen vietnamesischen Vertragsarbeiterin in der DDR: Fortgezogen aus der Heimat, angekommen in einem fremden, grauen Land, verrichtet sie eine monotone Arbeit, ohne viel Kontakt zu den Einheimischen und ohne jemals Dankbarkeit zu erfahren. Kurz darauf nimmt die Weltgeschichte die DDR aus dem Spiel: Es folgen Unsicherheit und zunehmender Rassismus. »Glasfäden« bereitet das in einer kurzen Stunde Spielzeit in schöner Comicoptik auf. Es gibt eingespielte Originalinterviews, und auch die nachfolgende Generation kommt zu Wort. »Glasfäden« ist als interaktiver Comic für Handys erschienen und kostet nichts.

Loulu

Die Influencerin Frida hat ein Problem. Seit sie in einem Video gesagt hat, sie werde sich ihre Achseln nicht mehr rasieren, wird sie von ein paar Nazis übel beschimpft. Das Problem an diesen Leuten: Sie sind Antifeministen der schlimmsten Sorte, aber doch schlau genug, ihre politische Gesinnung zunächst zu

verbergen. Sie wollen vielmehr Fridas Fangemeinschaft immer tiefer in ihre eigenen Social Media-Kanäle locken. Wollen wir also die Nazis infiltrieren, um Frida zu helfen? Klar, wollen wir. Spielerisch gerät man auf die Kanäle des Schnurrbart-Schwadroners, des Gutelaunebär-Identitären und der antifeministischen Germano-Hausfrau. Die beteiligten Jungschauspieler*innen hatten erkennbar Spaß an ihren Rollen, die sie nur geringfügig karikieren. Ein Spiel mit hohem





Spielerisch gerät man auf die Kanäle des Schnurrbart-Schwadroneurs und der antifeministischen Germano-Hausfrau.

waren alle glücklich, selbst mein Assistent, die sprechende Tulpe! »Half Earth Socialism« ist kostenlos spielbar unter play.half.earth.

The Darkest Files

Bis die Welt tatsächlich gerettet sein wird, können wir noch ein bisschen auf »The Darkest Files« warten. Dessen Produktionsfirma hat bewiesen, dass sich schwierige Themen in lehrreiche Unterhaltung verwandeln lassen. Ihr Spiel »Through The Darkest Of Times«, das die Geschichte einer Widerstandszelle in der NS-Zeit schildert, wurde allenthalben gelobt. Die neue Produktion »The Darkest Files« spielt in der Nachkriegszeit. Wir schlüpfen in die Rolle einer jungen Staatsanwältin namens Esther Katz, die zum Team des Juristen und hessischen Generalstaatsanwalts Fritz Bauer gehört. Dieser sitzt hinter seinem Schreibtisch, qualmt und gibt Tipps zum weiteren Vorgehen: welche Akten zu untersuchen, welche Verdächtigen zu vernehmen, welche Aussagen kritisch zu hinterfragen sind. Recht geruhsam und in schöner Noir-Optik geht es darum, NS-Verbrecher ihrer gerechten Strafe zuzuführen. Doch dabei muss Esther Katz zahlreiche Widerstände überwinden. »The Darkest Files« erscheint im Lauf des Jahres, nähere Infos unter paintbucket.de. ♦

Funfaktor trotz des ernsten Themas. »Loulu« ist kostenlos fürs Handy herunterladbar.

Half Earth Socialism

15 Uhr, ich kann Schluss machen. Die Welt ist gerettet. Als sie mich um 13 Uhr ins Amt wählten, schien alles noch schwierig: Der Planet glühte, Fluten und Dürren suchten die Erde heim, alles recht ungemütlich. Wie gut, dass die Menschheit soeben die Weltrevolution vollbracht hat,

nachdem sie alle Macht in meine Hände gelegt hatte. Eine gute Wahl! Was hätte ein anderer an meiner Stelle getan? Ich jedenfalls klickte auf alles, was irgendwie vernünftig klang: Ich setzte voll auf Forschung, Aufklärung und Umbau, auf Offshore-Wind, synthetisches Fleisch, Beton aus Hanf und Männlichkeits-Detox. Zwischenzeitlich wurde es zwar etwas heißer auf dem Planeten, und der Berggorilla hat es leider nicht geschafft. Aber 30 Spieljahre nach meinem Dienstantritt



»Loulu«, Foto: onlinetheater.live



»Half Earth Socialism«, Foto: Trust

Aus der Nische ins Zentrum

Ein neues Kinoprojekt in Berlin möchte selten gezeigte Filme und marginalisierte Perspektiven auf die Leinwand bringen. Im Sinema Transtopia gibt es keine seichte Unterhaltung, dafür jede Menge Raum für die Debatten der »transnationalen« Gesellschaft. **Von Hannah El-Hitami**

Parker
verbote

Industrieller Charme: Can Sungu und
Malve Lippmann vor ihrem Sinema in Berlin.

Foto: Marvin Girbig (CC BY-SA 4.0)

Es hat 32 Jahre gedauert, bis der Film »Kara Kafa« (deutsch: »Schwarzkopf«) gezeigt werden konnte, und selbst dann nur als schlechte Kopie auf einer VHS-

Kassette. Der Film des türkischen Regisseurs Korhan Yurtsever wurde 1979 gedreht und erzählt vom schwierigen Schicksal eines türkischen Gastarbeiters, der seine Familie nach Deutschland holt. Bevor der Film jedoch seine Premiere feiern konnte, wurde er von der türkischen Zensurbehörde beschlagnahmt. Der Regisseur wurde angeklagt und floh ins Exil nach Deutschland.

Als 2011 doch noch eine schlechte Kopie des Films auf einem Festival in Antalya gezeigt werden durfte, wurde der Filmemacher und Kurator Can Sungu auf das Werk aufmerksam. »Seitdem war es immer in meinem Kopf, dass der Film restauriert werden muss«, erzählt Sungu. 2021 konnte er das Filminstitut Arsenal für sein Projekt gewinnen – es folgte eine abenteuerliche Suche nach dem Ursprungsmaterial. Filmrollen wurden aus dem Gefängnis freigekauft, stellten sich dann doch als die falschen heraus. Schließlich tauchte der richtige Film in einem Archiv in Istanbul auf.

Filme wie diese sind es, denen sich Can Sungu und Malve Lippmann mit ihrem Sinema Transtopia verschrieben haben. Anfang 2023 hat das Kino im Berliner Stadtteil Wedding eröffnet, laut Website als »sozialer Diskursraum und als Ort des Austauschs und der Solidarität«. Zu sehen gibt es hier Filme abseits des Mainstreams: Produktionen, die nicht in nationalen Archiven liegen, weil sie staatliche Narrative infrage stellen und marginalisierte Stimmen zu Wort kommen lassen; Arbeiten, die selten gezeigt wurden, weil sie keine Millionen an der Kinokasse einbringen, sondern kritische Diskurse vorantreiben wollen. »Wir achten ganz stark darauf, dass unterschiedliche Communities der Stadt in diesem Kino ihren Platz finden«, sagt Sungu. Dabei gehe es auch viel um Rückblicke und den Aufbau von Archiven einer »migrantischen Filmkultur, die in Deutschland und Europa sehr unterrepräsentiert ist oder durch Machtverhältnisse unsichtbar gemacht wurde«.

»Sinema«, das ist türkisch für Kino. »Transtopia« bezieht sich auf das Konzept des Migrationsforschers Erol Yildiz. Er spricht von Transtopien als Räumen, die in einer durch Mobilität geprägten globalisierten Welt entstehen. Vor allem in Städten seien Migration und Diversität seit Generationen ein zentraler Bestandteil des Zusammenlebens, schreibt Yildiz

in einem Aufsatz. Er plädiert dafür, Mythen von nationaler Zugehörigkeit infrage zu stellen. Vielmehr entstehe Gesellschaft aus »einer Bewegung, die Regionen, Kulturen, Lebensstile und Lebensformen, die oft geografisch wie zeitlich weit voneinander entfernt sind, auf lokaler Ebene zusammenbringt«. Transtopien sind also Räume, in denen globale Vielfalt zu lokaler Gemeinschaft verschmilzt. Sie rücken marginalisierte Akteur*innen ins Zentrum, so Yildiz, und stellen dadurch herrschende Normen infrage.

»Ein bisschen nerdig ist das hier schon«, sagt Malve Lippmann lachend. Die Bühnenbildnerin und Künstlerin ist an einem Abend im Februar zwei Stunden vor Vorstellungsbeginn ins Sinema Transtopia gekommen. Das kürzlich sanierte Industriegebäude liegt unweit der Müllerstraße, die wie der ganze Stadtteil von türkischem und arabischem Leben geprägt ist. Das Foyer des Kinos befindet sich in einem großen Raum mit Betonboden und freigelegtem Backstein an den Wänden. Der industrielle Charme wird durch eine massive, goldglitzernde Theke und Holztische mit Tulpendeko abgerundet. Lippmann schließt noch eben eine Kerzenbestellung ab, dann erzählt sie von der Entstehung des Kinos, das mit einem Experiment des Kulturprojekts bi'bak am Alexanderplatz begann.

Stressige Suche nach Geld

»Das eine Experiment war, dass wir gezielt für die transnationale Stadtgesellschaft Kino machen wollten. Und das andere Experiment war die finanzielle Struktur«, erklärt Lippmann. Denn anders als Oper oder Theater ist der Kinobetrieb in Deutschland nicht im Kultur- sondern im Wirtschaftssektor angesiedelt. Das bedeutet, Kino muss sich durch Einnahmen finanzieren, statt staatlich subventioniert zu werden. Was aber, wenn man Filme zeigen möchte, die sich nicht an ein Massenpublikum wenden? Das Geld dafür aus verschiedenen Fördertöpfen zusammenzubekommen, sei ganz schön stressig, sagt Lippmann. Doch die Mitgründerin von Sinema Transtopia ist überzeugt, dass es sich lohnt: »Filmkultur kommt ja nur weiter, wenn so etwas möglich ist.«

Das Experiment scheint jedenfalls gelungen zu sein: Zum Jahreswechsel zog das Kino vom provisorischen Abrissbau am Alexanderplatz in die eigenen vier Wände im Wedding. Seitdem stellt das Team jeden Monat ein neues Programm auf die Beine, jeweils von anderen Kurator*innen zusammengestellt; darunter sind Künstler*innen, Wissenschaftler*innen und Filmemacher*innen wie der chi-

**»Wir achten darauf,
dass unterschiedliche
Communities der Stadt
ihren Platz finden.«
Can Sungu**

nesische LGBT-Aktivist Popo Fan, die iranische Fotografin Nafiseh Fathollahzadeh oder die nonbinäre thai-deutsche Filmemacher*in Sarnt Utamachote.

Während des Gesprächs mit Lippmann betritt der mauretanisch-französische Filmemacher Julius Amédée Laou das Sinema Transtopia. Am Abend sollen zwei Kurzfilme von ihm aus den 1980er Jahren gezeigt werden, die sich mit Rassismus gegen Schwarze Menschen in Frankreich befassen. Das Februar-Programm im Sinema trägt den arabischen Titel »YA FRANÇA, YA FRANÇA« und handelt von den politischen Spannungen in Frankreich ab Ende der 1970er bis Mitte der 1980er Jahre.

Dabei stehen die Perspektiven von People of Colour im Mittelpunkt, die sich mit Rassismus und kolonialem Unrecht beschäftigen. Obwohl Filme wie die von Laou alt und ziemlich speziell sind, sind die 78 rotgepolsterten Holzsitze an diesem Dienstagabend fast voll besetzt. Im Anschluss gibt es noch ein Podiumsgespräch mit dem Filmemacher – das gehört zu jeder Vorführung. »Für uns ist es wichtig, dass das Kino zum Diskursraum wird, wo Menschen zusammenkommen und diskutieren können«, sagt Lippmann.

Darum sollen im Sinema Transtopia nicht nur Filme gezeigt und besprochen werden. Das Foyer des Kinos soll auch als Raum für Workshops genutzt werden: Bisher gab es zum Beispiel einen zu Empowerment durch Film für queere People of Colour oder eine Masterclass zum Aufbau transnationaler Archive – »lebendiger Archive, die genutzt und nicht einfach nur eingelagert werden«, betont Lippmann. Außerdem sollen regelmäßig Partys stattfinden und Kooperationen mit Festivals wie dem arabischen ALFILM.

Weitere Programmschwerpunkte werden diesen Sommer auf Meisterwerken des iranischen Kinos und chinesischer Subkultur liegen. Auch »Kara Kafa«, der verschwundene und wiederentdeckte türkische Film, darf im Programm von Sinema Transtopia nicht fehlen. Nach seiner Premiere auf der Berlinale soll er im Juni im Wedding gezeigt werden. ♦

oonsaawin

George Ironstrack ist Bürger der indigenen Gemeinschaft der Miami. An der Universität von Ohio engagiert er sich für deren Vernetzung und für die Weiterentwicklung der Sprache Myaamiaataweenki.

Von Tanja Dückers

Wie viele amerikanische Universitäten befindet sich die Miami University in Oxford, Ohio auf einem Terrain, von dem seine früheren Bewohner*innen gewaltsam vertrieben wurden. In den vergangenen Jahrzehnten hat sich in den USA in diesem Bereich etwas getan. Zumindest an einigen Bildungseinrichtungen bemüht man sich, die lokalen indigenen Gemeinschaften stärker in die universitäre Arbeit einzubeziehen und ihre Kultur und Sprache zu fördern.

Dieser Aufgabe hat sich George Ironstrack, Bürger der indigenen Gemeinschaft der Miami in Ohio, mit Leib und Seele verschrieben. Die Miami oder in ihrer Sprache Myaamiaki («Volk, das flussabwärts lebt»), beherrschten ein Gebiet südlich des Lake Michigan, das sich zu Beginn des 17. Jahrhunderts über große Teile des heutigen Bundesstaats Indiana sowie über angrenzende Gebiete von Illinois und Ohio erstreckte. Die Myaamiaki sind nicht mit der historischen indigenen Gemeinschaft im südlichen Florida zu verwechseln, mit der sie weder ethnisch noch sprachlich verwandt waren.

Der schlanke, sportliche Vater von drei Schulkindern ist Vizedirektor und Pädagogischer Koordinator des Myaamia-Center an der Miami University. Dieses Zentrum, in einem schönen Backsteinbau untergebracht, gibt es erst seit rund 20 Jahren. Und erst gut 30 Jahre ist es her, dass sich der erste Student der Myaamiaki an der Uni einschrieb. George Ironstrack kennt die Miami University bestens, er

hat hier seinen Master in »Origins and History of the United States« (Ursprünge und Geschichte der Vereinigten Staaten) gemacht. Er ist einer von acht Myaamiaki, die bisher an der 1809 gegründeten Universität einen Master gemacht haben. Und er hat erlebt, wie die Universität ihr Maskottchen von »Redskins« (Rothhäute) zu »Redhawks« (Rote Falken) umtaufte.

Geschichten von den Vorfahren

Es sei ihm wichtig, sagt George Ironstrack, den jungen Myaamiaki den Zugang zu höheren Bildungseinrichtungen zu erleichtern. Immerhin, schon rund 90 von ihnen haben hier einen Bachelor abgelegt. Sie studieren unterschiedliche Fächer und würden auf dem Campus den insgesamt rund 28.000 Studierenden kaum begegnen, gäbe es nicht das Myaamia-Center, das neben Sprachunterricht gemeinsame Aktivitäten anbietet, aber ihre Präsenz auch für die übrigen Studierenden mit Veranstaltungen und Festen wie dem »Stomp Dance« oder dem »Story Telling« sichtbar und zugänglich macht. Das Geschichtenerzählen ist Teil des »Wintertreffens«, bei dem die Gäste die Sprache Myaamiaataweenki hören können. Es werden verschiedene Geschichten von Myaamia-Vorfahren zum Besten gegeben, die aufgeschrieben und bewahrt wurden. Die vielen Studierenden, die aus unterschiedlichen Bundesstaaten an diese große Universität in Ohio kommen, sollten schon etwas über die Vorgeschichte der Region wissen, findet George Ironstrack und wirkt dabei voller Energie.

Seit der Ankunft der ersten Europäer*innen waren die indigenen Gemeinschaften an der Ostküste immer stärker nach Westen gedrängt worden. Spätestens

ab den 1820er Jahren wollten die weißen Siedler*innen die dort lebenden Menschen ganz aus dem heutigen Ohio und Indiana verdrängen. Insbesondere das Land der Myaamiaki galt als fruchtbar und lag strategisch günstig am Wabash River, der natürlichen Verbindungsstraße zwischen dem Ohio River und den Großen Seen.

Der 1830 beschlossene »Indian Removal Act« sah die Zwangsumsiedlung Indigener aus dem Osten in Gebiete westlich des Mississippi vor. Die Myaamiaki weigerten sich, der Anordnung Folge zu leisten. Sie wollten kein Geld, sondern ihr Land behalten. 1846 wurden sie schließlich aus dem Wabash River Valley vertrieben. Seitdem mussten die Myaamiaki im weniger fruchtbaren und ihnen unvertrauten Kansas und, nach einer weiteren Zwangsumsiedlung, in Oklahoma leben.

Im Jahr 2021 organisierte George Ironstrack gemeinsam mit Kolleg*innen vom Myaamia-Center die Gedenkveranstaltung zum 175. Jahrestag der Zwangsumsiedlung. »Die Umsiedlung von 1846 dauerte fast einen Monat, aber ihre Auswirkungen sind für alle Myaamiaki bis heute spürbar, egal wo wir leben«, meint er. Doch geht es ihm und seinen Kolleg*innen nicht nur um die Vergangenheit.

»Wir sind nicht nur Opfer, und wir sind kein Kapitel der Vergangenheit.«
George Ironstrack

Limonade heißt jetzt *minaaapowi*

George Ironstrack wirkt lässig und lebenszugewandt, ist privat und beruflich ständig von Kindern und Jugendlichen umgeben. Er betont, dass die Myaamiaki heute auf dem Campus sehr präsent seien. »Wir sind nicht nur Opfer, und wir sind kein Kapitel der Vergangenheit«, wird er nicht müde zu erzählen. Deshalb investiert er viel in

die Zukunft der kleinen Gemeinschaft: Dazu gehört der tägliche rege Austausch über Online-Netzwerke in der Community. Denn die geografische Distanz zwischen den verschiedenen Bundesstaaten, in denen die Myaamiaki nun leben, ist groß. Im Chat geht es um tradierte Methoden der Ahornsirupgewinnung, um Möbelpolituren aus Tierfett, aber auch um neue wissenschaftliche Erkenntnisse darüber, was zum Niedergang der befreundeten Hopewell geführt hat: »War ein Komet verantwortlich?« Ohne Klatsch und Tratsch geht es natürlich auch nicht: »War Aquenackwe vielleicht Little Turtle's Vater?«, wird da schon mal gefragt.

Aber vor allem hat Ironstrack, ein passionierter Frühaufsteher, dem Müdigkeit fremd zu sein scheint, seine berufliche Erfüllung im Unterrichten, der Weitergabe von Wissen gefunden. Es erfüllt ihn mit Stolz, wenn Studierende locker ihren amerikanischen Alltag in Myaamiaataweenki besprechen können. Gerade deshalb sind ihm linguistische Erneuerungen wichtig. Die tradierte indigene Sprache soll mit der Zeit gehen und auch für die Jüngeren ein geeignetes Kommunikationsmittel sein. Einmal erlebte George Ironstrack folgende Szene: Bei einer Feier bildete sich eine lange Schlange vor dem Essen. Eine Gruppe von Myaamia-Studierenden diskutierte die Auswahl an Speisen, von denen sie viele in Myaamiaataweenki bezeichnen konnten. Ein Student deutete auf die Limonade bei den Getränken und fragte: »taaniši iilweenki Lemonade?« (wie sagt man zu Limonade?). Und schon begann die Gruppe, sich Gedanken zu machen.

»Um ein neues Wort in Myaamiaataweenki zu kreieren, muss man manchmal tagelang oder sogar wochenlang in den Archiven recherchieren und unsere Verwandten in anderen Stämmen befragen, wie sie etwas benennen. Aber hin und wieder taucht in einem Moment ein neues Wort auf, das sich für alle sofort richtig anfühlt«, sagt George Ironstrack und ergänzt »und das auch unser Linguistikteam für gut befindet«. Bei der Limonade sah das so aus: Die Jugendlichen begannen mit den Elementen der Sprache zu spielen, die sie kannten. Sie kamen auf oonsaawimini für Zitrone (wörtlich »gelbe Beere«) und fügten eine Endung hinzu, die »trinken« oder »Saft« bedeutet, um das Wort »Limonade« zu bilden. Das neue Wort »oonsaawiminaapowi« wurde von den Älteren anerkannt.

Klein wie die Community ist, kann man sich innerhalb weniger Wochen gutlich auf neue Sprachregelungen einigen. Laut dem letzten US-Zensus aus dem Jahr 2000 lebten in Ohio und in Kansas je rund 550 Myaamiaki, in Oklahoma rund 600. Die Gesamtzahl der Myaamiaki in den Vereinigten Staaten belief sich auf 3.811 Personen. Immerhin, meint George Ironstrack: Wer heute an der Miami University einen Abschluss ablegt, »graduiert mit einem tieferen Verständnis darüber, was es bedeutet, sagen zu können ›niila myaamia‹, ›I am a Miami‹«. ♦

George Ironstrack

Foto: Scott Kissell/
Miami University



Foto: Happy Colours Lab/shutterstock



Als ganz und gar auf
Korruption gegründetes
Reich beschreibt der
Autor »Putinland«.

Foto: Mikhail Klimentyev /
Sputnik / Kremlin Pool / AP / pa

Her mit der Palastrevolution!

Der russische Dissident und Nawalny-Vertraute Leonid Wolkow analysiert, wie stark das System Putin auf Korruption gebaut ist und ob Hoffnung besteht, es zu überwinden. **Von Tigran Petrosyan**

In seinem Buch »Putinland – Der imperiale Wahn, die russische Opposition und die Verblendung des Westens« erklärt Leonid Wolkow einem westlichen Lesepublikum, wie das Regime im Kreml funktioniert. Der russische Dissident ist politischer Direktor der Antikorruptionsstiftung FBK, die der mittlerweile inhaftierte russische Oppositionelle Alexej Nawalny einst gegründet hat. Mittlerweile lebt Wolkow im Exil in Vilnius. Die Jahre seien den Menschen nach dem Zerfall der Sowjetunion als die schwierigste Zeit ihres Lebens in Erinnerung geblieben, erklärt er, »als Phase eines existenzbedrohenden wirtschaftlichen Chaos, wie der politischen Unsicherheit«. Die Demokratie bedeutete für die postsowjetische russische Gesellschaft nicht etwa neu gewonnene Freiheit, sondern Unwägbarkeit, und viele empfanden dies als bedrohlich.

Anhand konkreter Beispiele zeigt Wolkow, dass die Putin-Regierung direkt nach Beginn ihrer ersten Amtszeit im Jahr 2000 den Föderalismus in Russland demontierte, indem sie vertikale Macht-

strukturen in der Wirtschaft etablierte und das Land in einen »Mafiastaat« verwandelte. Das totalitäre politische System Russlands sei ganz und gar auf Korruption gegründet, schreibt Wolkow. Deshalb habe sich das Wahlkampfteam von Alexej Nawalny, zu dem auch Wolkow zeitweise gehörte, von Anfang an so beharrlich auf das Problem der Korruption konzentriert.

Der studierte Mathematiker und Programmierer schreibt bemerkenswert unterhaltsam und auch emotional. Er analysiert Protestbewegungen, an denen er selbst beteiligt war, wie die zivilgesellschaftliche Wahlbeobachtungsbewegung, die er als spezifisch russisches Phänomen sieht. Für viele Menschen sei die Teilnahme an der Wahlbeobachtung eine wichtige Form der politischen Aktivität gewesen, nachdem die Regierung Demonstrationen immer wieder niedergeschlagen hatte. Als Vertrauter und jahrelanger Kollege Nawalnys dokumentiert Wolkow außerdem die wichtigsten Stationen in dessen Kampf gegen das Regime: die Kampagnen zur Moskauer Bürgermeisterwahl im Jahr 2013 und zur Präsidentschaftswahl im Jahr 2018 sowie den Giftanschlag auf ihn im Jahr 2020.

Wolkow übt harte Kritik am Westen, der die Entwicklungen in Russland und die imperiale Politik Putins beharrlich ignoriert habe. So sei der russische Präsident auch nach der Annexion der Krim 2014 noch »als respektierter Staatsmann« auf allen großen internationalen Bühnen aufgetreten. Sanktionen gegen Russland seien kein Thema gewesen. »So, wie die Dinge standen, passten sie dem Westen gut ins Konzept, und bis zu einem bestimmten Zeitpunkt passte dieser Zustand auch Putin.«

Am Ende entwirft Wolkow ein Szenario für die nahe Zukunft Russlands, das seiner Ansicht nach optimal wäre: »Ein akuter Elitekonflikt, der zu einer Palastrevolution und zur Entmachtung Putins führt. Das würde der Zivilgesellschaft einen enormen Möglichkeitsraum schaffen.« Das klingt utopisch – wie aus dem hoffnungsvollen Programm von Alexej Nawalny. ♦



Leonid Wolkow: Putinland. Der imperiale Wahn, die russische Opposition und die Verblendung des Westens. Droemer Knauer, München 2022, 240 Seiten, 22 Euro

BÜCHER

Der Wille zur Freiheit

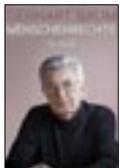
»Nur wer selbst brennt, kann andere entflammen«, schreibt der Politiker und Menschenrechtsanwalt Gerhart Baum am Ende seines Buches. Und das tut er ohne Frage – auch mit 90 Jahren. Der bekannte Sozialliberale, der Amnesty International seit vielen Jahren solidarisch zur Seite steht, beleuchtet wichtige Stationen der Menschenrechtspolitik, erklärt ihre ideengeschichtlichen Grundlagen, würdigt Menschenrechtsverteidiger*innen und warnt vor Staaten und Bewegungen, die die »Herrschaft des Rechts« durch das »Recht des Stärkeren« ersetzen wollen.

Baum schreibt pointiert, verständlich und sehr persönlich. Die Schrecken von Nazi Herrschaft und Krieg machten ihn zum aufrechten Demokraten. Die Welt der Menschenrechte und des Völkerrechts bezeichnet er als sein Lebensgerüst, das durch den russischen Angriff auf die Ukraine ins Wanken geriet. Das Erschrecken darüber ist über das gesamte Buch hinweg greifbar. Den Menschen in Russland und der Ukraine fühlt sich Baum besonders verbunden: Sein Großvater stammt aus Charkiw, seine Mutter aus Moskau.

Die auf Menschenwürde und Friedenssicherung gegründete Weltordnung steht auf dem Spiel, warnt Baum. Er ruft dazu auf, sie »mit Zähnen und Klauen« zu verteidigen. Und er ist überzeugt: Der Wille, frei zu leben, ist jedem Menschen angeboren und lässt sich auch in Russland und China auf Dauer nicht unterdrücken.

Das Buch diskutiert aktuelle Themen wie die Abschottung Europas oder die Macht von Digitalkonzernen. Etwas unterbelichtet bleibt das Verhältnis von bürgerlichen zu sozialen und wirtschaftlichen Rechten. Dabei ist die zunehmende soziale Ungleichheit vielleicht ein Grund, warum das freiheitlich-demokratische Modell (...) weltweit an Anziehungskraft (verliert)«, wie Baum selbst konstatiert.

Dennoch: ein aufrüttelndes Buch, das motivieren will, sich mit »Engagement und Leidenschaft« einzumischen.



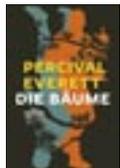
Gerhart Baum: Menschenrechte. Ein Appell. Benevento, Elsbethen 2022. 240 Seiten, 18 Euro

Rassistische Provinzjockey

In Money, Mississippi, gehen seltsame Dinge vor sich: Seit dem Mord an einem Familienvater ist die Ruhe der Kleinstadt dahin. Eine landesweite Mordserie, in der die Opfer stets weiße Rednecks mit Rassistens-Stammbaum sind, nimmt hier ihren Ausgang. Dass am Tatort je ein toter, übel zugereicherter Schwarzer zu sehen ist, oft sogar derselbe, beunruhigt bald auch das FBI. Zwei Special Agents werden entsandt, um den »Provinzjockeln« beim Ermitteln zu helfen. Dass die beiden Schwarz sind, sorgt in Money auch noch Anfang des 21. Jahrhunderts für Aufsehen.

»Die Bäume« ist eine beißende Südstaatensatire im Krimi-Gewand: Da stehen sich dümmliche weiße Cops mit verspiegelten Sonnenbrillen beim Ermitteln im Weg, der örtliche Rechtsmediziner Reverend Doktor Cad Fondle ist auch Laienprediger und amtierender »Grand Kleagle des Ehrwürdigen Ordens der Ritter vom Majestätischen Ku-Klux-Klan der Vereinigten Staaten von Amerika«. Fondle hält Obama für einen Klugscheißer und plant schon die nächste »Kreuzbeleuchtung« – bis auch er getötet wird. Am Tatort wieder eine Leiche, die einem 1955 gelynchten 15-jährigen beunruhigend ähnlich sieht. Das Werk von Black Rights-Terroristen – oder die Rückkehr unschuldig Ermordeter aus dem Jenseits?

Der Autor Percival Everett, selbst aus Georgia, spielt virtuos mit den Ängsten einer weißen Bevölkerung, die mit der Schuld leben muss, zwischen 1877 und den 1950er Jahren mehr als 4.000 Schwarze Männer, Frauen und Kinder erschlagen, aufgeknapft, erschossen oder verbrannt zu haben. Allerdings sind Everetts literarische Mittel nichts für empfindsame Seelen: Das N-Wort wird ebenso inflationär verwendet wie Flüche, und manches Wortspiel wirkt trotz der schwungvollen Übersetzung im Original sicher besser. Doch verbirgt sich hinter dem Klamaus eine schmerzhaft, lesenswerte Analyse des Rassismus als DNA der US-amerikanischen Gesellschaft.



Percival Everett: Die Bäume. Aus dem Englischen von Nikolaus Stingl. Carl Hanser Verlag, München 2023, 368 Seiten, 26 Euro

Gegen das Wegschauen

Gerade mal zwei Tage sind die zehnjährige Aniyah und ihr fünfjähriger Bruder Noah in einer Pflegefamilie, als sie aus den Nachrichten von der Entdeckung eines neuen Sterns erfahren. Aniyah und Noah sind sich sicher: Der Stern ist ihre Mutter. »Das Herz meiner Mum ist letzte Woche zu einem Stern geworden. (...) Als der Polizist und die Frau im schwarzen Kostüm kamen und mit uns gesprochen haben, habe ich die Explosion gehört, als Mums Herz ihren Körper verließ.« Eingebettet in ein spannendes Abenteuer, das die Kinder bis ins Royal Greenwich Observatory in London führt, werden die Hintergründe für den Tod der Mutter langsam enthüllt. Nach und nach klärt sich auf, warum die Geschwister in einer Pflegefamilie untergebracht wurden.

Die kindlich-naive Erzählperspektive erlaubt es der Autorin Onjali Q. Raúf häusliche Gewalt behutsam zu thematisieren. So umschreibt Aniyah die Übergriffe des Vaters mit harmlos klingenden Wendungen wie »Möbelrücken«; die Flucht in ein Frauenhaus erklärt die Mutter ihren Kindern mit einem Versteckspiel. Auch Mechanismen der Vertuschung und Rechtfertigung werden auf diese Weise offengelegt: »Grandma Irene und Tante Kathy [hatten] Mum immer für dumm gehalten und sie eine Lügnerin genannt, wenn sie ihnen erzählen wollte, warum unsere Teller schon wieder alle fehlten oder warum sie im Sommer Pullis mit langen Ärmeln tragen musste. Einmal, als ein Polizist zu uns kam, nachdem Dad so lange Möbel verrückt hatte, dass der Küchentisch und drei Stühle kaputt gegangen waren, sagte der Mann zu Mum, sie solle nicht so »hysterisch« sein.«

Die Autorin ist Gründerin der Menschenrechtsorganisation Making Herstory, die sich gegen Gewalt gegen Frauen engagiert. Mit ihrem Kinderroman ist ihr eine bewegende Geschichte gelungen, die auch als Appell gegen das Wegschauen zu lesen ist.



Onjali Q. Raúf: Der Stern vor meinem Fenster. Aus dem Englischen übersetzt von Katharina Naumann. Atrium, Zürich 2023, 304 Seiten, 17 Euro. Ab 10 Jahren



Szene aus »Al Murhaqoon«. Foto: Adenium Productions

Zuversicht unter schwierigsten Bedingungen

Bei der diesjährigen Berlinale gewann ein beklemmendes Familiendrama aus dem Jemen den Filmpreis von Amnesty International. **Von Jürgen Kiontke**

Regisseur Amr Gamal war sichtlich bewegt, als er bei der Berlinale im Februar den mit 5.000 Euro dotierten Amnesty-Filmpreis erhielt. Sein Familiendrama »Al Murhaqoon« (Die Beladenen) ist der erste Langfilm aus dem Jemen, der je zur Berlinale eingeladen wurde. Die Amnesty-Jury würdigte insbesondere die Bedingungen, unter denen der Film in der jemenitischen Stadt Aden entstand: Inmitten eines von der Weltöffentlichkeit kaum wahrgenommenen Krieges thematisiert er kontroverse Themen wie Religion, Abtreibungsverbot und Armut. Die Dreharbeiten waren geprägt von unberechenbaren Militärkontrollen, Stromausfällen und Wassermangel. Im Alltag in Aden sei nichts sicher, sagte Gamal, der aus der dortigen Theaterszene stammt, dem Amnesty Journal.

In »Al Murhaqoon« muss die junge Isra'a mit ihrem Mann Ahmed und ihren drei Kindern den schwierigen Alltag meistern, der vom Krieg geprägt ist. Ahmed versucht, die Familie mit Fahrerjobs über Wasser zu halten. Doch ein unacht-

sam zurücksetzender Militärtransporter ramponiert seinen Wagen, und die Fahrgäste streiten um die Bezahlung – mit vorgehaltener Waffe. Dann wird Isra'a wieder schwanger. Ein weiteres Kind würde die Familie endgültig in die Armut treiben. Das Paar entscheidet sich daher für eine Abtreibung. Es folgt eine Odyssee durch die von rigiden islamischen Regeln bestimmten Verhältnisse: angefangen von Nachbarinnen, die als »Engelmacherinnen« illegale Abtreibungen in der Küche vornehmen, bis hin zu Krankenhäusern, in denen Behandlungen von der Laune und dem Geldbedarf des diensthabenden Arztes abhängen. Die Geschichte von Isra'a und Ahmed ist an einen realen Fall angelehnt. Die Schauspieler*innen überzeugen in ihren Rollen, vor allem die drei Kinderdarsteller*innen. Mit spielerischem Gemüt unterlaufen sie die rigiden Regeln der Erwachsenenwelt.

Der Film erzähle »ohne Zeigefinger und mit großer Eleganz eine Geschichte von humanistischen Werten wie Community, Familie, Zusammenhalt und vor allem auch Bildung«, begründete die Jury ihre Entscheidung. Er zeige, wie man Hoffnung und Zuversicht bewahrt, »in einer

Welt, die Eltern alles abverlangt, um den eigenen Kindern Mut und Zutrauen, aber auch einfach Essen, ein Dach über dem Kopf und Bildung geben zu können«.

Seit 2005 zeichnet Amnesty International bei jeder Berlinale einen Film aus, dem es gelingt, das Thema Menschenrechte überzeugend darzustellen. In diesem Jahr bildeten der Generalsekretär von Amnesty Deutschland, Markus N. Beeko, die Schauspielerin Lea van Acken und der Regisseur Burhan Qurbani die Jury, die aus 20 nominierten Werken den Gewinnerfilm kürte. Dass »Al Murhaqoon« in Berlin aufgeführt und ausgezeichnet wurde, habe eine nicht zu unterschätzende Strahlkraft, sagte Regisseur Gamal. »In den achtziger Jahren gab es in Aden Dutzende Kinos, doch wurden sie alle im Krieg zerstört.« Er hofft, dass diese Kinokultur wieder auflebt: »Dass unsere Filmemacher sagen: »Der geht mit seinem Film zur Berlinale und gewinnt Preise. Das kann ich auch.« ♦



»Al Murhaqoon«. YEM/SDN/SAU 2023. Regie: Amr Gamal, Darsteller: Khaled Hamdan, Abeer Mohammed

FILM & MUSIK

Die Kraft der Bildung

Armut, Diskriminierung, Klimawandel, Krieg: Auf den aktuellen großen Baustellen der Erde wohnen auch und nicht zuletzt Kinder. Sie wachsen hinein in eine komplizierte Welt, deren Probleme sie künftig lösen müssen. Das Handwerkzeug dafür sollte die Schule bieten – mit überarbeiteten Lehrkräften, wenig Mitteln und in kurzer Zeit.

Wie drei engagierte Pädagoginnen diese Aufgabe auch unter schwierigsten Bedingungen bewältigen, zeigt Emilie Théron in ihrem Film »Schulen der Welt«. Svetlana im winterlichen Sibirien, Sandrine im ländlichen Burkina Faso und Taslima in der Bootsschule in Bangladesch sind selbst nur kurz für ihren Beruf als Lehrerin ausgebildet worden, werden nicht besonders gut bezahlt und sind monatelang von der eigenen Familie getrennt. Dennoch unterrichten sie ihre Schüler*innen mit vollem Einsatz – weil sie der festen Überzeugung sind, dass Wissen die Welt besser macht.

Sie arbeiten dort, wo der Zugang zu Bildung weitestgehend versperrt ist. Svetlana legt weite Strecken durch den Schnee zurück, teils, um nur einem Kind Lesen, Schreiben und Rechnen beizubringen, das darauf womöglich überhaupt keine Lust hat. Auch Sandrine hat weite Wege, allerdings in extremer Hitze. Und in Bangladesch stehen weite Teile des Landes unter Wasser, sodass der Unterricht auf stillgelegten Schiffen stattfinden muss. Wie überall gibt es Diskussionen mit den Eltern: Die Jungen sollen lieber arbeiten, die Mädchen gewinnträchtig verheiratet werden, anstatt zu lernen.

Für Taslima und ihre Kolleginnen ist Bildung aber ein Menschenrecht: »Ich möchte, dass die Frauen das Gleiche lernen wie die Männer, dass sie die gleichen Rechte zugesprochen bekommen.«

Stellvertretend für die Lehrer*innen dieser Welt kämpften die drei »täglich darum, ihr Wissen weiterzugeben«, sagt die Regisseurin. Die Bildungsmission als Abenteuer – und ein grandioser Dokumentarfilm.



»Schulen dieser Welt«. F 2019.
Regie: Emilie Théron.
Kinostart: 27. April 2023

Schmerz und Zorn

Die durchschnittliche Heavy-Metal-Band kommt oft daher wie kleine Jungs, die Krieg spielen. Der spannendste Metal aber kommt aus einem echten Krieg und wird von Frauen gespielt, die in Kiew leben. Gitarristin Mariana Navrotskaya, Schlagzeugin Anastasiya Khomenko und Bassistin Natalya Seryakova nennen sich Death Pill. Stellvertretend beschreibt Khomenko, was die Band antreibt: »Wir sind wütend, und wir kümmern uns um das, was um uns herum geschieht.«

Was in der Ukraine geschieht, das sind Bomben, Sterben, Verzweiflung. Kein Wunder, dass das Debütalbum des Trios klingt wie eine Attacke, ein Terroranschlag: Die Gitarren möchten Motorsägen sein, und das Schlagzeug klopft Beton, während die Stimmen nicht singen, sondern kreischen, schreien, brüllen. Ist es Wut oder ist es Schmerz? Wahrscheinlich beides.

Navrotskaya bellt ihre Texte mal in englischer, mal in ukrainischer Sprache, Stücke wie »Miss Revolt« oder »Kill The Traitors« handeln von toxischer Männlichkeit im Inneren und vom durch den äußeren Feind aufgezwungenen Leid.

Diese Songs sollen und wollen durchaus Analyse aktueller Zustände sein, aber die Kraft des politischen und sozialen Kommentars liegt eindeutig im Klangbild. Der Sound lässt keinen Stein auf dem anderen, als wollten Death Pill der Welt mitteilen: So wie wir klingen, sieht es vor unserer Haustür aus. Neu ist der Ansatz nicht, ihre musikalische Blaupause fand die Band in der Underground-Punkrock und Metal-Szene – dort, wo es extrem zugeht. Der Zorn des ukrainischen Trios aber ist authentischer als es die Vorbilder je sein könnten. »Wenn man tagtäglich mit dem Tod konfrontiert ist«, hat Navrotskaya einem Punk-Fanzine erzählt, »hat man keine Lust mehr, irgendwas aufzuschieben.« So erzählen Death Pill nicht nur von sich, sondern von der Wut und der Verzweiflung einer ganzen Generation, die gerade ihrer Jugend und Zukunft beraubt wird.



Death Pill: »Death Pill«
(New Heavy Sounds/Cargo)

Rappen im Regenwald

HipHop hat nach seiner Erfindung in den Ghettos US-amerikanischer Metropolen zwar einen weltweiten Siegeszug angetreten, ist dabei erstaunlicherweise aber immer eine vorwiegend urbane Kunstform geblieben. Deshalb wirkt es zuerst etwas irritierend, wenn MC Yallah im Videoclip zu ihrer aktuellen Single »Sikwebela« rappend durch eine Regenwaldszenerie tanzt. Schon der Hosenanzug in traditionellen Farben zeigt, wohin die in Kenia geborene und in Uganda aufgewachsene Musikerin will: in die goldene Mitte zwischen Tradition und Moderne, afrikanischen Musikstilen und modernen Beats. Yallah Gaudencia Mbidde, so ihr voller Name, war 15 Jahre alt, als sie mit dem Rappen begann. Das war 1999, und heute gilt sie als eine der bekanntesten Rapperinnen Afrikas. Trotzdem ist das neue Album »Yallah Beibe« erst das zweite ihrer Karriere. Was vor allem zwei Dinge aufzeigt: dass das Popmusikgeschäft in den meisten afrikanischen Ländern ganz anders funktioniert als in der westlichen Welt, nämlich ohne verkaufte Alben. Und dass HipHop dort oft noch nicht den Nischenstatus hinter sich gelassen hat. Wie international vernetzt die Rap-Szene trotzdem ist, wird daran deutlich, dass Yallah wie schon bei ihrem ersten Album »Kubali« (2019) wieder mit dem in Berlin lebenden Produzenten Debmaster zusammengearbeitet hat. Gesehen haben sie sich dabei nicht, die Tracks und Raps gingen übers Internet hin und her. Obwohl im digitalen Äther entstanden, illustrieren die neuen Tracks einmal mehr, dass der weltweite Erfolg von HipHop vor allem darauf fußt, sich an lokale Gegebenheiten anzuschmiegen. Yallah erzählt nicht nur in englischer Sprache, sondern vor allem in Luganda, Luo oder Kiswahili von Identität und Alltagsproblemen, von der Lage der Frauen und ihrem Kampf um Emanzipation, während die Beats im ständigen Konflikt zwischen Tradition und Moderne liegen, zugleich in den Club drängen und traditionelle afrikanische Musik zitieren.



MC Yallah: »Yallah Beibe«
(Hakuna Kulala)

SCHREIBEN SIE EINEN BRIEF

Tag für Tag werden Menschen gefoltert, wegen ihrer Ansichten, Herkunft oder aus rassistischen Gründen inhaftiert, ermordet, verschleppt, oder man lässt sie verschwinden. AMNESTY INTERNATIONAL veröffentlicht an dieser Stelle regelmäßig Geschichten von Betroffenen, um an das tägliche Unrecht zu erinnern. Internationale Appelle helfen, solche Menschenrechtsverletzungen anzuprangern und zu beenden. Sie können mit Ihrem persönlichen Engagement dazu beitragen, dass Folter gestoppt, ein Todesurteil umgewandelt oder ein Mensch aus politischer Haft entlassen wird. Schreiben Sie bitte, im Interesse der Betroffenen, höflich formulierte Briefe an die jeweils angegebenen Behörden des Landes.



Foto: Iryna Arakouskaya

BELARUS NASTA LOIKA

Die belarussische Menschenrechtsverteidigerin und Pädagogin Nasta (Anastasia) Loika hat wegen vermeintlichem Rowdytums fast 75 Tage in Haft verbracht. Nun sieht sie sich weiteren unbegründeten strafrechtlichen Anschuldigungen gegenüber und befindet sich nach wie vor in Haft. Die Behör-

den gehen gegen Nasta Loika vor, um sie für ihre Menschenrechtsarbeit zu bestrafen. Es bestehen ernsthafte Sorgen um ihre Sicherheit und ihre Gesundheit. Am 28. Oktober 2022 wurde Nasta Loika in Minsk willkürlich festgenommen und am 31. Oktober 2022 unter dem falschen Vorwurf des »minderschweren Rowdytums« für 15 Tage inhaftiert. Sie wurde jedoch nicht sofort nach Verbüßung ihrer Strafe freigelassen, sondern erhielt vier weitere 15-tägige Haftstrafen wegen desselben vermeintlichen Vergehens. Am 24. Dezember 2022 wurde sie willkürlich wegen der »Or-

ganisation und Vorbereitung von Handlungen, die die öffentliche Ordnung grob verletzen, oder aktiver Teilnahme an solchen Handlungen« und der »Aufwiegelung zu ethnischer, nationaler, religiöser oder anderer gesellschaftlicher Feindschaft oder Zwietracht« angeklagt.

Nasta Loika berichtete, dass sie während ihrer Haft mit Elektroschocks gefoltert wurde und acht Stunden lang ohne Oberbekleidung im Innenhof verbringen musste. Ihr wird immer wieder die von ihr benötigte medizinische Versorgung verweigert, was an sich schon eine unmenschliche und erniedrigende Behandlung darstellen kann.

Bitte schreiben Sie bis 30. Juni 2023 höflich formulierte Briefe oder E-Mails an den Generalstaatsanwalt von Belarus und fordern Sie ihn auf, sicherzustellen, dass Nasta Loika sofort und bedingungslos freigelassen wird und bitten Sie ihn, eine Untersuchung der Folter- und Misshandlungsvorwürfe einzuleiten.

Schreiben Sie in gutem Belarussisch, Englisch oder auf Deutsch an:

Prosecutor General of the Republic of Belarus
Andrei Shved

Internatsiyanalnaya Str. 22
220030 Minsk, BELARUS

E-Mail: info@prokuratura.gov.by
(Anrede: Dear Prosecutor General / Sehr geehrter Herr Generalstaatsanwalt)
(Standardbrief Luftpost bis 20 g: 1,10 €)

Senden Sie bitte eine Kopie Ihres Schreibens an:

Botschaft der Republik Belarus
S.E. Herrn Denis Sidorenko
Am Treptower Park 32, 12435 Berlin
Fax: 030-5363 5923
E-Mail: germany@mfa.gov.by
(Standardbrief: 0,85 €)

IRAN MEHRAN RAOOF

Der 66-jährige britisch-iranische Arbeitsrechtsaktivist Mehran Raoof wurde am 16. Oktober 2020 von den Revolutionsgarden festgenommen. Er ist seither willkürlich im Teheraner Evin-Gefängnis inhaftiert, nur weil er friedlich seine Rechte auf Meinungs- und Vereinigungsfreiheit ausgeübt hat. In einem Brief aus dem Gefängnis schrieb er, die iranischen Behörden würden inhaftierte Doppelstaatler*innen als »wertvolles Gut« einsetzen, um für deren Freilassung »große Summen Geldes« zu erhalten. Am 4. August 2021 verurteilte die Abteilung 26 des Teheraner Revolutionsgerichts den gewaltlosen politischen Gefangenen zu zehn Jahren und acht Monaten Gefängnis, weil er angeblich »eine Gruppe von mehr als zwei Personen gründete, die beabsichtigte, die nationale Sicherheit zu gefährden«, und wegen »Verbreitung von Propaganda gegen das System«. Mehran Raoof hat alle Anschuldigungen zurückgewiesen. Sein Prozess entsprach nicht den internationalen Standards für faire Gerichtsverfahren: Bis zur ersten Verhandlung am 28. April 2021 verweigerte



Foto: privat

man ihm die Rechte auf eine angemessene Verteidigung und auf Kontakt zu seinen Rechtsbeiständen. Während des Gerichtsverfahrens sah Mehran Raoof

seinen Rechtsbeistand nur bei den Anhörungen. Mehran Raoof wurde außerdem unter Verstoß gegen das absolute Verbot von Folter und anderen Misshandlungen in verlängerter Einzelhaft gehalten und dabei wiederholt ohne seine Rechtsbeistände Befragungen unterzogen und unter Druck gesetzt. Nach Informationen von Amnesty International wurde Mehran Raoof in den Verhören gefoltert und in anderer Weise misshandelt.

Bitte schreiben Sie bis zum 30. Juni höflich formulierte Briefe an die Oberste Justizautorität des Irans und bitten Sie ihn, Mehran Raoof umgehend und bedingungslos freizulassen. Weisen Sie darauf hin, dass er am 16. April 2023 ein Drittel seiner willkürlichen Haftstrafe verbüßt hat und deshalb nach iranischem Recht freigelassen werden kann.

INDONESIEN FATIA MAULIDIYANTI UND HARIS AZHAR

Fatia Maulidiyanti und Haris Azhar sind Menschenrechtsverteidiger*innen, denen vier Jahre Haft drohen, weil sie ihr Recht auf freie Meinungsäußerung wahrgenommen haben. Am 20. August 2021 lud Haris Azhar ein Video auf seinen YouTube-Kanal hoch, in dem Fatia Maulidiyanti als Gastrednerin auftrat. In dem Video präsentierte Fatia Maulidiyanti die Ergebnisse eines Berichts mit dem Titel »A Political Economy Study of Military Placement in Papua: The Case of Intan Jaya«. Der Bericht deutet auf einen Zusammenhang zwischen den Konzessionen, die die indonesische Regierung einigen Unternehmen erteilt hat, und dem rechtswidrigen Einsatz des Militärs in Papua hin. In dem Bericht heißt es zudem, der ehemalige Militärgeneral und

amtierende Minister für Meeres- und Investitionsfragen, Luhut Binsar Pandjaitan, sei Minderheitsaktionär von einem der im Bericht genannten Unternehmen.

Am 17. März 2022 wurden Fatia Maulidiyanti und Haris Azhar der Verleumdung beschuldigt und gemäß Artikel 27 Absatz 3 des Gesetzes über elektronische Informationen und Transaktionen (ITE) angeklagt. Am 6. März 2023 schloss die Polizei von Jakarta ihre Ermittlungen ab und übergab sie an das Bezirksgericht von Ost-Jakarta, eine Strafverfolgungsbehörde auf Gemeindeebene, die der Generalstaatsanwaltschaft von Jakarta unterstellt ist.

Bitte schreiben Sie bis 30. Juni 2023 höflich formulierte Briefe an den Leiter der Generalstaatsanwaltschaft von Jakarta und fordern Sie ihn auf, die Anklage gegen Fatia Maulidiyanti und Haris Azhar fallen zu lassen und die Ermittlungen gegen sie einzustellen.

Dringen Sie zudem darauf, dass er weder gefoltert noch anderweitig misshandelt wird.

Schreiben Sie in gutem Farsi, Englisch oder Deutsch an die Oberste Justizautorität: Head of Judiciary, Gholamhossein Mohseni Ejei c/o Embassy of Iran to the European Union Avenue Franklin Roosevelt No. 15 1050 Brüssel, BELGIEN (Anrede: Dear Head of Judiciary / Sehr geehrter Herr Ejei) (Standardbrief Luftpost bis 20 g: 1,10 €) Instagram: www.instagram.com/ejeii_org/

Senden Sie eine Twitter-Nachricht an den Obersten Religionsführer des Iran @khamenei_ir, z. B.: Mehran Raoof, a dual British-Iranian national & labour rights activist, has been arbitrarily detained in Tehran's Evin prison since 16 October 2020. He is a prisoner of conscience and must be immediately and unconditionally released.

Senden Sie bitte eine Kopie Ihres Schreibens an: Botschaft der Islamischen Republik Iran S. E. Herrn Mahmoud Farzandeh Podbielskiallee 67, 14195 Berlin E-Mail: info@iranbotschaft.de (Standardbrief: 0,85 €)



Fotos: privat, Sorge Magazine (CC BY-SA 2.0)

Schreiben Sie in gutem Indonesisch, Englisch oder auf Deutsch an:

Reda Manthovani Chief of DKI Jakarta Attorney General's Office Jl. H. R. Rasuna Said No.2, Jakarta Selatan DKI Jakarta 12950, INDONESIA E-Mail: ktdkijakarta@kejaksaan.go.id Twitter: @KejatiDKI (Anrede: Dear Mr. Manthovani / Sehr geehrter Herr Manthovani) (Standardbrief Luftpost bis 20 g: 1,10 €)

Senden Sie bitte eine Kopie Ihres Schreibens an: Botschaft der Republik Indonesien S.E. Herrn Arif Havas Oegroseno Lehrter Straße 16–17, 10557 Berlin Fax: 030-44737142 E-Mail: info@kbri-berlin.de (Standardbrief: 0,85 €)

Briefentwürfe auf Englisch und Deutsch finden Sie unter www.amnesty.de/briefe.

Sollten Sie eine Antwort auf Ihr Appellschreiben erhalten, schicken Sie sie bitte an: info@amnesty.de

AMNESTY INTERNATIONAL

Zinnowitzer Straße 8, 10115 Berlin Tel.: 030-420248-0, Fax: 030-420248-488 E-Mail: info@amnesty.de, www.amnesty.de

Vererben oder vermachen?

Mit dem Testament die Menschenrechte verteidigen: Damit genau das passiert, was man sich wünscht, sind die richtigen rechtlichen Begriffe von Bedeutung.

Kathrin Loose, Fachanwältin für Erbrecht, über einen feinen Unterschied.

Worin besteht der Unterschied zwischen Vererben und Vermachen?

Wem etwas vererbt wird, der wird Erb*in der verstorbenen Person und übernimmt automatisch deren gesamte Rechte und Pflichten. So wird eine Erb*in unmittelbar Eigentümer*in und Besitzer*in der gesamten Habe, Inhaber*in von Bankkonten, Schuldner*in aus Darlehensverträgen der verstorbenen Person und so weiter. Außerdem hat eine Erb*in nach dem Gesetz die Aufgabe, sich um die gesamte Abwicklung des Nachlasses zu kümmern, also um die Auflösung des Haushalts und von Verträgen der verstorbenen Person sowie die Erfüllung von Vermächtnissen, Bankangelegenheiten und vieles mehr.

In der Praxis muss sich also die Erb*in um alles kümmern, was ein Nachlass mit sich bringt?

Richtig.

Und wie ist es bei einem Vermächtnis?

Wer mit einem Vermächtnis begünstigt wurde, hat grundsätzlich keine weiteren Aufgaben und haftet nicht für die Schulden eines Nachlasses. Die Person erhält einen Anspruch gegen die Erbenden auf Übertragung eines bestimmten Gegenstandes aus dem Nachlass. Das kann beispielsweise ein Erinnerungsstück sein, ein konkreter Geldbetrag oder auch eine Immobilie.

Wie mache ich das, wenn ich meinen Nachlass auf drei Personen und Amnesty International verteilen will? Vererben oder vermachen?

Zunächst einmal muss es immer mindestens eine Erb*in geben. Denn jemand muss sich um alles kümmern und alle Rechte und Pflichten übernehmen. Es können auch mehrere Miterben bestimmt werden, die dann eine Erbengemeinschaft bilden. Allerdings ist bei einer Erbengemeinschaft die Mitwirkung aller notwendig, damit ist sie eher streitanfällig. In der Regel ist es einfacher, wenn die Abwicklung in den Händen einer Person



Hat die juristischen Klauseln im Blick: Kathrin Loose.

Foto: qub media GmbH

oder Organisation liegt, die dann Alleinerb*in wird, jedoch nicht alles behält, sondern Teile des Nachlasses abgeben muss. Dieses »Abgebenmüssen« wird juristisch »Vermächtnis« genannt. Da das eigene Vermögen sich mehren oder mindern kann, bietet es sich häufig an, Vermächtnisse als Quoten zu formulieren. Zum Beispiel: »Mein Neffe erhält als Vermächtnis 15 Prozent meines Bankvermögens.« Dann passt sich die Begünstigung automatisch an eine Mehrung oder Minderung des zu verteilenden Vermögens an.

Kann auch eine gemeinnützige Organisation als Erbin eingesetzt werden und sich um die Abwicklung des Nachlasses kümmern?

Ja. Viele gemeinnützige Organisationen können zuverlässig, respektvoll und nachhaltig einen Nachlass abwickeln und verfügen hierfür über ein entsprechendes Netzwerk und Kompetenzen. Bitte stimmen Sie sich dazu unbedingt mit der jeweiligen Organisation ab. Wer eine gemeinnützige Organisation im Testament als Erbin einsetzt und auf diese Weise mit der Abwicklung seines Nachlasses be-

traut, kann auf einen Testamentsvollstrecker verzichten. Dessen Tätigkeit ist nach dem Gesetz mit Kosten verbunden. Eine ausreichend kompetente Erb*in macht einen Testamentsvollstrecker entbehrlich.

Worauf ist zu achten?

Werden die Begriffe »vererben« und »vermachen« in einem Testament nicht zutreffend verwendet, kann es zu ungewollten Ergebnissen bei der Verteilung des Nachlasses und Verzögerung bei der Nachlassabwicklung kommen. ♦

Amnesty gehört zum Nachlass-Portal, einem Zusammenschluss serviceorientierter gemeinnütziger Organisationen. Erklärvideos und weitere Serviceangebote unter: www.nachlass-portal.de

Bei Amnesty ist Sandra Lüderitz-Korte die Ansprechpartnerin für Testamentsspenden, erreichbar unter Tel.: 030-420 24 83 54 und per Mail: sluederitz@amnesty.de. Allen, die Amnesty im Testament begünstigen möchten, bieten wir eine kostenfreie juristische Erstberatung an. Im Internet: amnesty.de/erstberatung

SCHLIMMER GEHT IMMER, BESSER ABER AUCH

Von Markus N. Beeko

Sagt Ihnen »Tegucigalpa« etwas? Was fällt Ihnen zu »40.000 Kilometer« ein? Ich gehörte zu den Kindern, die fragten, wie weit die Strecke rund um den Globus wohl sei (rund 40.000 Kilometer) und auch, welche Länder und Städte sich auf unserer Erde befinden. Mit mir konnte man »Fahnen raten« spielen und mich nach den Hauptstädten der Welt fragen (Honduras: Tegucigalpa). Der Atlas und der »Fischer Weltatmanach« waren zerfledderte Bücher in meinem Kinderregal. Einigen mag das nerdig vorkommen, aber mich interessierte die Welt da draußen.

Vermutlich ist es deshalb wenig überraschend, dass die Vorstellung des »Amnesty Jahresberichts zur weltweiten Lage der Menschenrechte« für mich ein besonderer Moment ist. Amnesty veröffentlicht jedes Jahr mehr als 100 Berichte über Menschenrechtsverletzungen, ferner Kurzberichte, Pressemitteilungen und Briefings für Institutionen und die Öffentlichkeit. Den Jahresbericht kann man als die »Mutter aller Amnesty-Berichte« bezeichnen. Seit 1976 tragen unsere Expert*innen darin Informationen zusammen und werten Dokumentationen, Recherchen sowie Gespräche mit Betroffenen, Aktivist*innen und Regierungen aus. Das Ergebnis ist der mehrere hundert Seiten umfassende Jahresbericht, mit einem Analyseteil, Regionalteilen und Länderkapiteln – in diesem Jahr 156.

Mir stellen sich bei der Lektüre immer drei Fragen: 1. Was sind die weltweit hervorstechenden Beobachtungen und was verbindet sie? 2. Was ist zu tun? 3. Was heißt das für die deutsche Politik? 2022 stachen zwei Beobachtungen hervor: Protest und Flucht. Weltweit fliehen und protestieren Millionen Menschen; weil ihr Leben bedroht ist, weil ihre Menschenrechte verletzt werden. Amnesty hat in mindestens 20 der 156 Länder Beweise für Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder Kriegsverbrechen gesammelt. Zu mindestens 94 der 156 erfassten Länder dokumentierten wir glaubwürdige Vorwürfe über Folter und andere Formen der Misshandlung; in fast der Hälfte der Länder (77) inhaftierte man Menschenrechtsverteidiger*innen willkürlich.

Daraus folgt: Wenn Menschen fliehen müssen, brauchen sie Schutz – ohne Wenn und Aber. Wenn Menschen gegen Leid und Unterdrückung auf die Straße gehen, dann brauchen sie Unterstützung. Unterstützung dank Öffentlichkeit und politischem Druck. Und begehen Regierungen Kriegsverbrechen und schwere Menschenrechtsverletzungen, dann müssen die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden. All das nimmt Deutschland in die Pflicht, dass nicht mit zweierlei Maß gemessen werden darf – weder bei Schutzsuchenden noch im Umgang mit Staaten. Wer Menschenrechte und die internationale Ordnung achten will, darf nicht einmal eine »werte-« und



Foto: Bernd Hartung/Amnesty

ein anderes Mal eine »interessengeleitete Außenpolitik« ins Feld führen.

Die drei Fragen, die mir fast immer gestellt werden, sind dagegen andere: 1. »Wo ist es denn am schlimmsten?« Dabei besteht der Wert des Jahresberichts darin, überall hinzuschauen und nicht nur auf die Brandherde, die oft viel Aufmerksamkeit bekommen. 2. Wie steht es um die Menschenrechte in Deutschland? Wichtige Frage. Denn auch, wenn vieles woanders »viel, viel schlimmer« ist, so beginnt die menschenrechtliche Verantwortung vor den eigenen Füßen. 3. Wurde es nicht auch irgendwo besser? Doch! Weil Menschen das Schlimme anprangern und sich für das Bessere einsetzen. »Besser« geht immer. Wenn wir wollen. ♦

Der Amnesty International Jahresreport 2022/2023 findet sich auf Englisch hier:

Eine erste deutschsprachige Fassung, die noch vervollständigt wird, gibt es hier:



Markus N. Beeko ist Generalsekretär der deutschen Amnesty-Sektion.

IMPRESSUM

Amnesty International Deutschland e.V.

Zinnowitzer Str. 8, 10115 Berlin
Tel.: 030-420248-0
E-Mail: info@amnesty.de
Internet: www.amnesty.de

Redaktionsanschrift: Amnesty International, Redaktion Amnesty Journal
Zinnowitzer Str. 8, 10115 Berlin
E-Mail: journal@amnesty.de
Adressänderungen bitte an: info@amnesty.de

Redaktion: Maik Söhler (V.i.S.d.P.), Nina Apin, Anton Landgraf, Tobias Oellig, Pascal Schlößer, Uta von Schrenk, Lena Wiggers

Mitarbeit an dieser Ausgabe: Birgit Albrecht, Markus N. Beeko, Markus Bickel, Agnès Callamard, Bernhard Clasen, Herta Cless, Tanja Dücker, Hannah El-Hitami,

Oliver Grajewski, Miriam Heine, Peter Jaeggi, Christian Jakob, Jürgen Kiontke, Lea-Kristin Kluger, Lisa Kuner, Steffen Küßner, Carl Melchers, Katja Müller-Fahlbusch, Tigran Petrosyan, Wera Reusch, Till Schmidt, Lilian Tietjen, Franziska Ulm-Düsterhöft, Klaus Ungerer, Cornelia Wegerhoff, Thomas Winkler, Jovanka Worner, Kathrin Zeiske, Marlene Zöhner

Layout und Bildredaktion:
Heiko von Schrenk / schrenkwerk.de

Druck und Verlag: Zeitfracht Medien GmbH, Nürnberg

Spendenkonto: Amnesty International
Bank für Sozialwirtschaft
IBAN: DE23 3702 0500 0008 0901 00
BIC: BFS WDE 33XXX
(Konto: 80 90 100, BLZ: 370 205 00)

ISSN: 2199-4587

Das Amnesty Journal ist die Zeitschrift der deutschen Sektion von Amnesty International und erscheint sechs Mal im Jahr.

Der Verkaufspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für unverlangt eingesandte Artikel oder Fotos übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung von Amnesty International oder der Redaktion wieder. Die Urheberrechte für Artikel und Fotos liegen bei den Autoren, Fotografen oder beim Herausgeber. Der Nachdruck von Artikeln aus dem Amnesty Journal ist nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion erlaubt. Das gilt auch für die Aufnahme in elektronische



Datenbanken, Mailboxen, für die Verbreitung im Internet oder für Vervielfältigungen auf CD-Rom.



Jetzt nachhaltig und fair für die Menschenrechte shoppen!
Mit jedem Einkauf im Amnesty Shop setzt du nicht nur ein Statement für die Menschenrechte, sondern unterstützt uns auch bei der Sicherung unserer Unabhängigkeit im Kampf gegen Menschenrechtsverletzungen weltweit. Zeige deine Menschlichkeit mit schönen Dingen aus dem Amnesty Shop.

SHOP.AMNESTY.DE